



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- 60 Jahre
Grenzfriedenshefte
- Deutsche Flüchtlinge
in Nordschleswig
1945-1947
- Das Lager Fårhus
1945-1949
- Die Schleswigsche Partei
2013

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

HERAUSGEBER: ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Redaktionsgeschäftsstelle: Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

Anschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.ads-grenzfriedensbund.de

Geschäftszeit: Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

Beitrag: 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

Abonnement: 15 € Inland, 17,50 € Ausland

Bankverbindungen: HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

INHALT

Seite

*Lothar Hay, Jörn-Peter Leppien, Matthias Scharl,
Gerret Liebing Schlaber*
60 Jahre Grenzfriedenshefte3

Leif Hansen Nielsen
Todesfälle unter deutschen Flüchtlingen
in Nordschleswig 1945-1949..... 11

Henrik Skov Kristensen
Fårhus 1945-1949. Neue Forschungsergebnisse zu einem
umstrittenen Kapitel deutsch-dänischer Geschichte27

Gerret Liebing Schlaber
Die Schleswigsche Partei 2013. Neue Herausforderungen
für die Partei der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig45

Umschau51

Buchhinweise72

Mitarbeiter/innen dieses Heftes77

Abbildungsnachweis78

Verzeichnis der im Jahre 2012 in den
Grenzfriedensheften erschienenen Aufsätze.....79

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 4 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee
- Dr. Matthias Scharfl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg
- Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung:

Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98

E-Mail: mittelstaedt-design@web.de · www.mittelstaedt-media-design.de

Druck:

Druckhaus Leupelt, Heideland-Ost 24, Weding · 24976 Handewitt

ISSN 1867-1853

60 Jahre Grenzfriedenshefte

von *LOTHAR HAY, JÖRN-PETER LEPIEN, MATTHIAS SCHARTL,
GERRET LIEBING SCHLABER*

Im März 1953, vor 60 Jahren also, wurde die erste Ausgabe der Grenzfriedenshefte veröffentlicht. Seitdem ist unsere Zeitschrift in ununterbrochener Folge erschienen. Das allein ist ein Ereignis. Getreu unserem Motto: Bescheiden im Auftreten, anspruchsvoll in der Wirkung, legen wir keine aufwendige Jubiläumsausgabe vor, sondern ein ganz normales Heft, in dem der Vorsitzende des herausgebenden ADS-Grenzfriedensbundes Lothar Hay anlässlich des Jubiläums die Aufgaben der Grenzfriedenshefte umreißt und die Redaktionsmitglieder Dr. Jörn-Peter Leppien, Dr. Matthias Schartl und Dr. Gerret Liebing Schlaber schlaglichtartig Kontinuität und Wandel der Grenzfriedenshefte von 1953 bis heute beleuchten.

Die Redaktion

Aufgaben der Grenzfriedenshefte

von Lothar Hay

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Grenzfriedenshefte wurden 1953 als Mitgliederzeitschrift des Grenzfriedensbundes ins Leben gerufen. Vor 60 Jahren erschien das erste Grenzfriedensheft. Der damalige Vorsitzende Jens Nydahl gab im ersten Heft der Hoffnung Ausdruck, dass die Grenzfriedenshefte „wertvolles Material für alle die bringen, die mit den Problemen des Grenzlandes ringen und nach einer Lösung suchen, und dass sie dazu beitragen mögen, den Blick für die fruchtbaren Zusammenhänge zwischen den beiden Völkern an dieser Grenze zu öffnen.“

Der Grenzfriedensbund wollte auf dem Boden der Kieler Erklärung von 1949 „deutsche Kulturarbeit leisten in europäischem Geiste“, wie es in der Satzung hieß. Der Verein bekannte sich zur geltenden deutsch-dänischen Grenze, gestand aber den Angehörigen der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig das Recht auf ein freies nationales Bekenntnis zu. So glaubte der Grenzfriedensbund, „eine Verständigung mit gleich gesinnten Kreisen des dänischen Volkes erreichen zu können.“ Diesen programmatischen Zielen sollten auch die als Vierteljahresschrift konzipierten Grenzfriedenshefte dienen.

Die große Resonanz, auf die die Grenzfriedenshefte seit 1953 treffen, ist auch

darauf zurückzuführen, dass die Zeitschrift in Bibliotheken, wissenschaftlichen Instituten, Schulen und in zahlreichen kulturellen wie politischen Institutionen greifbar ist, also einen Leserkreis in Deutschland und Dänemark erreicht, der weit über die Mitglieder des ADS-Grenzfriedensbundes und die Abonnenten unserer Zeitschrift hinausgeht. Die Grenzfriedenshefte gelten als eine wichtige Publikation für die Geschichte des Grenzlandes und für die aktuellen Themen der Gegenwart.

Die Grenzfriedenshefte wurden in den ersten Jahrzehnten entscheidend geprägt durch Detlev Hansen, Dr. Hans Peter Johannsen und Ernst Beier. In den 60 Jahren des Bestehens der Grenzfriedenshefte wurden immer wieder unbequeme Themen aufgegriffen, wurden neue Forschungsfelder und neue Ansichten publiziert. Und so gelten, bei aller Bescheidenheit, die Hefte zu Recht als eine Wegbereiterin der deutsch-dänischen Verständigung. Seit Anfang der 80er Jahre liegt ein Schwerpunkt der Grenzfriedenshefte auch auf der lange vernachlässigten Aufarbeitung der nationalsozialistischen Epoche in der Region. Seit 1980/81 leitet der Harsleer Historiker und Politologe Dr. Jörn-Peter Leppien verantwortlich die Geschicke der Grenzfriedenshefte. Durch seine guten Kontakte zu deutschen wie dänischen Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen wurde das wissenschaftliche Profil der Grenzfriedenshefte geschärft. Die kritische Auseinandersetzung mit der deutsch-dänischen Geschichte, von Anbeginn ein Anliegen der Grenzfriedenshefte, wurde unter Dr. Leppiens Leitung erheblich intensiviert.

Es war und ist die Überzeugung der Redaktion, dass das Ziel der Grenzfriedenshefte, den Blick für die Belange des Nachbarn zu öffnen und durch Information zu Problemlösungen beizutragen, nur dann erreicht werden kann, wenn neben deutschen auch dänische Autoren in den Grenzfriedensheften zu Worte kommen.

Unser Verein wird auch in der Zukunft für ein friedliches Neben- und Miteinander von Minderheiten und Mehrheit eintreten, dafür sind die deutschsprachigen Grenzfriedenshefte ein wichtiges Sprachrohr. Zu ihrem Aufgabenbereich gehört auch das Beschreiben und das Informieren; denn die Information darüber, aufgrund welcher historischen und politischen Voraussetzungen die dänische und die deutsche Minderheit existieren und welche Lebensformen für Minderheiten und Mehrheiten bestehen, nimmt – trotz der zahlreichen Informationsmöglichkeiten oder vielleicht gerade wegen dieser – proportional zu der Entfernung zur Grenze ab. Nicht nur junge Menschen müssen stärker mit der Besonderheit des Grenzlandes vertraut gemacht werden. Ohne Kenntnis der deutsch-dänischen Geschichte und der Minderheiten ist das Erreichte in Gefahr.

Dass Menschen ohne Identitäten zufrieden in einer Gesellschaft leben können, ist aller Erfahrung nach – sicherlich mit Ausnahmen – unwahrscheinlich. Die



Abb 1
Die erste Ausgabe der
Grenzfriedenshefte, März 1953

Grenzfriedenshefte leisten einen gewichtigen Beitrag dazu, dass unterschiedliche Identitäten in unserem Grenzland akzeptiert werden, und tragen damit zur Identitätsbildung bei. Zur gewollten Vielfalt gehört auch die Akzeptanz des Neben- und Miteinanders von Minderheiten und Mehrheiten oder anders gesagt: Minderheiten haben das Recht auf Eigenleben und eigene Identität, dieses ist immer auch Leitschnur der Grenzfriedenshefte gewesen. Insofern ist unsere Zeitschrift auch ein gutes Spiegelbild für die Veränderungen im Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen.

2007 kam es zur Fusion des Grenzfriedensbundes mit der ADS (Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig) und die Hefte erhielten den Untertitel: Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog. Dieser Untertitel wird auch im nächsten Jahrzehnt Leitlinie der Grenzfriedenshefte sein.

Unsere Zeitschrift wird seit 60 Jahren von Ehrenamtlern gemacht und nicht von professionellen Journalisten. Die Anerkennung, die die Grenzfriedenshefte immer wieder finden, macht uns ein wenig stolz, aber vor allem dankbar.

Wir haben mit Dr. Jörn-Peter Leppien, Dr. Matthias Scharl und Dr. Gerret Liebing Schlaber eine Redaktion, der in erster Linie unser Dank und unsere Anerkennung gehört.

Auch im nächsten Jahrzehnt sollen die Grenzfriedenshefte ein wichtiges Aushängeschild des ADS-Grenzfriedensbundes sein.

Die Grenzfriedenshefte – Kontinuität und Wandel

von Jörn-Peter Leppien, Matthias Scharl, Gerret Liebing Schlaber

Liebe Leserinnen und Leser!

Vor genau 60 Jahren erschien die erste Ausgabe unserer Grenzfriedenshefte. Der Titel dieser neuen Zeitschrift war gleichermaßen ihr Programm. Der Grenzfriedensbund wollte mit ihr „nicht nur den Versuch machen, das kulturelle, das wirtschaftliche und das politische Gespräch lebendiger zu machen, sondern möglichst auch von Tatsachen berichten, die durch Gespräche gefördert oder geschaffen worden sind“, wie es der damalige Vorsitzende des Grenzfriedensbundes Jens Nydahl in seinem Geleitwort formulierte. Damit war in jener Zeit, die noch von starken Gegensätzen im schleswigschen Grenzland gekennzeichnet war, erstmals eine Zeitschrift geschaffen worden, die dem zentralen Thema einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Ausdruck verlieh und den deutsch-dänischen Dialog in den Mittelpunkt stellte. Obwohl sich die Grenzfriedenshefte erst seit 2006 im Untertitel als „Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog“ bezeichnen, wurde von der ersten Ausgabe an diese Prämisse zielgerichtet verfolgt. Daran hat sich auch nach 241 Ausgaben, die seither in ununterbrochener Folge erschienen sind, nichts geändert. Auch in einer Zeit der auf weiten Feldern längst selbstverständlichen deutsch-dänischen Zusammenarbeit besteht nämlich nach wie vor Bedarf an einer Zeitschrift, die diesen Dialog fördert und zudem auch immer wieder den Finger dort in die Wunde legt, wo weiterer Handlungsbedarf besteht.

Seit der Fusion des Grenzfriedensbundes mit der ADS (Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig) im Jahre 2007 zeichnet der neue Verein ADS-Grenzfriedensbund als Herausgeber der Grenzfriedenshefte. Die Unabhängigkeit der ehrenamtlich tätigen Redaktion wird dadurch nicht berührt. Das auf Vertrauen und Solidarität setzende Verhältnis zwischen Vorstand und Redaktion hat sich auch im neuen Verein bewährt. – Mitgliederzeitschrift des ADS-Grenzfriedensbundes ist seit 2007 das bis dahin von der ADS herausgegebene „Streiflicht“. Die Vereinsmitglieder erhalten auch die Grenzfriedenshefte, daneben besteht die Möglichkeit eines vereinsunabhängigen Abonnements. Vorträge im Rahmen des Vereins, z. B. bei der Mitgliederversammlung, die in das Themenspektrum der Grenzfriedenshefte passen, und der alljährlich stattfindende Dialog ADS-Grenzfriedensbund finden in unserer Zeitschrift selbstverständlich ihren Platz.

Die Redaktionsgeschäftsführung der Grenzfriedenshefte liegt in den bewährten Händen der früheren Geschäftsführerin des Grenzfriedensbundes Ingrid Schumann, die seit 2007 im ADS-Grenzfriedensbund als Referentin für Grenzlandfragen tätig ist.



Abb. 2 Marienkirchhof 6 in Flensburg: Hauptsitz des ADS-Grenzfriedensbundes, zugleich Redaktionsgeschäftsstelle der Grenzfriedenshefte. Foto mit digitaler Bearbeitung: Christine Ehmsen

In unserer immer schnelllebigeren Zeit mag es verwundern, dass sich im Erscheinungsbild unserer Grenzfriedenshefte im Laufe der Jahre vergleichsweise wenig verändert hat. Aber es ist moderner geworden und der Umfang gegenüber den ersten Jahrgängen angestiegen. Bis heute ist der Umschlag in den Farben grün und weiß gehalten. 32 Jahre lang zeigten die Hefte äußerlich ein eher einfaches Gesicht (Abb. 1), bis dies 1985 durch jene Landkartenzeichnung ersetzt wurde, welche auch heute noch Teil des Titelblattes ist. Ab 1997 wurden die Umschläge individueller gestaltet und durch Fotos aus den Hauptteilbeiträgen und ersten Hinweisen auf den Inhalt ergänzt. Seit 2005 ziert ein großes Titelbild den Umschlag, das seit 2012 auch farbig erscheint. Die Anzahl und die Qualität der Abbildungen im Inneren haben vor dem Hintergrund der technischen Entwicklung im Laufe der Jahre erheblich zugenommen.

Noch wichtiger als die Optik ist allerdings der Inhalt. Wie bereits in der ersten Ausgabe machen Aufsätze, Berichte, Wiedergaben von Ansprachen und Diskussionsbeiträge den Hauptteil der Grenzfriedenshefte aus. Dabei wurden immer wieder unbequeme und sperrige Themen aufgegriffen und den Autoren

Gelegenheit gegeben, Vorurteilen zu begegnen oder überholte Ansichten zu korrigieren.

Die historisch-politische Bedeutung der Grenzfriedenshefte ist vielfach hervorgehoben worden. So hat der Historiker Tilmann Eysholdt von der Universität Kiel in seiner Geschichte des Grenzfriedensbundes anlässlich des 40-jährigen Vereinsjubiläums die Entstehung und Entwicklung der Grenzfriedenshefte von 1953 bis 1990 eingehend untersucht.¹

Methodisch und inhaltlich neue Wege beschreitet die Historikerin Lena Möller mit ihrem 2010 in unserer Zeitschrift publizierten Beitrag „Die Grenzfriedenshefte 1953-2008. Ein Spiegel der Zeit oder Zeichen der Geschichtspolitik?“² Der Beitrag basiert auf einer bei Prof. Dr. Uwe Danker an der Universität Flensburg entstandenen herausragenden Bachelor-Thesis. Sie untersucht die 1.163 Hauptteilbeiträge, die von 1953 bis 2008 in den Grenzfriedensheften erschienen, und ermittelt den jeweiligen Anteil an aktuellen und historischen Themen sowie deren inhaltliche Schwerpunktsetzung. Die Historikerin zeigt mit empirisch-wissenschaftlichen Methoden – auch graphisch –, dass die Grenzfriedenshefte seit 1953 gezielt aktuelle Probleme und Entwicklungen aufgegriffen haben, zugleich aber auch „geschichtspolitisch“ aktiv waren und sind – jedoch nicht im Sinne einer manipulativen Instrumentalisierung von Geschichte, sondern durch die Publikation wissenschaftlich fundierter Beiträge mit dem Ziel, das demokratische Bewusstsein im Lande zu stärken und zu einem vertrauensvollen deutsch-dänischen Klima beizutragen.

Als ein Beispiel unter vielen sei auf die kritische Auseinandersetzung der Historiker Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien und Hans Friedrich Rothert mit einer 1978 eröffneten, auf alten Vorurteilen beruhenden Dauerausstellung über die Schlacht bei Idstedt von 1850 verwiesen.³ Der letztliche Erfolg dieses vieldiskutierten geschichtspolitischen Vorstoßes ist ebenfalls in den Grenzfriedensheften nachzulesen, wo Matthias Schartl 2005/2006 die neue, wissenschaftlichen und museumspädagogischen Ansprüchen genügende Ausstellung in der Idstedt-Halle vorstellt.⁴

Auf der Basis ihrer quantitativen Analyse bietet Lena Möller in ihrer oben genannten Arbeit eine exemplarische Inhaltsanalyse, die der Frage nach der geschichtspolitischen Funktion der Grenzfriedenshefte am Beispiel der Aufarbeitung und Vermittlung der NS-Geschichte genauer nachgeht und zu dem Ergebnis gelangt, dass unsere Zeitschrift hier Pionierdienste geleistet hat. Als erste Arbeit in einer langen Reihe von Beiträgen zur Geschichte des Nationalsozialismus erschien 1983 eine quellenkritische Studie zur Geschichte des bis dahin weitgehend unbekanntes Konzentrationslagers Ladelund an der deutsch-dänischen Grenze.⁵

Neben dem Aufsatzteil der Grenzfriedenshefte gibt es auch die beiden anderen

durchgängigen Rubriken bereits seit den Anfangsjahren. Schon 1954 wurde die Umschau als Platz für Presseberichte und Kurznachrichten über aktuelle Entwicklungen und Themen eingeführt. 1959 folgte der Rezensionsteil, in welchem neue Publikationen über unseren Themenbereich vorgestellt werden. Mit dem vorliegenden Heft zeigen sich diese beiden Rubriken in einem leicht veränderten Gesicht. An die Stelle der manchmal sehr detaillierten Buchbesprechungen treten kürzere Buchhinweise, in denen auf neue Publikationen aufmerksam gemacht wird. Mit diesem Konzept wollen wir Sie schneller und breiter als bisher über Neuerscheinungen mit Bezug auf das Grenzland und die deutsch-dänischen Beziehungen informieren. Wie bisher erhalten Rezensenten aber die Möglichkeit, ein neues Werk in Form eines Hauptteilbeitrages ausführlicher vorzustellen und zu diskutieren.⁶

Als Rubrik für aktuelle Meldungen hat die Umschau im Laufe der Zeit die größten Veränderungen erlebt, vor allem in den letzten zehn Jahren. Aus Gesprächen mit unseren Leserinnen und Lesern wissen wir, dass viele von Ihnen zuerst die hier wiedergegebenen Neuigkeiten lesen, wenn Sie Ihr neues Grenzlandheft erhalten. Inzwischen hat die Anzahl der grenzüberschreitenden Aktivitäten, aber auch der für die Entwicklung beiderseits der deutsch-dänischen Staatsgrenze bedeutsamen Themen derart zugenommen, dass wir den für die Leserinnen und Leser zusammengestellten bisherigen chronologischen Aufbau der Neuigkeiten aus dem Grenzland durch eine thematische Ordnung ersetzen. Damit hoffen wir, dass wir Ihnen den Zugang erleichtern, Sie sich besser als bisher Zugang zu den aktuellen Entwicklungen verschaffen können und damit auch leichter einen Überblick über die Entwicklung in bestimmten Bereichen über einen längeren Zeitraum erhalten. Besondere aktuelle Berichte und besonders wichtige oder bemerkenswerte Medienbeiträge werden selbstverständlich auch künftig ihren Platz in der Umschau finden.

Wir sind gespannt, wie Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, diese Neuerungen gefallen, und freuen uns auf ihre Reaktionen. Ebenso freuen wir uns, wenn aus unserer Leserschaft Hinweise auf neue Publikationen oder Medienberichte kommen, die Bezug auf unserem Themenfeld haben – dies gilt insbesondere für Veröffentlichungen, die außerhalb unserer Region erschienen sind und von denen wir nicht immer Kenntnis haben können.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch die Rubrik „Echo“, in welcher wir Reaktionen auf in den Grenzlandheften publizierte Beiträge bzw. erwähnte Themen wiedergeben. Die Rubrik ist als Forum für eine weiterführende Diskussion vorgesehen, und wir würden gerne noch häufiger Beiträge unserer Leserinnen und Leser bringen, um auf diese Weise den eigenen Anspruch, eine unabhängige, zum fruchtbaren Dialog herausfordernde Stimme in der deutsch-dänischen Medienlandschaft zu sein, noch besser erfüllen zu können.

Anmerkungen

- 1 Tilmann Eysholdt, Im Spannungsfeld von Nation und Europa. Der Grenzfriedensbund 1950-1990, Flensburg 1990.
- 2 Lena Möller, Die Grenzfriedenshefte 1953-2008. Ein Spiegel der Zeit oder Zeichen der Geschichtspolitik? In: GFH 1/2010, S. 7-42.
- 3 Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien, Hans-F. Rothert, Das Problem Idstedt, in: GFH 2/1979, S. 140-152.
- 4 Matthias Schartl, Idstedt – Erinnerungsort gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte. Die neue Ausstellung in der Idstedt-Halle, in: GFH 4/2005, S. 289-300 und 1/2006, S. 29-46. Auch als Sonderpublikation, hrsg. v. Grenzfriedensbund u. d. Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, Flensburg/Schleswig 2006. Siehe auch Manfred Jessen-Klingenberg u. Jörn-Peter Leppien, Die Schlacht bei Idstedt 1850. Zum Wandel des nationalen Geschichtsbewusstseins in Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, in: GFH 3/2001, S. 159-188.
- 5 Jörn-Peter Leppien, „Das waren keine Menschen mehr“. Aus der Chronik der Kirchengemeinde – Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund 1944. Eine quellenkritische Studie, in: GFH 3/1983, S. 143-185. Auch als Sonderpublikation, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1983.
- 6 Zum Beispiel: Martin Rheinheimer u. Steen Bo Frandsen, Das neue Standardwerk „Sønderjyllands Historie“. Zwei kritische Betrachtungen, in: GFH 1/2010, S. 43-62.

Todesfälle unter deutschen Flüchtlingen in Nordschleswig 1945-1947

von LEIF HANSEN NIELSEN

In der Endphase des Zweiten Weltkriegs wurden Millionen Deutsche östlich der Oder zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen. Vor allem aus Ostpreußen, später auch aus Hinterpommern flohen viele Menschen auf dem Seeweg, und nicht wenige von ihnen wurden seinerzeit in das vergleichsweise sichere Dänemark verschifft. Dieses Thema ist bereits einige Male in der Forschung behandelt worden. Vor 30 Jahren, als das Schicksal der deutschen Flüchtlinge in Dänemark in der Geschichtswissenschaft und der Öffentlichkeit noch keine Rolle spielte, informierte Dr. Eckhard Bodenstein die Leserinnen und Leser der Grenzfriedenshefte ausführlich über ein damals gerade erschienenes Buch von Arne Gammelgaard „Mennesker i malstrøm – tyske flygtninge i Danmark 1945-1949“¹ und gab dem Autor in einem Interview Gelegenheit, seine Motive für die durchaus selbstkritische Studie offenzulegen.² Großes Aufsehen erregte die dänische Ärztin und Historikerin Kirsten Lylloff, als sie zuerst 1999 und dann 2007 in ihrer Dissertation die hohe Sterblichkeit unter den Flüchtlingskindern anprangerte.³ Dies provozierte Fragen nach der Behandlung der Flüchtlinge. Im Folgenden geht Archivar Dr. Leif Hansen Nielsen vom Landesarchiv in Apenrade ebenfalls auf die Sterblichkeit unter den Flüchtlingen und deren Ursachen ein und schildert erstmals die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge im Landes- teil Nordschleswig. Die gesamte Studie wird in Kürze in Buchform erscheinen.

Die Redaktion

Einleitung

Mit einer der größten Armeen, die die Welt gesehen hatte, leitete die Sowjetunion am 12. Januar 1945 einen Sturmangriff gegen die deutsche Ostfront ein. Am 17. Januar wurde Warschau erobert, zwei Tage danach Krakau. Am 21. Januar erreichte die Rote Armee die Oder in Schlesien und am 31. Januar, lediglich drei Wochen nach Beginn der Offensive, standen sowjetische Truppen 60 Kilometer vor Berlin. Nördlich dieses Keils, der auf das Herz des Dritten Reichs gerichtet war, stieß das sowjetische Heer bis zur Ostsee bei Elbing im westlichen Teil von Ostpreußen vor und schnitt die Landverbindung nach Westen für rund 2,5 Millionen Reichsdeutsche ab.

Der einzige Fluchtweg führte über das Meer, über die Meeresbucht Frisches Haff

zu den Hafenstädten Pillau, Danzig oder Gdingen. Doch nun kamen auch von Westpreußen und Pommern große Flüchtlingsströme, die vor den sowjetischen Kräften in Richtung Westen drängten. Etwa 245.000 dieser Flüchtlinge kamen nach Dänemark, 23.000 nach Nordschleswig.

Den Anstoß zu einer breiten öffentlichen Diskussion darüber, wie Dänemark die Flüchtlinge behandelte, gab Kirsten Lylloff im Jahr 1999 mit dem Artikel „Kan læge-løftet gradbøjes? Dødsfald blandt og lægehjælp til de tyske flygtninge i Danmark 1945“ (Lässt sich das Ärztegelöbnis willkürlich auslegen? Todesfälle unter und ärztliche Hilfe für deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945). Lylloffs Fazit war, „dass die Dänen und nicht zuletzt die dänischen Ärzte passiv zuschauten, während die Deutschen und im besonderen deutsche Kleinkinder zu Tausenden starben.“⁴ Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden die Situation der Flüchtlinge und die Sterblichkeit unter ihnen mit besonderem Blick auf Nordschleswig genauer untersucht.

Die ersten Flüchtlinge

Die Einquartierung deutscher ziviler Flüchtlinge in Dänemark ist auf einen „Führerbefehl“ zurückzuführen, welcher am 4. Februar 1945 erlassen wurde. In diesem war folgendes festgelegt: „Aus dem Osten des Reiches vorübergehend rückgeführte Volksgenossen sind außer im Reich auch in Dänemark unterzubringen.“⁵ In Übereinstimmung mit diesem Befehl wurde der Dampfer Wartheland als erstes Transportschiff von Flensburg nach Kopenhagen umgeleitet, wo es am Abend des 11. Februar mit 2.500 verwundeten Soldaten und 200 Flüchtlingen eintraf. Am folgenden Tag, dem 12. Februar, überquerten die ersten Züge mit Flüchtlingen die Grenze bei Pattburg.

Der zeitgenössische Redakteur Søren Hansen gab in seinen „Täglichen Berichten zu Ereignissen während der deutschen Besatzung“ für Donnerstag, 15. Februar 1945 an: „In den nordschleswigschen Städten rückte der Krieg am 12. Februar dichter heran als je zuvor. Der erste Flüchtlingsstrom von der Ostfront hielt seinen Einzug. Aus Apenrade wird mitgeteilt, dass sich fast ausschließlich Frauen und Kinder in dem langen Sonderzug befanden, der am Montag gegen 16 Uhr in den Bahnhof einfuhr und von den deutschen Organisationen empfangen wurde. Es handelte sich um Mütter mit Kindern jeden Alters, auch Kinder im Kinderwagen. In Flensburg hatte man das Versprechen, die Flüchtlinge vor ihrer Weiterfahrt nach Dänemark ärztlich zu untersuchen, nicht eingehalten. Der Amtsarzt in Apenrade mobilisierte daher alle Ärzte der Stadt, welche die Flüchtlinge bei ihrer Ankunft einer vorläufigen Untersuchung unterzogen. Danach wurden sie in Gruppen, teilweise in Autos, teilweise zu Fuß, zu den Schulen der Stadt geführt, wo sie eine erste Verpflegung erhielten und von wo aus sie



Abb. 1 Flüchtlinge bei der Ankunft per Schiff in Hadersleben, 1945

später auf deutsche Privathäuser im Amt verteilt wurden. Die meisten von ihnen waren 2-3 Wochen unterwegs gewesen und stammten aus ostpreußischen und pommerschen Gebieten. Der Amtsarzt hat mitgeteilt, dass von den rund 700 Personen, die mit dem ersten Zug ankamen, 20 eine ansteckende Krankheit oder Ungeziefer hatten. Drei kamen ins Krankenhaus, die restlichen 17 auf das deutsche Krankenrevier. Später am Abend kam ein weiterer Zug mit rund 350 Flüchtlingen in Apenrade an.“⁶

In den folgenden Tagen und Wochen kamen fortlaufend Flüchtlinge nach Dänemark und insbesondere nach Nordschleswig. Bereits am 15. Februar erreichte ein neuer Transport mit rund 650 Flüchtlingen Apenrade, und fünf Tage später, am 20. Februar, trafen weitere 730 Flüchtlinge und am 21. Februar 420 Flüchtlinge ein. Am 8. März gelangten zusätzliche Waggons mit 450 Flüchtlingen und fünf Tage später, am 13. März, abermals 250 Flüchtlinge nach Apenrade. Selbstverständlich wurden die Flüchtlinge nicht nur nach Apenrade gebracht, sondern auch nach Tondern, Hadersleben und Sonderburg. Schnell jedoch waren die Möglichkeiten der Unterbringung erschöpft, und so ebte der Flüchtlingsstrom nach Nordschleswig im Laufe des Monats April ab, um im übrigen Land anzusteigen.

Insgesamt kamen rund 23.000 Flüchtlinge nach Nordschleswig. Tatsächlich kennt man die genauen Zahlen nicht, doch eine Berechnung Mitte Mai 1945, mit der die dänischen Behörden versuchten, sich einen Überblick zu verschaffen, belegt, dass im Amt Sonderburg 6.754 Flüchtlinge, im Amt Apenrade 6.520, im Amt Tondern 4.908 und im Amt Hadersleben 4.800 Flüchtlinge gezählt wurden. Hierbei handelt es sich jedoch nur um ungefähre Zahlen.

Wer waren die deutschen Flüchtlinge?

Eine Untersuchung der Zusammensetzung der Flüchtlinge in Apenrade für das Jahr 1945 zeigt (Abb. 2), dass die meisten Frauen (48 Prozent) und Kinder (43 Prozent) waren.⁷ Nur 9 Prozent waren Männer. Diese Verteilung in Nordschleswig unterscheidet sich von der Verteilung auf Landesebene, wo der Anteil an Männern mit 16 Prozent größer und der Anteil an Kindern mit 34 Prozent geringer war.⁸ Dieser Unterschied kann ohne Zweifel dadurch erklärt werden, dass die Berechnung auf Landesebene einerseits erst 1946 durchgeführt wurde, also nachdem eine große Gruppe von Kindern unter 15 nun zu den Erwachsenen gezählt wurde. Andererseits kam der Großteil der Flüchtlinge im Februar und März 1945 nach Nordschleswig, zu einem Zeitpunkt, als der NS-Staat noch existierte. Männern war es zu dieser Zeit noch nicht im gleichen Maße möglich zu fliehen, wie es in den letzten chaotischen Tagen und Wochen vor der Kapitulation der Fall war, als der Großteil der Flüchtlinge ins übrige Land gelangte. Hinsichtlich des Alters gab es einen deutlichen Unterschied zwischen Frauen und Männern. In der klassischen Erzählung über die Flüchtlinge wird immer

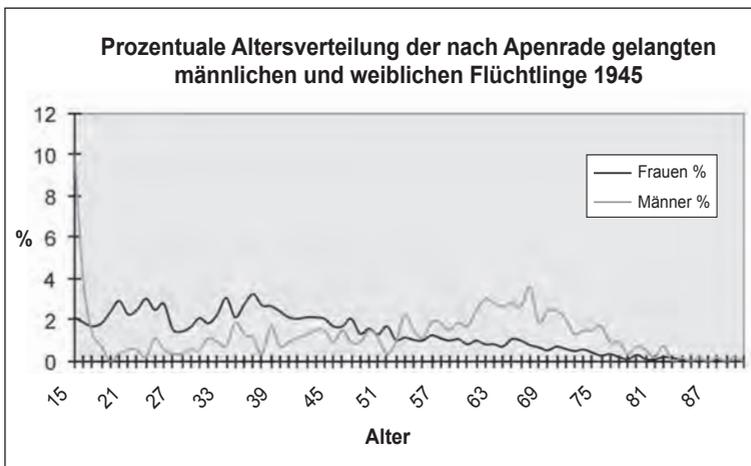


Abb. 2

über alte Männer und junge Frauen berichtet, was auch seine Richtigkeit hat. Doch darüber hinaus gab es auch eine größere Gruppe an großen Jungen, welche durch die Flucht vermutlich vor der letzten Phase des Wahnsinns und des „Volkssturms“ in Sicherheit gebracht werden sollten, der bekanntlich alle Männer zwischen 16 und 60 Jahren einbezog. So waren 10 Prozent der männlichen Flüchtlinge in Apenrade nur 15 Jahre alt.

Der Unterschied der Altersverteilung zwischen Männern und Frauen geht deutlich aus dem Diagramm hervor (Abb. 2): Die meisten Frauen waren in den Zwanzigern und Dreißigern (und hatten vermutlich ein oder mehrere Kinder bei sich), wohingegen die Männer entweder sehr jung oder älter als 60 Jahre waren.

Die Flüchtlingsverwaltung

Der oberste Verantwortliche für die Flüchtlinge in Dänemark war bis zur Kapitulation am 5. Mai 1945 der Reichsbevollmächtigte Dr. Werner Best, der zur Unterstützung der Arbeit die verschiedenen Außenstellen des Reichsbevollmächtigten, welche im ganzen Land und unter anderem in Apenrade errichtet worden waren, heranzog.

Während die praktische Arbeit des Einquartierens, der Beköstigung etc. im übrigen Dänemark der Wehrmacht überlassen war, wurde diese Aufgabe in Nordschleswig dem „Volksgruppenamt“ der deutschen Minderheit anvertraut, welches sich im Dibbernhaus in Apenrade befand. Zur Durchführung dieser Arbeit richtete man die Organisation „Flüchtlings-Hilfswerk Nordschleswig“ ein. Die Wehrmacht verschwand jedoch nicht völlig von der Bildfläche, da sie – wie im übrigen Dänemark – behilflich zu sein hatte, was die Beschlagnehmung von Gebäuden, die Errichtung von Lagern sowie deren Betrieb betraf.

Nach der Befreiung Dänemarks ging die Flüchtlingsversorgung an die dänischen Behörden über. In den ersten Tagen war die Widerstandsbewegung für die Tätigkeit verantwortlich, doch rasch erhielt die zivile Luftabwehr des Staates als organisierende Behörde das Kommando. Von dänischer Seite hatte man zunächst damit gerechnet, dass Flüchtlinge und deutsche Truppen das Land innerhalb der nächsten Wochen verlassen würden. Als jedoch im Laufe des Sommers deutlich wurde, dass die alliierten Besatzungstruppen in Deutschland eine rasche Rückführung der Flüchtlinge nicht wünschten, sondern dass dies frühestens für den darauffolgenden Frühsommer angedacht war, erkannte man die Notwendigkeit, einen koordinierteren Einsatz zu leisten. Im September 1945 wurde die Flüchtlingsverwaltung in Kopenhagen mit dem früheren Minister Johannes Kjærboel als Leiter eingerichtet. Die praktische Arbeit hinsichtlich der Verpflegung der Flüchtlinge, der Lager und ihrer Leitung verblieb doch bei der zivilen Luftabwehr des Staates.

Ursprünglich lautete der Plan, sämtliche Flüchtlinge bei Mitgliedern der deutschen Minderheit privat einzuquartieren, doch als diese Möglichkeit der Unterbringung im Laufe des März 1945 erschöpft war, musste man in Nordschleswig wie im übrigen Land Flüchtlingslager in Schulen, Versammlungshäusern und Gastwirtschaften etc. einrichten. Insgesamt wurden in Nordschleswig fast 200 Lager über den Landesteil verteilt errichtet. Etwa die Hälfte der 23.000 Flüchtlinge, die man in Nordschleswig unterbrachte, waren bei der Befreiung Dänemarks privat einquartiert.

Die Aufnahme

Die meisten zivilen deutschen Flüchtlinge in Dänemark gelangten in ein Land mit einer fremden Sprache. In diesem Punkt unterschied sich Nordschleswig jedoch vom übrigen Land. Hier stand die deutsche Volksgruppe zum Empfang bereit, und fast die gesamte erwachsene Generation der Dänen, die vor 1920 die deutsche Schule besucht hatte, war mit der deutschen Sprache vertraut. Vor der Befreiung Dänemarks gab es keinerlei Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge oder in ihrem Kontakt mit der Umwelt. Sie konnten Briefe versenden und telefonieren; sie erhielten Taschengeld und konnten wie alle anderen Lebensmittel und Dinge des täglichen Bedarfs kaufen, Gastwirtschaften aufsuchen und an Vergnügungen sowie an allem, wozu sie Lust verspürten, teilnehmen.

Nach der Befreiung änderte sich dies auf radikale Weise. Die Organisation, die für die Versorgung zuständig gewesen war, befand sich außer Funktion, und das Sicherheitsnetz, welches die Wehrmacht und die deutschen Besatzungsbehörden für die Flüchtlinge dargestellt hatten, existierte nicht mehr. Die Flüchtlinge waren nun dem Gutdünken des Gastlands ausgesetzt, und dies hatte unter anderem zur Folge, dass sämtliche Flüchtlinge in Lagern interniert und von der ansässigen Bevölkerung isoliert werden sollten. Der Grund hierfür war, wie der Historiker Henrik Havrehed es formulierte, dass es keinerlei „gefühlsmäßige oder politische Möglichkeit [gab], 200.000 Flüchtlinge in einem von der deutschen Besatzung just befreiten Dänemark frei herumlaufen zu lassen; dies hätte zu Schwarzmarkthandel, Schlägereien, Bettelei, der Prostitution deutscher Frauen und anderen unerwünschten Erscheinungen geführt; ebenso bestand keine Möglichkeit, die deutschen Flüchtlinge in der dänischen Landwirtschaft oder Industrie zu beschäftigen, dies hätte zu Lohndrückerei und ‚Schwarzarbeit‘ geführt. Wären nur einige Tausend beschäftigt worden, hätten alle vier alliierten Großmächte dies als Aussage aufgefasst, dass Dänemark die Flüchtlinge behalten wolle und sie sogar gebrauchen könne. Innen- wie außenpolitisch war die Internierung daher der einzige Ausweg (...).“⁹



Abb. 3 Deutsche Flüchtlinge vor ihrer Einquartierung im Deutschen Gymnasium in Apenrade (heutiges Polizeigebäude), April/Mai 1945

Das große „Problem“ in Nordschleswig war jedoch, dass knapp die Hälfte der Flüchtlinge privat einquartiert waren, und dass sie sich natürlich nicht unmittelbar internieren oder von der Bevölkerung isolieren ließen. Man wählte daher die pragmatische Lösung, die privat Einquartierten als Internierte in Lagern zu betrachten, und daher entrichtete man 1,50 kr. pro Tag und Flüchtling sowie eine halbe Menge Rationierungsmarken an die Quartierwirte. Nebenbei bemerkt handelte es sich dabei um die Hälfte der Zuteilungen, die das Flüchtlings-Hilfswerk vor der Befreiung zur Verfügung gestellt hatte.

Im Laufe des Herbstes 1945 und Anfang des Jahres 1946, von Ort zu Ort unterschiedlich, wurde die private Einquartierung beendet. Am längsten hatte sie im Haderslebener Polizeibezirk Bestand, wo die private Unterbringung erst im April 1946, also fast ein Jahr nach der Befreiung, beendet wurde.

Das Leben in den nordschleswigschen Flüchtlingslagern unterschied sich nicht nennenswert vom Leben in den Flüchtlingslagern im übrigen Land. Es handelte sich um die gleiche Organisation, die gleichen Vorschriften und die gleichen Probleme. Das Essen war knapp, doch ausreichend, die neu errichteten Barackenlager wurden nach den Vorschriften der Luftabwehr belegt etc. Was die Bewachung betrifft, scheinen die Verhältnisse jedoch etwas abgewichen zu sein.



Abb. 4 Eingang zum Flüchtlingslager Skrydstrup westlich von Hadersleben, 1946

Vor allem bei den vielen kleinen Lagern, die im Sommer und Herbst 1945 in Benutzung waren, gab es normalerweise keine Bewachung. Dies machte jedoch Sinn, solange die andere Hälfte der Flüchtlinge in der Gemeinde ohne Bewachung privat einquartiert war. Nur bei den größeren Lagern versuchte man, eine reelle Bewachung zu etablieren, doch auch hier konnte dies zu Problemen führen. So wurde die Bewachung von Lager zu Lager mit unterschiedlicher Härte ausgeübt.

Ärztliche Versorgung

In Nordschleswig galten die gleichen ärztlichen Regeln wie im übrigen Land, doch die Situation unterschied sich dadurch, dass die Flüchtlinge von den Organisationen der deutschen Minderheit aufgenommen wurden, welche auch ein Gesundheitsamt umfassten, und dass es in der deutschen Volksgruppe praktizierende Ärzte gab.

In einem Bericht, den das deutsche „Generalkommando Süd-Jütland“ zur Flüchtlingssituation um den 1. Mai 1945 versendete, heißt es über die ärztliche Ver-

sorgung, dass diese von ausgewählten deutschen Zivilärzten unter der Leitung von Dr. Bellar in Apenrade geleistet wurde. In Nordschleswig („dem Gebiet der deutschen Volksgruppe“) verwendete man auch Ärzte der deutschen Minderheit, die vor allem zu Beginn einen großen Einsatz leisteten. Der Bericht unterstreicht jedoch, dass man trotz der zivilen deutschen Ärzte in keiner Weise die deutschen Militärärzte von der Flüchtlingsarbeit freistellen konnte.¹⁰

In allen Standortbereichen waren Krankenstationen mit 60 bis 100 Betten eingerichtet. Für Infektionskrankheiten wie Scharlach, Masern und Diphtherie gab es gesonderte Abteilungen, und in den größeren Lagern waren Krankenzimmer für Patienten mit leichteren Erkrankungen eingerichtet. Der Bericht gibt an, dass Pflegepersonal ausreichend vorhanden war, welches überwiegend aus den eigenen Reihen der Flüchtlinge rekrutiert wurde. Einzelne Krankenschwestern wurden jedoch aus Deutschland geholt.

Neben diesen Krankenrevieren und Krankenzimmern waren zwei besondere Flüchtlingskrankenhäuser in Tingleff und Askov eingerichtet, in denen die Schwerkranken behandelt wurden. Hier waren Spezialärzte tätig, die in Askov unter anderem von dem dortigen Feldlazarett stammten. Ebenso verfügten beide Krankenhäuser über eine bessere Ausstattung als die Krankenstationen. – Personen mit schweren Krankheiten wurden in den deutschen Militärlazaretten behandelt. Hier wurden auch chirurgische Eingriffe vorgenommen.

Darüber hinaus existierten zwei Entbindungskliniken: Eine in Apenrade mit 60 Betten und eine in Askov mit 12 Betten. Diese Kliniken wurden von erfahrenen Hebammen geleitet, und Gynäkologen waren hier tätig. In Rødding gab es zudem ein Müttergenesungs- und Säuglingsheim, welches die aus den Entbindungskliniken Entlassenen aufnehmen konnte. Dies hat sich als sehr zweckdienlich erwiesen.

Nach der Befreiung änderte sich die ärztliche Versorgung nicht maßgeblich. Dies geht unter anderem aus den Verhaltensvorschriften hervor, die das Luftabwehrbüro in Hadersleben am 9. Mai 1945 zu den sanitären Verhältnissen versandte. Punkt 1 behandelt die ärztliche Hilfe für Flüchtlinge, und dort heißt es, dass der Sanitätsleiter, nach Rücksprache mit dem lokalen Amtsarzt, ärztliche Inspektionen in sämtlichen Lagern und Krankenstationen vorzunehmen hatte. Beim eigentlichen ärztlichen Dienst wurde damit gerechnet, dass dieser von den zurückgebliebenen deutschen Ärzten in gleicher Weise wie bisher geleistet würde. In bezug auf Krankenhauseinweisungen wurde auf Richtlinien verwiesen, die im Rundschreiben des Innenministeriums vom 28. März 1945 veröffentlicht worden waren. Demnach kam eine Einweisung in ein dänisches Krankenhaus nur bei ansteckenden Krankheiten wie Typhus, Paratyphus, Ruhr oder Flecktyphus infrage. Patienten mit weniger ansteckenden Krankheiten wie Diphtherie oder Scharlach sollten nur im Ausnahmefall aufgenommen werden, da diese Patienten

in der Regel am Aufenthaltsort in Übereinstimmung mit dem Epidemiegesetz isoliert werden konnten, ohne dass die Gefahr einer Ansteckung bestand. In den Fällen, in denen eine sofortige ärztliche Versorgung erforderlich war, um eine drohende Lebensgefahr abzuwehren, sollte der Patient auch in ein dänisches Krankenhaus eingewiesen werden können, um zumindest vorläufig behandelt werden zu können.¹¹ Diese Verhaltensvorschriften galten im gesamten Land.

Todesfälle unter den Flüchtlingen

Wie oben angedeutet unterschied sich die Flüchtlingsfürsorge in Nordschleswig in positiver Weise von den Verhältnissen auf Landesebene. In Nordschleswig gab es eine bewährte Organisation der deutschen Minderheit, die sich um die Flüchtlinge kümmerte. Hier wurden sie von deutschen Ärzten (der Minderheit) ärztlich behandelt. Es gab verschiedene Behandlungsangebote für kranke Flüchtlinge (Krankenstationen, Flüchtlingskrankenhäuser, Militärlazarette und dänische Krankenhäuser), und bis zur Hälfte aller Flüchtlinge waren privat bei Angehörigen der deutschen Minderheit untergebracht und teilten damit bis zu einem gewissen Grade die physischen Lebensbedingungen dänischer Staatsangehöriger. Daher wäre ein Vergleich der Sterblichkeit unter den Flüchtlingen in Nordschleswig mit den Flüchtlingen auf Landesebene ein interessanter Beitrag zu der Diskussion, inwieweit dänisches Versagen oder aber die Umstände der Flucht die große Sterblichkeit unter den Flüchtlingen verursachte.

Laut Flüchtlingsverwaltung starben auf Landesebene 13.493 Flüchtlinge im Laufe des Jahres 1945, hiervon 7.746 Kinder unter 15 Jahren.¹² Die entsprechende Zahl für Nordschleswig lautete 793 verstorbene Flüchtlinge, dabei 10 ohne Angabe des Geburtsdatums.¹³ Von den übrigen 783 toten Flüchtlingen waren 530 unter 15 Jahren, 253 waren älter. Diese Zahlen überraschen, weil sie zeigen, dass es bei den Flüchtlingskindern in Nordschleswig relativ gesehen mehr Todesfälle gab als bei den Flüchtlingen auf Landesebene. Einer der zentralen Anklagepunkte von Kirsten Lyloff gegen die ärztliche Behandlung in Dänemark richtet sich nämlich gegen ein Rundschreiben vom 28. März 1945, in dem das Innenministerium „definitiv abgelehnt [hatte], diejenige Gruppe Flüchtlinge, Kinder unter fünf Jahren zu behandeln, die am meisten bedroht war. ... Die Flüchtlinge waren den personell und materiell vollständig unzureichend ausgestatteten deutschen Lazaretten überlassen.“¹⁴

In der untenstehenden Tabelle 1 und 2 ist die Anzahl beerdigter Flüchtlingskinder 1945 auf Landesebene sowie die Menge verstorbener Flüchtlingskinder in Nordschleswig, auf Monate und Alter verteilt, dargestellt. Die durch Kirsten Lyloff ermittelten landesweiten Zahlen gründen sich auf Beerdigungslisten der „Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen

von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht“, die 1974 und 1977 veröffentlicht wurden, und welche 6.528 Kinder umfassen, also etwa 1.200 Kinder weniger als die 7.746 verstorbenen Kinder, die die Flüchtlingsverwaltung genannt hat. Der Unterschied ist zurückzuführen auf die Kinder, die anonym verstarben und/oder kein bekanntes Grab haben, auf dem die Altersangabe oder der Zeitpunkt des Todes vermerkt wäre.

Bei der Betrachtung dieser Zahlen fällt auf, dass die Verteilung von Todesfällen unter Kindern in Nordschleswig und auf Landesebene in den einzelnen Monaten verblüffend ähnlich ist. In dem nachfolgenden Diagramm (Abb. 5) ist die prozentuale Verteilung in den einzelnen Monaten einerseits für das gesamte Land und andererseits für Nordschleswig berechnet. Wie aus dem Diagramm hervorgeht, gab es in den ersten Monaten mehr Todesfälle unter den Flüchtlingskindern in Nordschleswig als auf Landesebene. Man muss annehmen, dass es sich um eine Konsequenz dessen handelt, dass der erste Flüchtlingsstrom im Februar und März primär in Nordschleswig ankam. Erst später erreichte der massive Flüchtlingsstrom das übrige Land.

Vergleicht man die beiden Tabellen 1 und 2, geht deutlich daraus hervor, dass

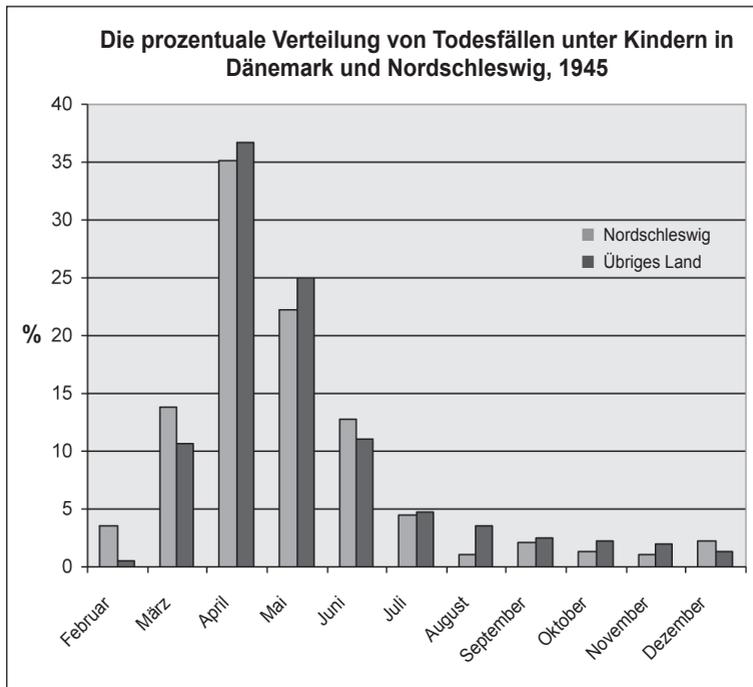


Abb. 5

Tabelle 1: Beerdigte Flüchtlingskinder in Dänemark

| Todesmonat 1945 | < 1 Monat | 1-11 Mte. | 1 Jahr | 2-4 Jahre | 5-9 Jahre | 10-14 Jahre | Gesamt |
|-----------------|-----------|-----------|--------|-----------|-----------|-------------|--------|
| Februar | 2 | 19 | 6 | 4 | 0 | 0 | 31 |
| März | 32 | 336 | 162 | 121 | 32 | 6 | 689 |
| April | 78 | 695 | 767 | 657 | 168 | 31 | 2.396 |
| Mai | 76 | 444 | 479 | 467 | 137 | 29 | 1.632 |
| Juni | 48 | 191 | 189 | 192 | 71 | 34 | 725 |
| Juli | 47 | 85 | 48 | 71 | 35 | 18 | 304 |
| August | 38 | 82 | 27 | 42 | 33 | 11 | 233 |
| September | 33 | 62 | 8 | 36 | 22 | 2 | 163 |
| Oktober | 33 | 82 | 6 | 14 | 7 | 1 | 143 |
| November | 33 | 72 | 4 | 7 | 8 | 5 | 129 |
| Dezember | 14 | 51 | 7 | 6 | 5 | 0 | 83 |
| Gesamt | 434 | 2.119 | 1.703 | 1.617 | 518 | 137 | 6.528 |

Tabelle 2: Verstorbene Flüchtlingskinder in den sechs nordschleswigschen Polizeibezirken

| Todesmonat 1945 | < 1 Monat | 1-11 Mte. | 1 Jahr | 2-4 Jahre | 5-9 Jahre | 10-14 Jahre | Gesamt |
|-----------------|-----------|-----------|--------|-----------|-----------|-------------|--------|
| Februar | 1 | 13 | 3 | 2 | 0 | 0 | 19 |
| März | 5 | 39 | 15 | 11 | 1 | 1 | 73 |
| April | 7 | 54 | 61 | 54 | 2 | 2 | 186 |
| Mai | 8 | 33 | 37 | 27 | 2 | 2 | 118 |
| Juni | 8 | 19 | 17 | 21 | 1 | 1 | 68 |
| Juli | 4 | 8 | 3 | 5 | 1 | 1 | 24 |
| August | 0 | 5 | 0 | 1 | 0 | 0 | 6 |
| September | 1 | 4 | 1 | 3 | 0 | 0 | 11 |
| Oktober | 1 | 6 | 0 | 0 | 0 | 0 | 7 |
| November | 2 | 3 | 0 | 0 | 1 | 1 | 6 |
| Dezember | 1 | 8 | 2 | 0 | 0 | 0 | 12 |
| Gesamt | 38 | 192 | 139 | 124 | 8 | 8 | 530 |

Tab. 1 Sterblichkeit unter Flüchtlingskindern in ganz Dänemark 1945

Tab. 2 Sterblichkeit unter Flüchtlingskindern in Nordschleswig 1945

es vor allem die jüngsten Kinder waren, die ihr Leben ließen. Auf Landesebene machten die 0-4-Jährigen 90 Prozent aller verstorbenen Kinder aus, in Nordschleswig waren es 93 Prozent. An beiden Orten gehörten Kinder unter einem Jahr mit einer Sterberate von 39 Prozent auf Landesebene und 43 Prozent in Nordschleswig zu den am stärksten Gefährdeten. Die Prozentzahlen für Einjährige liegen jeweils bei 26 Prozent.

Wenn es darum geht, wer wann starb, scheint es keinen großen Unterschied zwischen den nordschleswigschen Zahlen und den Zahlen auf Landesebene zu geben. Eine ganz entscheidende Frage muss lauten, ob die Sterblichkeit unter den in Lagern internierten Flüchtlingsmassen und den Flüchtlingen, die größtenteils privat in Nordschleswig einquartiert waren, ebenfalls gleich war. Verwenden wir die Kalkulation über Flüchtlinge Mitte Mai 1945 als Berechnungsgrundlage, also 238.010 Flüchtlinge in Dänemark und 22.982 Flüchtlinge in den nordschleswigschen Polizeibezirken, zeigt sich eine niedrigere Sterberate bei den in



Abb. 6 Flüchtlingskinder im Lager Skrydstrup westlich von Hadersleben, 1946

Nordschleswig einquartierten Flüchtlingskindern als unter den Flüchtlingskindern auf Landesebene.¹⁵ In Nordschleswig machte die Gruppe verstorbener Kinder 2,3 Prozent im Gegensatz zu 3,3 Prozent auf Landesebene aus. Nehmen wir die gesamte Anzahl von Todesfällen, Kinder, junge und alte Menschen, und berechnen dies auf gleiche Weise, erhalten wir einen Prozentsatz von 3,5 für Nordschleswig und 5,7 auf Landesebene – weit mehr Todesfälle auf Landesebene als in Nordschleswig. Die Frage ist jedoch, wie signifikant dieser Unterschied ist und wie die Zahlen zu verstehen oder zu erläutern sind. Zwar gab es bedeutend weniger Todesfälle unter den Flüchtlingen in Nordschleswig als im übrigen Land, doch wissen wir auch, dass unter den Verstorbenen beträchtlich mehr Kinder in Nordschleswig als auf Landesebene waren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im nordschleswigschen Flüchtlingsstrom prozentual mehr Kinder waren als in dem Strom, der das übrige Land erreichte.

Um diese Zahlen verstehen zu können, müssen wir den Zeitfaktor berücksichtigen. Der Hauptteil der Flüchtlinge in Nordschleswig kam im Februar und März unter weniger chaotischen Umständen an als im übrigen Land, wo die Flüchtlinge später eintrafen. Henrik Havrehed hat ganz allgemein eine Zäsur um den 1. April angesetzt, womit er verdeutlichen wollte, dass diejenigen Flüchtlinge, die vor dem 1. April ankamen, Ankunft, Einquartierung, Verpflegung und Anpassung

besser bewältigten als diejenigen, die später eintrafen. Die Wehrmacht hatte bis zu diesem Zeitpunkt nämlich immer noch einen Überblick über die Situation, doch mit dem 1. April und in der Zeit danach, in der mehrere tausend Flüchtlinge pro Tag ankamen, erfolgte ein organisatorischer Zusammenbruch mit starken humanitären Belastungen für die Flüchtenden.¹⁶

Zahlen sind selten deutlich, doch selbst der relativ niedrige Prozentsatz von 2,3 ist unangemessen hoch und würde auf Landesebene nicht weniger als 5.365 verstorbenen Kindern im Jahr 1945 entsprechen. Dies ist immer noch eine enorm hohe Zahl, was darauf verweist, dass nicht das Versagen des dänischen Gesundheitswesens, sondern der grundlegend schlechte gesundheitliche Zustand der Flüchtlinge bei ihrer Ankunft den Ausschlag gab. Dies würde auch die vielen Todesfälle in Nordschleswig im Februar und März im Vergleich zum übrigen Land erklären.

Ein zeitgenössischer Bericht des „Generalkommandos Süd-Jütland“ stimmt mit dieser Beurteilung überein. Hier wird berichtet, dass der größte Teil der Kranken Kinder und Säuglinge waren, während der allgemeine Gesundheitszustand unter den Flüchtlingen gut war. Der Bericht nennt nicht ärztliche Unzulänglichkeit als Ursache für die vielen Todesfälle unter Kindern und älteren Menschen, sondern die grundlegend schlechte Verfassung der Flüchtlinge nach der Flucht: „Der Gesundheitszustand der Flüchtlinge hat sich in der letzten Zeit wesentlich gebessert und kann insbesondere bei denen, die schon längere Zeit hier in Dänemark sind, als gut bezeichnet werden. Die Sterblichkeitsziffer war im Anfang bei den Kleinkindern, Säuglingen und alten Leuten, die zum Teil in schlechtester Körperverfassung von ihrer Flucht hier eintrafen, sehr hoch. Die Todesursachen bei den Kleinkindern und Säuglingen waren Ernährungsstörungen und Lungenentzündungen, sowie Masern mit Komplikationen (Mittelohreiterungen, Bronchopneumonien). Die Greise sterben vorwiegend an Altersschwäche und Erschöpfung.“¹⁷

Abschließend soll etwas genauer auf die Todesursachen unter den Flüchtlingen eingegangen werden. Bei 180 der im Jahr 1945 verstorbenen Flüchtlinge verfügen wir nämlich über Informationen zur Todesursache.¹⁸ Aus ihnen geht hervor, dass es vier große mörderische Krankheiten gab, auf die rund 80 Prozent der Todesfälle zurückzuführen sind. Das verbreitetste Krankheitsbild könnte man als „Ernährungsstörung/Magen-Darm-Infektionen“ (45 Todesfälle) bezeichnen, wovon vor allem Säuglinge betroffen waren. Danach kam die Lungenentzündung mit 41 Todesfällen. Mit 22 Todesfällen traf diese Krankheit vor allem die 1-4-Jährigen mit besonderer Härte, doch auch neun Todesfälle bei Säuglingen unter einem Jahr sind darauf zurückzuführen. Herz-/Kreislaufprobleme gehörten zur dritten Gruppe der todbringenden Krankheiten (29 Todesfälle), welche vor allem Erwachsene und ältere Menschen betraf. An vierter Stelle steht die

Krankheit Diptherie mit 28 Todesfällen. Sie traf vor allem Kinder im Alter von 1-4 Jahren (18 Todesfälle). Andere Infektionskrankheiten wie Tuberkulose, Meningitis, Masern, Paratyphus und Scharlach forderten insgesamt „nur“ 12 Leben. Darüber hinaus starben vier Personen an Gehirnblutungen, vier an Nierenentzündungen, drei durch Selbstmord, zwei durch Krämpfe, zwei durch Luftangriffe (Tondern) und eine Person durch Erschießung (Skrydstrup-Lager). Schließlich wurden fünf Kinder tot zur Welt gebracht. Eine Person starb an Altersschwäche, ein Kleinkind starb an Schwäche und eine jüngere Frau starb im diabetischen Koma. Insgesamt handelte es sich um ernste Erkrankungen, die vor der Verbreitung der Antibiotika und anderer moderner ärztlicher Mittel viele Opfer forderte – auch unter den deutschen zivilen Flüchtlingen.

Fazit

Im Laufe der Monate Februar bis Mitte Mai gelangten ca. 23.000 deutsche zivile Flüchtlinge nach Nordschleswig. Die Flüchtlinge wurden von den Organisationen der deutschen Minderheit empfangen und sowohl privat als auch in Lagern einquartiert. Die Flüchtlinge in Nordschleswig hatten im Allgemeinen bessere Lebensbedingungen als in den anderen Landesteilen, was unter anderem eine geringere Zahl von Todesfällen unter den Flüchtlingen zur Folge hatte. Gleichwohl war die Sterblichkeit unter den Flüchtlingen in Nordschleswig hoch. So starben hier im Laufe des Jahres 1945 nicht weniger als 793 Flüchtlinge – eine Zahl, die auf den geschwächten Zustand der Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Dänemark verweist.

Übersetzung: Ruth Clausen

Anmerkungen:

- 1 Arne Gammelgaard, Menneske i malstrøm – tyske flygtninge i Danmark 1945-1949, Herning: Forlaget Systime 1981. Deutsche Ausgabe: Ungeladene Gäste. Ostdeutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-1949, Leer (Ostfriesland) 1985. Siehe GFH 1/1986, S. 65.
- 2 Eckhard Bodenstern, Deutsche Flüchtlinge in Dänemark – ein Stück gemeinsamer Geschichte, in: Grenzfriedenshefte 1/1983, S. 37-50.
- 3 Kirsten Lylloff, Kan lægeløftet gradbøjes? Dødsfald blandt og lægehjælp til de tyske flygtninge i Danmark 1945, in: Historisk Tidsskrift 1999, S. 33-68. – Dies., Barn eller fjende? Uledsagede tyske flygtningebørn i Danmark 1945-1949. Diss., København: Universitetsforlag 2007.
- 4 Kirsten Lylloff, Kan lægeløftet gradbøjes? (wie Anm. 3), S. 35.

- 5 Werner Bests korrespondance med Auswärtiges Amt og andre tyske akter vedrørende besættelsen af Danmark 1942-1945, hrsg. v. John T. Lauridsen, Bd. 9, København 2012, S. 150.
- 6 Søren Hansen, Daglige Beretninger om Begivenheder under den tyske Besættelse København 1946, S. 644.
- 7 Kinder definiert als Personen unter 15 Jahren.
- 8 Berechnet auf der Grundlage von Henrik Havrehed (wie Anm. 9), S. 335.
- 9 Henrik Havrehed, Tyske flygtninge i Danmark 1945-1948, Odense 1987, S. 296 f. Deutsche Ausgabe: Die deutschen Flüchtlinge in Dänemark 1945-1949, Heide: Westholsteinische Verlagsanstalt Boyens 1989.
- 10 Landsarkivet for Sønderjylland. Flygtningeadministrationsen i Haderslev Politikreds, pk. 1, læg 3: „Allgemeine Berichte“.
- 11 Landsarkivet for Sønderjylland. Flygtningeadministrationsen i Haderslev Politikreds, pk. 18, læg 1: „Indgående korrespondance m.v.“ Dateret 9. maj. 1945.
- 12 Kirsten Lylloff, Kan lægeløftet gradbøjes? (wie Anm. 3), S. 58.
- 13 Diese Zahlen sind zustande gekommen durch eine Überprüfung sämtlicher Todesregister in den nordschleswigschen Pfarrbezirken, sämtlicher Kirchenbücher in den Gemeinden, Listen über verstorbene Flüchtlinge, die in den lokalen Archivbeständen der Flüchtlingsverwaltungen (besonders Haderslev, pk. 4, læg XV sowie pk. 5, læg 2 und 8; Aabenraa, pk. 6 und 7) sowie durch die „A.E.F. Assembly Center Registration Cards“, die Informationen über den Namen des Verstorbenen, Geschlecht, Geburtsdatum, Aufenthaltsort und eventuelle Todesursache enthalten. Alle Akten im Landsarkiv for Sønderjylland.
- 14 Kirsten Lylloff (wie Anm. 3), S. 51.
- 15 Flygtninge i Danmark 1945-1949. Udgivet af Flygtningeadministrationsen, København 1950, S. 293 ff.
- 16 Henrik Havrehed (wie Anm. 9), S. 32.
- 17 Landsarkivet for Sønderjylland. Flygtningeadministrationsen i Haderslev Politikreds, pk. 1, læg 3: „Allgemeine Berichte“.
- 18 Siehe Anm. 13.

Fårhus 1945-1949

Neue Forschungsergebnisse zu einem umstrittenen Kapitel deutsch-dänischer Geschichte

von HENRIK SKOV KRISTENSEN

Die kleine dänische Gemeinde Frøslev ist auf vielfache Art und Weise mit der Geschichte unseres Grenzlandes verbunden. Im Ort befand sich von August 1944 bis April 1945 ein Internierungslager für dänische Widerstandskämpfer und Grenzgendarmen, die hier von den Nationalsozialisten eingesperrt waren. 1.600 von ihnen wurden in Konzentrationslager verbracht, rund 200 fanden dabei den Tod. Vom Mai 1945 bis zum Herbst 1949 dienten die Gebäude im Zuge der sog. Rechtsabrechnung unter der Bezeichnung Fårhuslager als Internierungs- und Straflager für dänische Kollaborateure und Nationalsozialisten, darunter zahlreiche Angehörige der deutschen Minderheit. Die Geschichte des Frøslevlagers hat der dänische Historiker und Leiter des Museums Frøslevlejren Dr. Henrik Skov Kristensen mehrfach in den Grenzfriedensheften behandelt (so in Heft 3/1995). Im August 2011 legte er nun eine umfangreiche Studie zum Fårhuslager¹ vor, die vor allem in der deutschen Minderheit eine Diskussion über die eigene Vergangenheit auslöste. Über diese Debatte informierten die Grenzfriedenshefte in Heft 1/2012.² Der folgende Beitrag, der vor allem unseren vorwiegend deutschsprachigen Lesern Einblicke in das Werk Skov Kristensens geben soll, beruht auf einem Vortrag, den dieser 2012 im Bürgerhaus in Harrislee gehalten hat. Unser Redaktionsmitglied Dr. Matthias Scharl hat den gemeinsam von der deutsch-dänischen Arbeitsgruppe „Harrislee Bahnhof“ und der Gemeinde Harrislee arrangierten Vortrag in Abstimmung mit dem Autor für die Drucklegung bearbeitet.

Die Redaktion

Einführung

Während der Besetzung Dänemarks 1940-1945 hat sich die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig von wenigen Ausnahmen abgesehen mit Hitler-Deutschland und damit mit der Besatzungsmacht solidarisiert. Zwar war man dänischer Staatsbürger, aber die Loyalität lag unbedingt bei Deutschland. Unter anderem stellte man mehr als 2.000 Frontfreiwillige für den deutschen Kriegseinsatz zur Verfügung – hauptsächlich für die Waffen-SS. Damit kam jeder dritte oder vierte



Abb. 1 Aufmarsch der SK (entsprechend der reichsdeutschen SA) in Sonderburg, 29. Juni 1941. Zweiter von links: Hans Schmidt-Oxbüll, nach dem Krieg der erste Folketingsabgeordnete der deutschen Minderheit

Däne, der bei der Waffen-SS diente, aus der deutschen Minderheit. Die deutsche Volksgruppe stellte auch Leute für verschiedene uniformierte und bewaffnete Korps an der sog. Heimatfront zur Verfügung. Betriebe, die Angehörigen der Minderheit gehörten, schlossen sich in einer so genannten „Liefergemeinschaft“ zusammen, die für Lieferungen an die deutsche Wehrmacht sorgte. Auch deswegen wurde die deutsche Volksgruppe massiv von der Rechtsabrechnung nach dem Krieg getroffen.

Ungeachtet dieser seit langer Zeit bekannten Fakten sind in der Vergangenheit viele Behauptungen über den Umgang mit den Insassen der deutschen Minderheit im Färhuslager vorgebracht worden. In Büchern von ehemaligen Gefangenen bekommt man z.B. unweigerlich den Eindruck, dass die Häftlinge gehungert hätten, dass sie misshandelt und einige sogar getötet worden wären. Diesen Vorwürfen muss heute und nach der Auswertung der rund 4.600 überlieferten Gefangenenakten – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – energisch widersprochen werden. Die Rechtsabrechnung war, von einigen Ungereimtheiten in Einzelfällen abgesehen, unter den gegebenen Umständen angemessen – und wohl fast eine Voraussetzung dafür, dass man später im Verhältnis zwischen Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung zum Normalzustand zurückkehren konnte.



Abb. 2 Internierte bei der Ankunft im Lager Fårhus, bewacht durch einen Soldaten von Den danske Brigade, Mai 1945

Internierungslager Fårhus, Mai-August 1945

Ein Internierter aus der deutschen Minderheit schreibt in einem Nachkriegsbericht über seine Bekanntschaft mit dem Fårhuslager in der ersten Phase seiner Existenz vom 5. Mai bis zum 3. August 1945: „Die ersten 4 Wochen waren furchtbar. Das Lager füllte sich von Tag zu Tag mehr. In Kühlwagen und offenen Lastwagen kamen die verhafteten Nordschleswiger an. Wie Schwerverbrecher wurden sie behandelt. Hineingepfercht in die überfüllten Baracken. Ohne Plan und Ordnung stopfte man etwa 3000 Kameraden ins Lager hinter Stacheldraht. Bald war auch die B 6 übervoll. Verpflegung miserabel! Als dann noch der Durchfall grassierte (Hungerdysenterie), wussten wir bald nicht mehr wohin. In drei Betten übereinander lagen die Kranken. Oft verloren sie das Bewusstsein nach den dauernd notwendigen Toilettenbesuchen.“

Diese Beschreibung von der Krankenbaracke des Fårhuslagers vergleicht die Zustände dort mit den menschenunwürdigen Verhältnissen in den deutschen Konzentrationslagern. Das ist jedoch stark übertrieben. Die Insassen im Fårhuslager wurden nicht systematisch misshandelt, sie wurden nicht ermordet oder litten ständigen Hunger, wie es zum Beispiel in Neuengamme geschah, wo so viele dänische Gefangene eingesperrt waren – unter anderem die etwa 1.600 Häftlinge, die aus dem Frøslevlager hierhin deportiert worden waren. Dennoch

wurde der Vergleich von Teilen der Gefangenen aus der deutschen Minderheit immer wieder hergestellt.

Allerdings besteht kein Zweifel darüber, dass in den ersten Monaten, in denen das Lager dem Kommando der Widerstandsbewegung unterstand, mit den Fårhusgefangenen äußerst kühl und zeitweilig sogar sehr grob umgegangen worden ist. Es gab auch einige wenige Fälle von Strafexerzieren, langwierigen Appellen und in Einzelfällen Gewalt. Ebenso dokumentiert sind unmotivierte Schießereien der Wachen. In zwei Fällen wurden Insassen von Schüssen leicht verletzt. Vor allem aber herrschte im frühen Fårhuslager Kadaverdisziplin, die wohl schlimmer gewesen ist als im deutschen Frøslevlager.

Die harte Gangart in den ersten Monaten muss vor dem Hintergrund der ganzen Stimmung im Sommer 1945 gesehen werden. Eine Stimmung, die man bei Durchsicht der zeitgenössischen Zeitungen nachvollziehen kann, so etwa in der Schilderung eines Berichterstatters der Zeitung Aarhus Stifttidende nach einem Besuch im Lager im Mai 1945, also kurz nach der Befreiung Dänemarks. Der Journalist, übrigens ein ehemaliger Gefangener des Frøslevlagers, fragt den ersten Fårhuskommandanten Aksel Petersen, ob die Gefangenen auch arbeiten. Und darauf antwortet dieser freimütig: „In dieser Zeit fordern wir, dass gearbeitet wird. Ausruhen auf der Schaufel gibt es hier nicht, und ertappen wir jemanden beim Faulenzen, wird er von der dänischen Brigade mit dem Bajonett ein wenig aufgemuntert. Das hilft!“ Und der sehr engagierte Interviewer schließt seinen Artikel ab: „Es ist eine ekelhafte Säuberungsarbeit, die in Dänemark jetzt im Gange ist, aber es ist eine Säuberung, die getan werden muss und getan werden wird. Und zwar gründlich!“ Diese Zitate sagen wohl einiges über den Diskurs im Frühjahr und Sommer 1945 aus.

Aksel Petersen wurde übrigens bald von einem anderen ehemaligen Frøslevgefangenen, Hauptmann Povl Martin Digmann aus Tøndern, abgelöst. Digmann war in Frøslev als so genannter Lagerältester tätig gewesen. Das heißt, dass er hier vom deutschen Lagerkommandanten zum Leiter der Selbstverwaltung der Gefangenen ernannt worden war. Im Fårhuslager leitete er einen Disziplinierungsprozess ein, unter anderem, um die unnötigen Schießereien und die zahlreichen Diebstähle bei den Mitgefangenen zu verhindern.

Seine Kommandantur bestand hauptsächlich aus ehemaligen prominenten Frøslevgefangenen und die Wachmannschaft zum Teil aus Soldaten der dänischen Brigade in Schweden, die dort zum Grenzbewachungsdienst eingesetzt waren, sowie aus Widerstandsleuten, die aus verschiedenen nordschleswigschen Städten kamen. Zwar kann man darüber diskutieren, ob es klug war, Leute einzusetzen, die vermutlich von einer starken Abneigung gegenüber den Insassen geprägt waren. Aber wen hätte man sonst nehmen sollen?

Im Laufe des Monats Juli 1945 wurde die Wachmannschaft dann auch durch



Abb. 3
Hauptmann Povl Martin Digmann
als Gefangener im Lager Frøslev, 1944

neu einberufene dänische Soldaten und Offiziere ersetzt. Die Verhältnisse verbesserten sich dadurch allerdings kaum. Aber Digmann, der bis Mitte Juli 1945 als Kommandant weitermachte, versuchte sein Bestes, um Ordnung im Lager zu schaffen. Zu diesem Zweck benutzte er im Großen und Ganzen sogar die alten deutschen Vorschriften und Strukturen aus der Zeit des Frøslevlagers. Die ausgeprägte Kontinuität vom Frøslev- zum Fårhuslager zeigt sich auch daran, dass das Personal des dänischen Strafvollzugs, das auch für die Verpflegung der Häftlinge im Frøslevlager gesorgt hatte, im Fårhuslager blieb und sich nun um die neuen Insassen kümmerte.

Je mehr Häftlinge durch die dafür zuständigen Untersuchungsrichter ins Lager überstellt waren, desto perfekter funktionierte das Strafvollzugssystem. Aus den Internierten wurden offizielle Gefangene. Am 3. August 1945 wurde das Lager schließlich als Ganzes vom dänischen Strafvollzug unter der Leitung des Gefängnisinspektors Cuno Gjerstrup übernommen und trug seither den Namen „Straflager in Fårhus“.

Das Straflager Fårhus August 1945-Herbst 1949

Mitte August 1945 wurden die ersten Untersuchungshäftlinge verurteilt und zur Verbüßung ihrer Strafen im Fårhuslager untergebracht. Damit war die Zeit als eine staatliche Vollzugsanstalt angebrochen. Jetzt sollte die Strafe in geordneten Verhältnissen verbüßt werden. Alle Verordnungen aus der Zeit des Internierungslagers traten außer Kraft.

Stufenweise wurde auch die Wachmannschaft professionalisiert, die jetzt teils aus erfahrenen Vollzugsbeamten, teils aus neu eingestellten so genannten Aushilfs-Vollzugsbeamten bestand. Letztere waren zwar generell nicht gut auf ihre Tätigkeit vorbereitet, aber das Verhältnis zwischen Insassen und Wächtern normalisierte sich allmählich – besonders ab der Jahreswende 1945-46, nachdem die Strafvollzugsbehörde auch die äußere Bewachung des Lagers und die Bemanning der Wachtürme vom Personal des Heeres übernommen hatte. Damit hörten zugleich die unnötigen Schießereien auf.

Dass die Verhältnisse im Fårhuslager sich normalisiert hatten, zeigt sich auch an den Klagen und Beschwerden der Insassen. Wo bis zum Jahreswechsel 1945/46 über Übergriffe und Schießereien geklagt wurde, nahmen die Klagen danach im Allgemeinen einen banaleren Charakter an. Zum Beispiel beschwerte sich ein Häftling lange und andauernd beim Direktorium des Strafvollzugs darüber, dass am Sonntag Teppiche geklopft wurden – und das sogar in der Zeit des Gottesdienstes.

Die Gefangenen

Wer waren die Leute, die ihre Strafen im Fårhuslager verbüßten – wofür waren sie verurteilt worden – und wie erlebten sie ihre eigene Situation? Diese Fragen können in vielen Fällen mit Hilfe der Gefangenenakten geklärt werden. Der Umfang einer solchen Gefangenenakte kann schwanken – von wenigen Seiten bis zu mehreren hundert Seiten. Generell enthält die Gefangenenakte eine Ausfertigung des Urteils oder eine Zusammenfassung des Urteils von der Strafvollzugsbehörde. Zudem enthält sie in der Regel Berichte von verschiedenen Gefängnis-Angestellten über das Verhalten und das Temperament des jeweiligen Gefangenen – sowohl in der Gruppe als auch am Arbeitsplatz. Darüber hinaus finden sich verschiedenartige Anträge des Gefangenen an die Gefängnisleitung sowie Besuchsanträge von Angehörigen.

Einige der Akten enthalten außerdem private Briefe, die von der Gefängnisleitung beschlagnahmt worden waren, weil man den Inhalt als „ungebührlich“ charakterisiert hat. Dabei handelte es sich zum Beispiel um nationalsozialistische Äußerungen, kritische Bemerkungen über die dänischen Behörden oder auch



Abb. 4 Luftaufnahme des Lagers Fährhus, 1949. Unten links die Unterkünfte des Gefängnispersonals

um Zeichnungen, Gedichte und Liedertexte. Die Gefangenenakten beinhalten auch Briefwechsel zwischen der Gefängnisleitung und dem Direktorium des Strafvollzuges oder dem Justizministerium. Schließlich gibt es in fast allen Gefangenenakten Empfehlungen entweder auf Entlassung, Bewährung oder auf Begnadigung, die die Anstalt für jeden Insassen erarbeiten musste, spätestens wenn sich der Zeitpunkt näherte, an dem zwei Drittel der Strafe verbüßt waren. In diesen Empfehlungen beurteilten Inspektor und Gefängnisangestellte bei der so genannten „Angestelltensitzung“ das Verhalten der Insassen und machen Vorschläge, inwiefern diese für eine Entlassung auf Bewährung oder Begnadigung geeignet sind. Die Empfehlungen sind ohne besondere Feinfühligkeit ausgefertigt – ja, manchmal im Ton sehr derb. Oft sieht man das ganze Leben und die Existenz eines Insassen auf ein paar kategorische Zeilen reduziert. Einige dieser Empfehlungen haben jedoch auch einen gewissen Unterhaltungswert. So heißt es zum Beispiel über einen Insassen: „Nur beim Essen legt er etwas Energie an den Tag!“

Generell lässt sich anhand der Strafgefangenenakten jedoch klar belegen, dass die meisten Fährhussträflinge wegen ihres Dienstes für die Wehrmacht verurteilt worden waren – an der Front vorwiegend bei der Waffen-SS oder in der Heimat

bei verschiedenen uniformierten und bewaffneten Einheiten. Die dänischen SS-Freiwilligen, soweit sie nicht aus der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig stammten, stellten in vielerlei Hinsicht einen breiten Ausschnitt der Bevölkerung dar, demografisch, sozial und intelligenzmäßig. In einem Punkt unterschieden sie sich jedoch markant vom Durchschnittsdänen: Fast die Hälfte von ihnen waren Mitglieder der DNSAP oder anderer NS-Organisationen gewesen. Die andere Hälfte zählte größtenteils zum Kreis der Sympathisanten.

SS-Brigadeführer Kryssing

Unter den dänischen SS-Leuten, die im Fårhus ihre Strafen verbüßten, gab es auch einige bekannte und prominente Namen. Der bekannteste war Oberstleutnant Christian Peter Kryssing, der SS-Brigadeführer wurde, was dem Grad eines Generalmajors entspricht, mit 7.000 Mann unter seinem Kommando. Kryssing war jedoch kein Nazi, was die Hauptursache dafür war, dass ihm im Februar 1942 von der SS die Position als Chef des Freikorps Danmark entzogen wurde, nachdem er Ende Juni 1941 einer Aufforderung der dänischen Naziartei DNSAP gefolgt war, sich an der Spitze bei der Gründung des Freikorps Danmark zu stellen. Ihn löste der nationalsozialistisch geprägte Christian Frederik von Schalburg als neuer Chef des Freikorps ab. Seine Einstellungen und sein Stil entsprachen eher den Vorstellungen der Waffen-SS von einem politischen und dynamischen Offizier. Kryssing erhielt stattdessen ein Kommando bei der SS-Division Wiking zugeteilt.

Die Beurteilungen des Fårhuslagers über Kryssing stimmen ziemlich genau mit dem Eindruck überein, der in der Öffentlichkeit von ihm herrschte. Demnach war er ein nationalkonservativer Offizier, der in den dreißiger Jahren in starker Opposition zu der radikal-sozialdemokratischen Verteidigungspolitik stand, die Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben vornahm, was in den Augen der dänischen Offiziere mit einem Statusverlust einherging. Der Leiter der Korbflechterei im Fårhuslager bezeichnet Kryssing als „korrekt und wortkarg“ – aber „von Natur aus ausgeprägt starrköpfig“. Der Gefängnis-Wärter, der für die Baracke Kryssings verantwortlich war, stellte ihm folgendes Zeugnis aus: „Der Gefangene gehört zu denen, die man in der Baracke nicht bemerkt, und an seinem Benehmen gibt es nichts auszusetzen. Der Gefangene ist eine starke Persönlichkeit und in seinem Auftreten militärisch korrekt. Er antwortet nur seinen Mitgefangenen, wenn sie ihn mit ‚Sie‘ oder ‚Herr General‘ ansprechen, und ist im Großen und Ganzen ein Einzelgänger.“ Die Beurteilung Kryssings durch Gefängnisinspektor Gjerstrup hingegen fiel nicht ganz so positiv aus. Er führte an, dass Kryssing „starrköpfig und militärverrückt“ und „verständnislos und unverbesserlich“ sei. Letzteres natürlich mit Bezug auf das Gerichtsurteil, das Kryssing während der

Abb. 5
Begrüßung von dänischen
Freiwilligen für das Frikorps
Danmark durch Oberst-
leutnant Christian Kryssing
(noch in dänischer Uniform),
Juni 1941



Rechtsabrechnung bekommen hatte. Kryssing befand sich jedoch nur kurze Zeit im Fårhuslager. Im Februar 1948 war er aus Kopenhagen zur Strafverbüßung überführt worden, aber schon im April desselben Jahres wurde er laut königlicher Entschließung begnadigt.

Auch der letzte diensthabende Chef des Freikorps Danmark und spätere Kompaniechef des Regiments 24 Danmark, SS-Sturmbannführer Poul Neergaard Jacobsen, verbüßte einen Teil seiner Strafe im Fårhuslager. Seine Strafe von vier Jahren Gefängnis hat er nicht zuletzt deswegen bekommen, weil er, nachdem er an der Front verletzt worden war, als Chef des SS-Ausbildungs-Bataillons Schalburg in der Kaserne in Ringsted auf Seeland gedient hatte. Neergaard-Jacobsen hatte das Glück – jedenfalls strafrechtlich gesehen –, dass er nach kurzer Zeit in Ringsted in einen schweren Verkehrsunfall verwickelt worden war, der ihn an eine Wiederaufnahme seines Dienstes hinderte. Denn unter dem Namen SS-Wachbataillon Seeland hat das Bataillon später Aktionen ausgeführt, primär Patrouillenfahrten auf Landstraßen, die „polizeiähnlichen Charakter“ hatten. Für solche Fälle war der Strafraum ein ganz anderer, nämlich mindestens zehn Jahre Gefängnis.

Die Frontfreiwilligen aus der deutschen Minderheit

Die Frontfreiwilligen aus der deutschen Minderheit hatten sich besonders stark mit Deutschland identifiziert. Nicht wenige hatten sich schon 1939/40 zur Waffen-SS gemeldet – einige sogar schon vor Kriegsausbruch. Weil es laut dänischem

Gesetz verboten war, sich auf dänischem Boden zum fremden Kriegsdienst zu melden, fanden die Musterungen unmittelbar südlich der Grenze statt, hauptsächlich in Flensburg.

Einer der Minderheitsdeutschen, der sich sehr früh werben ließ, war Johann Thorius. Schon im Mai 1939 hatte er sich zusammen mit zwanzig anderen deutschgesinnten Nordschleswigern gemeldet. Er machte den ganzen Krieg an der Ostfront mit, avancierte zum Obersturmführer und wurde sowohl mit dem Eisernen Kreuz erster und zweiter Klasse als auch mit dem Deutschen Adler in Gold ausgezeichnet. Damit war er, der nach dem Verlust eines Armes bei seiner Rückkehr zum Führer der Deutschen Jungenschaft Nordschleswig ernannt wurde, der wohl höchst dekorierte Freiwillige aus der Minderheit. Hier engagierte er sich noch im April 1945 in einer fanatischen Werbekampagne, um die Jungen aus der Minderheit zum Frontdienst bei der Waffen-SS zu bewegen. Im April 1946 wurde Thorius vom Gericht seiner Heimatstadt Hadersleben zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Im Dezember 1946 kam er ins Fårhuslager und wurde am 12. Oktober 1947 auf Bewährung entlassen – eine Entlassung, der Inspektor Gjerstrup verhältnismäßig positiv gegenüberstand.

„Geistige Hintermänner und Leute mit Blut an den Fingern“

Es soll jedoch jetzt nicht der Eindruck entstehen, dass Gefängnisinspektor Gjerstrup nicht auch hart reagieren konnte. Andere Gefangenenakten zeigen, wie seine Empfehlungen zur eventuellen Entlassung auf Bewährung oder Begnadigung der Gefangenen negativ ausfallen konnten. Dies war besonders dann der Fall, wenn es sich um leitende Nazis und SS-Freiwillige handelte, die Zivilisten getötet oder in deutschen KZ-Lagern gedient hatten – also um solche, die Gjerstrup gegenüber dem Direktorium des Strafvollzuges als „geistige Hintermänner und Leute mit Blut an den Fingern“ charakterisierte.

Ein Beispiel eines SS-Freiwilligen mit „Blut an den Fingern“ war K. J. Über ihn schrieb der Gefängniswärter, der die Verantwortung für die Baracke trug, in der K. J. untergebracht war: „Der Gefangene ist am ersten März der Baracke zugeführt worden. Der Gefangene ist eine dumme, freche, verlogene und haltlose Person.“ In einer weiteren, nur einen Monat später erfolgten Beurteilung hieß es: „Der Gefangene ist in seinem ganzen Benehmen gegenüber dem Personal sauer und mürrisch, ist fast immer der letzte, wenn zum Hofgang gerufen wird. Seine Freizeit verbringt der Gefangene entweder auf der Raucherstube oder im Bett. Wenn der Gefangene Zuhörer für seine lügenhaften und zotigen Geschichten finden kann, dann lebt er auf – wie viele es nach einem guten Schlaf tun.“ Der Gefangene Nummer 4432 gehörte wahrlich nicht zu den Lieblingen des Gefängnispersonals im Fårhuslager. Seine Taten während der NS-Zeit waren



Abb. 6 Die Gefangenen auf dem Weg in eine der Essensbaracken des Lagers Fårhus, Sommer 1945

aber auch dementsprechend. Daher war K.J. im Mai 1948 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das nach dem Strafzusatzgesetz und dem allgemeinen Strafgesetz verhängte Urteil war im Oktober 1948 vom Landesgericht bestätigt worden. Wenn dieses dennoch relativ milde ausgefallen war, dann lag es daran, dass nach Auffassung des Gerichts mildernde Umstände vorlagen. K.J. hatte während seines Dienstes als Wachkommandeur in einem Lager für jüdische Zwangsarbeiter in Weißrussland einen hilflos am Boden liegenden jüdischen Gefangenen mit einem Gewehrkolben erschlagen. Das Gericht billigte ihm aber zu, mit dieser Tat einem Sterbenden von seinen Leiden erlöst zu haben, war mit anderen Worten also der Ansicht, dass es sich hier um eine Art Tötung aus Mitleid handelte.

K. J. kam im November 1948 nach Fårhus. Schon im August 1949 – also nach nur knapp einem Jahr – musste Gefängnisinspektor Gjerstrup auf Veranlassung des Justizministeriums ein Beurteilungsverfahren wegen einer Entlassung auf Bewährung einleiten. Dies geschah vermutlich deshalb, weil man in Verbindung mit der geplanten Lagerschließung im Herbst 1949 wünschte, dieses im größtmöglichen Umfang zu räumen.

Die Beurteilung K.J.'s durch die „Angestelltensizung“ unterstützte nicht gerade eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung: „Ein schmutziger, verlogener und fauler Gefangener. Er ist nicht sonderlich begabt. Macht keine ernsthafte Ver-

letzungen der Hausordnung, ist aber immer sauer und mürrisch. Hat nur ein Jahr und neun Monate verbüßt, und der Charakter des Verbrechens spricht entschieden dagegen, ihn schon jetzt zu begnadigen. Die Lagerleitung ist weiterhin der Meinung, dass er frühestens nach Verbüßung der halben Strafe begnadigt werden kann.“ Dieser Zeitpunkt wäre erst im Februar 1950 erreicht gewesen. Gjerstrup stimmte zu und riet von einer Begnadigung ab. Unter anderem verwies er darauf, dass K. J. ja tatsächlich eine Strafe wegen Tötung verbüßte. Dennoch verließ K. J. das Färhuslager im September 1949 als freier Mann.

Es war nicht das erste Mal, dass sich Gjerstrup und das Direktorat darüber stritten, ob ein Gefangener auf Bewährung entlassen oder begnadigt werden konnte. Zum großen Ärger des Direktorats und des Justizministeriums versuchte Gjerstrup sogar ganz offensichtlich die Gerichtsurteile zu „korrigieren“. So versuchte er mehrfach die Entlassung oder Begnadigung von Gefangenen, die seiner Meinung nach ein zu mildes Urteil bekommen hatten, zu verhindern. Dies führte zu unzähligen Auseinandersetzungen. Gjerstrup wurde ermahnt, denn selbstverständlich stand es ihm grundsätzlich nicht zu, sich in die Entscheidungen der richterlichen Gewalt einzumischen.



Abb. 7
Gefängnisinspektor
Cuno Gjerstrup, Sommer 1945

Wie erwähnt gab es Insassen im Fårhuslager, die, wie Gjerstrup es ausdrückte, „Blut an den Fingern“ hatten. Das waren mit Sicherheit weit mehr, als die Polizei und Gerichtsbehörden festgestellt haben. Hierzu zählt zum Beispiel der schon erwähnte Kompanieführer des SS-Regiments Danmark, Neergaard Jacobsen. Jedenfalls berichtete ein Gefängnis-Wärter, dass Jacobsen oft seine Mitgefangenen auf der Stube mit blutigen Details aus seinem Frontdienst unterhalten hätte. Unter anderem soll er ausgeführt haben, dass es ihm ein Vergnügen gewesen sei, Repressalien gegen die Zivilbevölkerung auf dem Balkan auszuführen.

Die Zeitfreiwilligen

Etwa 1.450 Personen aus der deutschen Minderheit wurden wegen ihres so genannten Zeitfreiwilligen-Dienstes verurteilt. Das war eine Art Heimwehr, die von der deutschen Wehrmacht ausgebildet wurde und die im Falle einer alliierten Invasion in Funktion treten sollte. Die Aufgaben umfassten vor allem den Wachdienst bei kriegswichtigen Einrichtungen. Das Korps wurde aber tatsächlich bei verschiedenen Unruhen eingesetzt, wobei der Dienst gegen dänische Staatsbürger gerichtet war. Und das war natürlich bei der Rechtsabrechnung belastend. Fast jede zweite Verurteilung eines Minderheitenangehörigen erfolgte wegen der Mitgliedschaft im Zeitfreiwilligen-Korps, und fast jeder dritte Insasse im Fårhuslager war für die Mitgliedschaft bei dem Korps verurteilt worden. Abgesehen von dem gemeinsamen minderheitendeutschen Hintergrund war die Gruppe der Zeitfreiwilligen ziemlich inhomogen, sowohl altersmäßig, sozial als vermutlich auch politisch. Unter den Zeitfreiwilligen findet man sowohl leitende politische Personen aus der Minderheit als auch einfache Bauern oder Arbeiter, die zwar Mitglied in den Vereinen der Minderheit gewesen waren, darüber hinaus aber kaum der NS-Ideologie anhingen. Durch die Mitgliedschaft bei den Zeitfreiwilligen signalisierte man aber, dass man den Krieg Hitler-Deutschlands unterstützte, auch wenn man sich nicht an der Front befand – eine Unterstützung, die zweifellos real war, aber wohl auch als ein Resultat des Drucks aus der Minderheitenführung oder des sozialen Drucks aus dem eigenen Umfeld zu betrachten ist.

Leitende Nationalsozialisten

Der Einblick in die 4.600 Gefangenenakten des Fårhuslagers dokumentiert, dass fast alle Arten der Landesverräter-Kriminalität vertreten waren. Außer den schon erwähnten, gab es Leute aus verschiedenen deutschen Wachkorps wie dem Sommerkorps, dem Marinewächterkorps sowie dem Schweriner-Wachkorps. Es gab Denunzianten, im Volksmund „Spitzel“ genannt, es gab Agenten der Gestapo, Agenten des deutschen Sicherheitsdienstes, und es gab Agenten des



Abb. 8 Der Jurist Børge Bryld vom inneren Kreis der dänischen NS-Partei, DNSAP. Häftlingsfotos von 1948

deutschen militärischen Nachrichtendienstes. Es gab auch die so genannten Selbstschutz-Leute – ein Korps, das von der deutschen Minderheit zum Schutze der Unternehmen der Volksgruppe gegen Sabotage gegründet worden war. Die Selbstschutz-Leute waren unter den ideologischen Kerntruppen der SK, die der reichsdeutschen SA entspricht, rekrutiert worden.

Aus der dänischen Nazipartei DNSAP sind unter anderem drei der Gebrüder Bryld zu nennen. Børge Bryld war der Vater des dänischen Historikers Professor Claus Bryld, der später sehr lebhaft in seinem Buch „Hvilken befrielsen“³ das Aufwachsen in einer nationalsozialistischen Familie im Schatten des Krieges und der Rechtsabrechnung beschrieben hat. Das Buch vermittelt ein gutes Bild der Stigmatisierung der dänischen Nationalsozialisten und deren Kinder. Bryld beschreibt unter anderem sehr anschaulich, wie er als Kind seinen Vater und seinen Onkel im Fårhuslager besucht hat.

Auch der dänische Naziführer Frits Clausen aus Baurup war eine Zeitlang im Fårhuslager eingesperrt, allerdings nie als Strafgefangener, sondern als Internierter – genaugenommen als „alliiertes Kriegsgefangener“. Damit war Clausen nicht den dänischen Behörden unterstellt. Ende Juli 1945 wurde Clausen aus dem Fårhuslager in die zentrale Stelle in Dänemark für Vernehmungen

der „alliierten Kriegsgefangenen“ überführt, dem „Interrogation Centre“ in der Alsgades Schule in Kopenhagen. Im Januar 1946 wurde er den dänischen Behörden übergeben. Er kam in Untersuchungshaft ins „Vestre Fængsel“, wo er im Dezember 1947 nach einem Herzanfall starb, während er noch seinem Gerichtsverfahren entgegensah.

Während der bekannteste dänische Nazi-Führer nie verurteilt werden konnte, erging es der Führung der deutschen Minderheit ganz anders. Gegen sie wurde allerdings erst im Herbst 1948 vom Gericht in Apenrade der Prozess eingeleitet. Die Führung mit Jens Møller an der Spitze wurde zu Strafen zwischen fünf und dreizehn Jahren Gefängnis verurteilt, und zwar in der letzten Instanz. Einige wurden unmittelbar nach der Urteilsverkündung auf Grund der langwierigen Untersuchungshaft, die in der Regel im Fårhuslager stattgefunden hatte, auf freien Fuß gesetzt.

Zu den Verurteilten, die sich während des Prozesses schon in Fårhus befanden, zählten zum Beispiel Jens Møller, der Leiter des Organisationsamtes Peter Larsen, der Rechtsanwalt Lauritz Clausen aus Hadersleben und der Jurist Rudolf Stehr. Stehr war Leiter des Presse- und Propagandadienstes der deutschen



Abb. 9 Der Jurist Rudolf Stehr vom inneren Kreis der deutschen Minderheit in der NS-Zeit. Häftlingsfotos von 1949

Volksgruppe gewesen. Ab März 1943 leitete er das Büro der Minderheit beim dänischen Staatsministerium, das in der Praxis die Interessen der Minderheit gegenüber der deutschen Besatzungsmacht vertrat. Stehr und Clausen befanden sich nur für ganz kurze Zeit in Fårhus, bevor sie im Zusammenhang mit der Schließung des Lagers entlassen wurden. Peter Larsen und Jens Møller, die zwei mit den längsten Strafen, wurden zur weiteren Verbüßung nach St. Grundet bei Vejle überführt, dort aber bereits 1950 begnadigt.

Stehr ist ein gutes Beispiel dafür, dass eine Vergangenheit in der nationalsozialistischen Führung der Minderheit nach dem Krieg keineswegs einem politischen „Come-back“ im Wege stand. Er wurde 1951 Generalsekretär des Bundes Deutscher Nordschleswiger, der Dachorganisation der deutschen Minderheit und wirkte bis 1973 in dieser Funktion. Stehr war nur einer der ehemaligen Nazis, die nach dem Krieg eine herausragende Rolle in der Minderheit spielten. Hier war man in keiner Weise durch einen Fårhusaufenthalt stigmatisiert, dieser wurde eher als eine besondere Auszeichnung empfunden.

Fårhus als Begriff und Symbol

Die Rechtsabrechnung führte zu großer Bitterkeit in der deutschen Minderheit, sowohl gegenüber der dänischen Mehrheitsbevölkerung als auch dem dänischen Staat. Die Minderheit war der Auffassung, dass ihr nationaler Loyalitätskonflikt nicht berücksichtigt worden sei. Sie beschwerte sich auch darüber, dass die Verurteilten nach rückwirkenden Gesetzen verurteilt worden seien, und betonte, dass die legale dänische Regierung auch mit der Besatzungsmacht zusammengearbeitet habe. Bis zum heutigen Tage hebt man von Seiten der Minderheit zudem hervor, dass es zwischen Deutschland und Dänemark formell gesehen nie zum Kriegszustand gekommen war und dass der Kriegsdienst für Deutschland daher laut der geltenden dänischen Gesetzgebung nicht verboten gewesen sei. Vom Herbst 1945 bis in die 1960er Jahre hinein war es deshalb ein politisches Hauptziel der deutschen Minderheit, eine Rehabilitierung der während der Rechtsabrechnung Verurteilten zu erreichen. Ja, sogar noch bis vor kurzem wurde der Wunsch nach einer Rehabilitierung mehr oder weniger offiziell vorgebracht und bis vor wenigen Jahren auch darüber nachgedacht, eine offizielle Entschuldigung vom dänischen Staat zu fordern. In den Augen der deutschen Minderheit wurde das Fårhuslager zum wahrhaftigen Symbol des „Martyrium“ der Volksgruppe. Man spricht in diesem Zusammenhang von der „Fårhusmentalität“.

Seit der Eröffnung des Museum des Frøslevlagers im Jahre 1969 hat die Minderheit den Wunsch gehabt, ja, in den ersten Jahren sogar direkt gefordert, dass auf dem Lagergelände auch eine Dauerausstellung über die Geschichte

des Fårhuslagers eingerichtet werden sollte. Dieser Gedanke ist jedoch auf hartnäckigen Widerstand gestoßen, hauptsächlich bei den ehemaligen Frøslevgefangenen. Das ist eine auch andernorts geführte Debatte, wo die Lager nach dem Krieg dazu verwendet wurden, die „Verlierer“ einzusperren, und wo später Museen oder Denkmäler für die Opfer des Nationalsozialismus errichtet wurden, so in Sachsenhausen, Buchenwald, Dachau, Neuengamme oder auch im Falstadlager in Norwegen.

Schon vor einigen Jahren hat indes das Museum des Frøslevlagers beschlossen, dass es an der Zeit sei, auch eine Dauerausstellung über das Fårhuslager zu erarbeiten. Dieser Plan ist im März 2013 verwirklicht worden.⁴ Ob damit den inhaltlichen Wünschen der deutschen Minderheit entsprochen wird, muss abgewartet werden. Jedenfalls scheint sich die Minderheit jetzt dessen bewusst zu sein, dass die Ausstellung ihrer bisherigen Auffassung widersprechen wird. Diese traditionelle Darstellung, die hinter dem Stacheldraht des Fårhuslagers geboren und seither am Leben gehalten wurde, vor allem durch die unkritische Wiedergabe der Augenzeugenberichte, spielt in hohem Maße herunter, dass die Loyalität der Minderheit nicht nur Deutschland, sondern eben auch einem verbrecherischen Regime und einer unmenschlichen Ideologie gegolten hat. Dass die SS-Freiwilligen auch an einem rassistischen Ausrottungskrieg teilgenommen und dass einige sogar in KZ-Lagern gedient haben, ist bisher ja nicht Teil des narrativen Diskurses in der Minderheit gewesen.

Es muss somit festgehalten werden, dass die Angehörigen der deutschen Volksgruppe nach genau den gleichen Prinzipien wie andere dänische Staatsbürger verurteilt wurden, nach Gesetzen, die darauf zielten, Straftaten, jedoch nicht Haltungen zu bestrafen. Die Angehörigen der Minderheit wurden während der Rechtsabrechnung nicht auf Grund ihrer deutschen Gesinnung eingesperrt. Aus einer internationalen Perspektive ist ebenso zu betonen, dass sie nicht kollektiv verurteilt wurden. Ihr Leben war nicht bedroht und sie wurden auch nicht von Haus und Hof vertrieben, wie es bei anderen deutschen Volksgruppen in Europa der Fall war.

Rückblickend muss allerdings auch festgestellt werden, dass die Inhaftierung im Fårhuslager teilweise ihren Zweck verfehlt hat. Statt einer Selbstprüfung rief die Haftstrafe Bitterkeit und Hass gegen Dänemark hervor. Nur wenige der einfachen Minderheitsangehörigen machten ihre politische Führung dafür verantwortlich oder zogen diese zur Rechenschaft, denn die Führung bestand ja aus Leidensgenossen und Gefangenenkameraden. Stattdessen suchte man Zuflucht in einer doppelten Opferrolle: zuerst von Hitler-Deutschland verführt und betrogen und danach vom Gaststaat Dänemark kriminalisiert und bestraft. Die fehlende Selbstreflexion wird deutlich daran, dass es alten Nationalsozialisten nach der Freilassung gelungen ist, erneut in führende Positionen der Minderheit

zu kommen. Dieser Umstand verhinderte wiederum eine kritische Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit. Diese Haltung hat sich seit dem Erscheinen des Buches „Straffelejren“ jedoch deutlich verändert. Man verspürt jetzt den ausdrücklichen internen Wunsch nach einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Als konkretes Beispiel kann die im August 2012 stattgefundene offizielle Umbenennung des „Ehrenhains“ auf dem Knivsberg in „Gedenkstätte“ genannt werden.

Anmerkungen

- 1 Henrik Skov Kristensen, Straffelejren. Fårhus, landssvigerne og retsopgøret, København 2011.
- 2 Nis-Edwin List-Petersen, Henrik Skov Kristensen, „Straffelejren“. Faarhus und die dänische Rechtsabrechnung (1945-1949) in der Diskussion, in: Grenzfriedenshefte 1/2012, S. 21-32.
- 3 Claus Bryld, Hvilken befrielse. Fortælling fra en barndom i nazismens og retsopgørets skygge, (2. Auflage) København 2008.
- 4 Die Grenzfriedenshefte werden über die neue Dauerausstellung berichten. D. Red.

Die Schleswigsche Partei 2013

Neue Herausforderungen für die Partei der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig

von GERRET LIEBING SCHLABER

Für die beiden Parteien der nationalen Minderheiten haben sich im Jahr 2012 allerhand neue Herausforderungen ergeben. So gehört der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), die politische Vertretung der dänischen und friesischen Minderheit südlich der Grenze, seit Mai erstmals einer schleswig-holsteinischen Landesregierung an. Die Schleswigsche Partei (SP), die Partei der deutschen Nordschleswiger, erlebte im Jahr vor den nächsten dänischen Kommunalwahlen nicht nur einen Wechsel an der Parteispitze, sondern auch die Nominierung eines ihrer bekanntesten jüngeren Vertreter als Kandidat für das nationale Parlament durch eine andere Partei. Dies hat viele Fragen zum heutigen Status der Schleswigschen Partei aufgeworfen. Im Folgenden erläutern der noch neue SP-Vorsitzende Carsten Leth Schmidt und der langjährige Parteisekretär Gösta Toft in einem schriftlichen Interview mit unserem Redaktionsmitglied Dr. Gerret Liebing Schlaber, wo sie ihre Partei im Jahr 2013 sehen.

Die Redaktion

2012 war für die Schleswigsche Partei ein ziemlich turbulentes Jahr. Innerhalb kurzer Zeit gab es den zweiten Wechsel an der Parteispitze. Im Herbst stand der SP-Abgeordnete im Kommunalrat in Tondern, Carsten Dinsen Andersen, im Blickpunkt, als die in der Region bedeutende Tønder Bank, deren Vorstandsvorsitzender er war, für alle Beteiligten überraschend und schockierend in Konkurs ging. Und kurz darauf erklärte der SP-Abgeordnete im Kommunalrat in Sonderburg, Stephan Kleinschmidt, dass er bei der nächsten Wahl zum Folketing für die Radikale Venstre antreten werde.

Wie ist die Partei mit diesen Herausforderungen umgegangen?

Zunächst möchten wir darauf aufmerksam machen, dass diese beiden Fragen nicht viel miteinander zu tun haben. Was die personelle Frage in Tondern betraf, ist es wichtig hervorzuheben, dass wir uns Zeit für die interne Diskussion und Meinungsbildung vor allem im SP-Kommunalvorstand Tondern gelassen haben. Dort ist man zu der Auffassung gelangt, dass ein personeller Wechsel



Abb. 1
Gösta Toft, Parteisekretär der
Schleswigschen Partei (SP)

angesichts der bevorstehenden Kommunalwahl 2013 die beste Lösung sein würde. Die Entscheidung darüber lag aber alleine bei Carsten Dinsen Andersen selbst, der Ende November ankündigte, dass er den Platz für Marit Rüdiger frei machen wollte. Dies war aus unserer Sicht die beste Lösung sowohl für die Schleswigsche Partei wie für Carsten Dinsen Andersen.

Gab es dabei innerhalb der Partei – und im Umfeld bei der Volksgruppe – gegensätzliche, nicht miteinander vereinbare Positionen?

Innerhalb der Schleswigschen Partei gab es dazu kaum Meinungsunterschiede, auch nicht zwischen kommunaler und regionaler Ebene. Im Umfeld wird es sicherlich ganz unterschiedliche Meinungen geben.

Sind unterschiedliche Positionen innerhalb der Minderheit generationsbedingt?

Dies gilt wohl vor allem für die Frage der Aufstellung von Stephan Kleinschmidt bei der Radikalen Venstre zur Folketingswahl. Traditionelle Strukturen werden abgelöst durch mehr Flexibilität und Mobilität, auch parteiübergreifend. Für uns geht es um mehr politischen Einfluss zum Wohle von Nordschleswig und der deutsch-dänischen Grenzregion.



Abb. 2
Carsten Leth Schmidt,
Vorsitzender der
Schleswigschen Partei (SP)

Bleiben wir noch einmal bei Stephan Kleinschmidt. Dieser ist dank seiner führenden Rolle bei der am Ende leider gescheiterten Bewerbung Sonderburgs als europäische Kulturhauptstadt weit über den Landesteil hinaus bekannt geworden. Besteht in seiner Kandidatur nicht auch eine Chance für SP, wieder einen Abgeordneten im Folketing zu haben? Die enge Zusammenarbeit mit einer Partei der politischen Mitte ist für die Schleswigsche Partei ja nicht neu. In den 1970er Jahren war es durch das Wahlbündnis mit den (heute nicht mehr existierenden) Centrums-Demokraten immerhin gelungen, mit Jes Schmidt sechs Jahre lang einen Abgeordneten im Folketing zu stellen. Wäre es nicht mit der Situation von 1973-79 vergleichbar, wenn Stephan Kleinschmidt tatsächlich ins Folketing gewählt werden sollte? Oder wiegt der Unterschied im Vergleich zu damals stärker, weil der SP-Vertreter unmittelbar von einer anderen Partei aufgestellt wird, mit der man auf regionaler und kommunaler Ebene direkt konkurriert?

Stephan Kleinschmidt ist nicht Kandidat der Schleswigschen Partei zur Folketingswahl, sondern Kandidat der Radikalen Venstre. Es gibt auch keine Empfehlung der Aufstellung durch die BDN-Delegiertenversammlung. Insofern ist die Kandidatur auch nicht mit dem sogenannten „Huckepackverfahren“ zusammen

mit den Centrums-Demokraten in den 1970er Jahren vergleichbar. Es ist die ganz persönliche Entscheidung von Stephan Kleinschmidt gewesen.

Unabhängig davon, wie sich die Situation in Zukunft entwickeln wird, steht fest, dass er BDN-Mitglied und ein Teil unseres Netzwerkes ist und bleibt. Aber Stephan Kleinschmidt kommt vielleicht in eine Position, wo er auf höherer Ebene die Interessen der Minderheit und der Grenzregion besser vertreten kann.

Bedeutet dies etwas für den Status der SP als Minderheitenpartei?

Die SP ist weiterhin Minderheiten- und Regionalpartei!

In diesem Jahr finden in Dänemark Kommunalwahlen statt, und die Schleswigsche Partei hat von 2009 ein gutes Ergebnis zu verteidigen. Was sind die wichtigsten Themen im Programm der SP?

Wir wollen den Status der deutschen Sprache als anerkannte Minderheiten- und Regionalsprache in Nordschleswig stärken. Im kommunalpolitischen Bereich wollen wir die kommunalen Kräfte bündeln und die Zusammenarbeit in Nordschleswig stärken. In Schleswig-Holstein ist man oft der Auffassung, dass alles in Dänemark besser ist. Das ist nicht der Fall. Gerade im kommunalen Bereich können wir in Deutschland auch viel über Bürgerwindparks, Solarenergie und die Organisation ehrenamtlicher Arbeit lernen. Auch deshalb ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit so wichtig. Wir können viel voneinander lernen.

Gibt es dabei wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen?

Die Kommunen sind unterschiedlich, sowohl was die Bevölkerungszahl, die Wirtschaftskraft als auch das Steueraufkommen betrifft. Auch die Strukturdaten machen deutlich, dass es erhebliche Unterschiede gibt. Kulturelle und sprachliche Unterschiede (nicht zuletzt Dialekt Synnejysk) gibt es ebenfalls. Die Kommunen in Dänemark sind bekanntlich viel größer als in Schleswig-Holstein und haben einen größeren Aufgabenbereich. Das spiegelt sich auch in unseren kommunalen Wahlprogrammen wider, die ganz verschiedene kommunale Schwerpunkte setzen.

Welche grenzüberschreitenden Projekte sind besonders wichtig?

Aus unserer Sicht ist der Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur vorrangig, insbesondere müssen die Engpässe der Bahnstrecke zwischen Odense und Hamburg behoben werden. Hier wiederum ist die Rendsburger Hochbrücke der größte Engpass, aber es gibt eine ganze Reihe von Problemen. Wir haben einen gemeinsamen deutsch-dänischen Bahnhof als Ersatz für Padborg-Flensburg vorgeschlagen. An der Westküste ist der grenzüberschreitende Ausbau der B5/A11 vordringlich. Wir fordern seit Jahren auch organisatorische



Abb. 3
Logo der Schleswigschen Partei (SP)

Änderungen, z.B. die Bündelung aller grenzüberschreitenden Maßnahmen unter dem Dach der Region Sønderjylland-Schleswig. Wir müssen vermeiden, parallele Strukturen aufzubauen.

Südlich der Grenze hat sich seit der letzten dänischen Kommunalwahl minderheitenpolitisch einiges getan. Seit Januar 2011 stellt der SSW mit Simon Faber den Oberbürgermeister der größten Stadt der Region, und seit Mai 2012 beteiligt sich der SSW mit Anke Spoorendonk als Ministerin für Justiz, Kultur und Europa an der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Hat sich dies auch für die SP als Minderheitenpartei bemerkbar gemacht – oder ist Südschleswig aus nordschleswigscher Sicht trotz allem ein ganz anderes Feld?

Die Verhältnisse sind nicht ganz vergleichbar, aber es gab auch oft eine gewisse Parallelität der Entwicklung. Von daher ist es schon möglich, dass die neue politische Positionierung des SSW sich günstig auf die Situation der SP in Nordschleswig auswirken wird. Aber auch hier hat sich manches gewandelt. So war es früher nicht vorstellbar, dass ein SP-Politiker (Stephan Kleinschmidt) Vorsitzender des Kulturausschusses in Sonderburg werden könnte. Heute ist das ganz selbstverständlich. Wir freuen uns über die Entwicklung beiderseits der Grenze.

Wie beurteilt die Schleswigsche Partei die Bestrebungen der FDP und von Teilen der CDU, die Vollgültigkeit der SSW-Mandate im Kieler Landtag in Frage zu stellen?

Die Minderheitenregelungen im deutsch-dänischen Grenzland, darunter die Sonderregelungen in den Wahlgesetzen, sind ein Vorbild für praktischen Minderheitenschutz in Europa. Dies gilt genauso für die 25 Prozent-Regelung

für die Schleswigsche Partei im dänischen Kommunalwahlgesetz wie für die Befreiung des SSW von der 5 Prozent-Sperrklausel im Wahlgesetz zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Diese Sonderregelungen gelten in Europa zu Recht als vorbildlich.

In den 1990er Jahren war das Thema Minderheiten europaweit, aber gerade auch in Dänemark und Deutschland in aller Munde. Haben Sie den Eindruck, dass dies auch heute noch so ist, oder verspüren Sie ein abnehmendes Interesse an den Angelegenheiten der Minderheiten?

Auf europäischer Ebene gibt es unterschiedliche Entwicklungen. Innerhalb der Europäischen Union hat das Interesse abgenommen, aber das wird erfreulicherweise durch den Europarat ausgeglichen. Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Charta des Europarates zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen haben die Situation der Minderheiten gestärkt. Auf nationaler Ebene ist das politische Interesse weiterhin vorhanden, aber die Verankerung in der Bevölkerung ist schwächer als früher. Deshalb müssen wir noch besser über die Minderheiten informieren und auch die modernen Medien besser nutzen.

Was werden in den kommenden Jahren die größten Herausforderungen und wichtigsten Aufgaben für die deutsche Volksgruppe im Allgemeinen und für die Schleswigsche Partei im Besonderen sein?

Wir sollten als deutsche Minderheit und als Minderheitenpartei unseren Beitrag leisten, um „Vielfalt“ als Wert in Europa zu erhalten. Dazu gehört auch, sich gegen Diskriminierung und für die Rechte und den Schutz von Minderheiten in Deutschland und Dänemark und in Europa einzusetzen. Als Regionalpartei haben wir eine besondere Verantwortung für Wohlstand und Lebensqualität in Nordschleswig. Dabei sollten wir grenzüberschreitend denken und Wohlstand und Lebensqualität nicht nur am Bruttosozialprodukt festmachen, sondern unseren eigenen Qualitätsindex zu Grunde legen, so wie es in der Region Süddänemark bereits gemacht wird – unter Einbeziehung unserer Umwelt und sozialer Kriterien.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Rubrik „Umschau“ hat seit langer Zeit einen festen Platz in den Grenzfriedensheften, um Sie über die aktuelle Entwicklung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze kurz und kompakt zu informieren. Die viel zitierte Entwicklung von einem Gegenüber, einem Neben- zu einem Mit- und Füreinander schlägt sich in einer immer größeren Anzahl grenzüberschreitender Aktivitäten auf allen Ebenen nieder. Dem will die Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog selbstverständlich auch weiterhin Rechnung tragen.

Um die Darstellung möglichst übersichtlich und leserfreundlich zu gestalten, haben wir uns nun für einen neuen Aufbau der Umschau entschieden: Die bisherige weitgehend chronologische Abfolge mit der Wiedergabe ausgewählter originaler Schlagzeilen wird nun durch eine thematische Anordnung abgelöst, die sich wie folgt gliedert:

- Deutsch-dänische Beziehungen (Organisationen und Abkommen, staatliche, regionale, kommunale Ebene, Sicherheit, wichtige Ereignisse)
- Grenzland und Europa (EU-Förderung, Neues auf EU-Ebene)
- Volksgruppen und Minderheiten (Allgemeines, deutsche Nordschleswiger, dänische Südschleswiger, Friesen, Sinti und Roma, „neue“ Minderheiten u.a.)
- Wirtschaft und Soziales (grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Entwicklung in beiden Ländern, Tourismus, Grenzhandel, Umwelt, Gesundheit u.a.)
- Infrastruktur (öffentlicher Verkehr, Straßen, Seefahrt, Luftverkehr, Post und Telekommunikation)
- Sprache, Bildung und Kultur (Sprachentwicklung, -unterricht und -politik, Medien, Hochschulen, Schulen im allgemeinen, Kulturprojekte u.a.)
- Geschichte und Erinnerungsorte (Gedenken an geschichtliche Ereignisse, Museen, Archive und Gedenkstätten, Neues zur Zeitgeschichte u.a.)
- Personalien

Damit hoffen wir, dass Sie, liebe Leserinnen und Leser, sich einen gezielteren Überblick verschaffen und leichter Entwicklungen über das jeweils aktuelle Vierteljahr hinaus nachvollziehen können. Das Konzept der kurzgefassten Darstellungen bleibt unverändert, und ausgewählte und besonders wichtig erscheinende Zeitungsberichte werden auch künftig im Volltext wiedergegeben. Anspruch auf Vollständigkeit wollen und können wir nicht erheben, und wir sind nach wie vor dankbar für Hinweise auf aktuelle Berichte zum Grenzland, insbesondere aus überregionalen Medien. Wir wünschen Ihnen weiterhin eine angenehme und anregende Lektüre. Über Reaktionen, wie Ihnen unser leicht geändertes Konzept gefällt, würden wir uns sehr freuen.

Die Redaktion

Abkürzungen: BDN: Pressemitteilung des Bundes Deutscher Nordschleswiger, DR: Danmarks Radio, FLA: Flensborg Avis, FT: Flensburger Tageblatt, GFH: Grenzfriedenshefte, JP: Morgenavisen/Jyllands-Posten, JV: Jydske Vestkysten, NDR: Norddeutscher Rundfunk, NFI: Pressemitteilung des Nordfriisk Instituut, No.: Der Nordschleswiger, SHZ: Schleswig-Holsteiner Zeitungsvlag

Deutsch-dänische Beziehungen

Region voller grenzüberschreitender Aktivitäten

Offt wenig bemerkt von der breiten Öffentlichkeit, gibt es im Arbeitsbereich der Region Sønderjylland-Schleswig unzählige grenzüberschreitende Aktivitäten (z.B. Grenzpendlerberatung, Kulturdialog, Jugendprojekt, Spracharbeit uvm. (FLA 16.1.). Auch die geplante deutsch-dänische Kulturregion nimmt weiter Form an (GFH 3/2012, S. 207, GFH 4/2012, S. 261). Die Initiatoren wollen, dass „die Kultur zum Bürger kommen soll“.

Historische Worte zur deutsch-dänischen Freundschaft

In ihrer traditionellen Neujahrsansprache sprach Königin Margrethe II. von „Freundschaft, Respekt und guter Nachbarschaft“ im deutsch-dänischen Verhältnis und bekannte sich auch zu Dänemarks Zugehörigkeit zu Europa. Die erstmals in einer solchen, übrigens nach wie vor von den meisten Dänen gesehenen und danach in den Medien ausführlich diskutierten Rede ausdrücklich erwähnte Freundschaft zu Deutschland und den Deutschen wertete Siegfried Matlok in einem Leitartikel als „historische Worte“. Die Bedeutung des bilateralen Verhältnisses und der Grenzland- und Minderheitenpolitik zeigte sich nicht zuletzt in den neuen Initiativen und Begebenheiten seit dem Regierungswechsel in Kiel (No. 3.1.; zu letzterem GFH 4/2012, S. 257-258).

Mehr Dänen in Deutschland und Deutsche in Dänemark

Nach wie vor leben viele Dänen südlich

der Grenze. In Flensburg bilden sie mit 2.050 von 6.355 ausländischen Staatsbürgern bei gut 89.000 Einwohnern nach wie vor die größte Gruppe nicht deutscher Staatsangehöriger (FLA 12.1.). – Danmarks Statistik hat bekanntgegeben, dass inzwischen 600.000 der 5,6 Millionen Bewohner des Landes ausländischer Herkunft sind, 400.000 davon mit einem westlichen Hintergrund, darunter 30.000 Deutsche, von denen 9.000 die dänische Staatsbürgerschaft besitzen (No. 13.2.). Die Geburtenziffer war mit 57.916 die niedrigste seit 25 Jahren (No. 14.2.), die Bevölkerungszunahme ist also im Wesentlichen durch Einwanderung zu erklären (GFH 4/2012, S. 264). – Justizminister Morten Bødskov (Soz.) erklärte, dass die Möglichkeit zu einer doppelten Staatsbürgerschaft in einer zunehmend internationalisierten Welt angemessen sei. Die Regierung setzt nun eine Arbeitsgruppe ein, welche die Machbarkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft auch für dänische Staatsbürger erörtern und Gesetzesentwürfe ausarbeiten soll (No. 19.12.).

Drogenschmuggel bleibt internationales Problem

Ein Feuergefecht im Hafen von Ålbæk im Vendsyssel, bei dem ein Mitarbeiter von Politiets Efterretningstjeneste (PET) von einem norwegischen Drogenschmuggler angeschossen und dieser dann von einem PET-Bediensteten erschossen wurde, brachte das Thema Drogenhandel über Schleswig-Holstein und Jütland erneut auf die Tagesordnung. In Ålbæk stellte die Polizei große Mengen verbotener Drogen sicher. Gleichzeitig kritisierten norwegische und schwedische Behörden, dass zu viele Drogen über Dänemark in ihre Länder eingeschmuggelt werden. Auch dänische

Zöllner sprachen von einer „Drogenautobahn“ über die kimbrische Halbinsel, die dänische Polizei bestätigte, dass vor allem aus den Niederlanden viele Drogen über Dänemark nach Norden strömten. Der Sprecher der dänischen Zollbeamten Jørn Rise sprach sich infolgedessen für mehr Grenzkontrollen und die Wiedereinführung des vor fünf Jahren abgeschafften traditionsreichen Kreuzzolls zur See aus. Die Spitze von Dansk Folkeparti erneuerte reflexartig ihre Forderung nach Wiedereinführung fester Grenzkontrollen (GFH 3/2011, S. 219 f.), während Vertreter der Regierung versicherten, dass Grenzschlagbäume das Problem des Drogenhandels nicht lösen könnten (JV/FLA/No. 9./10.1.13). Tatsächlich verzeichnete die Grenzpolizei mit Sitz in Pattburg 50 Prozent mehr aufgedeckte Fälle von Drogenschmuggel als 2011, was Polizeichef Palle Linné vor allem auf den gezielten Kontrollereinsatz gegen den Schmuggel von Khat zurückführt (No. 26.1.). Auch bei Kontrollen in Deutschland konnte mehrfach Drogenschmuggel vereitelt werden (No. 1.3.)

Neues Konzept zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung

Der Polizeichef für „Syd- og Sønderjylland“ (Dienstszitz Esbjerg) Jørgen Meyer konnte für 2012 einen deutlichen Rückgang der angezeigten Straftaten um ca. 16 Prozent in der Region vermelden. Lediglich die Zahl der Einbrüche blieb unverändert. Der Polizeisprecher führte eine gute Präventionsarbeit und Veränderungen in der Jugendkultur an, was gerade der deutliche Rückgang der Jugendkriminalität belege (No. 18.1./FLA 21.1.). Polizei und Regierung kündigten an, dass 2013 ein neues Konzept zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung aufgestellt

wird. Dabei soll die deutsch-dänische Zusammenarbeit massiv ausgeweitet werden (No./FLA 11.1., s.a. GFH 1/2012, S. 59). Der politische Sprecher der Socialistisk Folkeparti Jesper Petersen sprach sich für die Einrichtung einer Transportpolizei nach deutschem Vorbild aus, mit welcher Lastwagen effektiver als bisher kontrolliert werden könnten (No. 14.1.). Trotz der sinkenden Kriminalitätsrate und trotz des Mangels an Belegen sprachen Spitzenvertreter von Dansk Folkeparti erneut von der Gefahr durch osteuropäische Banden in Dänemark, denen man nur mit festen Einreisekontrollen wirksam entgegenzutreten könne (u.a. Leserbriefe in FLA 8./21./26.1., vgl. GFH 2/2012, S. 123). – Tatsächlich zugenommen hat die Einbruchskriminalität indessen in Schleswig-Holstein, wo man für 2012 mit noch mehr als den im Vorjahr registrierten 7.318 Fällen (2007: 5.589) rechnen muss. Ansonsten ist der Stand der Kriminalität auch hier so niedrig wie seit 1980 nicht mehr (FLA 17.1. u. FT 8.3.).

Flensburg kauft in Dänemark gelegenen Besitz nicht zurück

Gut sechs Jahre, nachdem die Stadt Flensburg den Kollunder Wald an einen Landwirt aus dem Sundewitt verkauft hat (GFH 1/2006, S. 68, GFH 3/2006, S. 216), steht das nicht nur bei Flensburger Erholungssuchenden beliebte Gehölz unmittelbar nördlich der Grenze zum Verkauf. Da die Stadt nach wie vor ein Gebrauchsrecht für den Wald hat, wird sie dem Wunsch einiger Bürger nach Rückkauf nicht nachkommen (FLA 21.12.).

Grenzland und Europa

Gemeinsame deutsch-dänische Interreg-Förderregion

Im Interreg-5A-Programm stehen 1 Milliarde Kronen 2014-2019 für grenzüberschreitende Projekte zur Verfügung (FLA 19.12.). Alle drei Grenzgebiete zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark sind nun zu einer Förderregion zusammengefasst worden. Regionschef Carl Holst sprach auf der Interreg-Konferenz von der Vision, dass das Gebiet eine Oase zwischen den Metropolen werden könne (No. 13.12.). Er freue sich über „neue Türen an der Grenze“, die mehr Vorteile für die Bürger bringen werden (No. 28.12.). Die Region Sønderjylland-Schleswig und die Fehmarnbelt-Region (Ostholstein und Region Seeland) schlossen in Holeby auf Lolland eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit. Diese soll vor allem zentrale Probleme wie Sprachbarrieren, Mobilitätshindernisse auf dem Arbeitsmarkt und Kulturvermittlung umfassen (No. 11.12.). Kurz darauf unterzeichneten auch Syddanmark-Schleswig-KERN und die Fehmarnbelt-Region ein Abkommen, um mehr gemeinsame Projekte in Gang zu setzen (No. 12.12.).

Euro, dänischer EU-Rabatt und Schengen-Abkommen

Nach einer neuen Analyse der Danske Bank würde nur eine kleine Minderheit der Dänen (12,3 Prozent) derzeit der Einführung des Euro als Währung in ihrem Land zustimmen, während 57,5 Prozent sicher mit Nein stimmen würden (FLA/JV/ No. 20.12.12; vgl. GFH 2/2012, S. 121). – Dänemark hat seinen Rabatt und muss bis 2020 jährlich 1 Mrd Kronen weniger an

die EU-Kasse zahlen. Allerdings wird der EU-Haushalt ohnehin gekürzt (No 9.2.). Subventionen für die Landwirtschaft werden gesenkt, so dass auch die dänischen Landwirte 1,4 Mrd Kronen weniger bekommen (No 14.2.).

Der Schengen-Raum wird einstweilen nicht erweitert, da Deutschland ein Veto gegen die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens eingebracht hat. Dies wurde auf dänischer Seite zunächst nicht unterstützt, doch erwarten die meisten den Beitritt der beiden Länder nicht unmittelbar (FT 8.3.).

Volkgruppen und Minderheiten

20 Jahre Kommissariat für Minderheitenfragen

Mit einer Jubiläumsfeier wird des 20. Jahrestages der Einrichtung des Kommissariats für Minderheitenfragen bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gedacht, was als Meilenstein in der modernen europäischen Minderheitenpolitik gilt. Derzeitiger Amtsinhaber ist der frühere norwegische Außenminister Knut Vollebæk (FLA 7.3.).

ECMI mit Vorsitzendem aus der Region

Mit dem anerkannten Minderheitenforscher und Rektor der A.P. Møller Skole in Schleswig, Jørgen Kühl, übernimmt erstmals ein Angehöriger der lokalen Minderheiten den Vorsitz des internationalen Minderheitenforschungszentrums in Flensburg. Er tritt damit die Nachfolge des früheren Staatssekretärs im Unterrichtsministerium Knud Larsen an. Sitzungsgemäß ernennt der dänische Staat den Vorsitzenden. Hatte man die regionalen Minderheiten sehr lange bewusst im Hintergrund gehalten, zeigt die Wahl Jørgen

Kühls eine Kehrtwende dieser Strategie; künftig wird die Kompetenz der schleswischen Volksgruppen stärker bei der Arbeit des ECMI berücksichtigt werden. In seiner Antrittsrede betonte der promovierte Historiker, dass die Minderheiten in Europa so wichtig seien wie eh und je. Siegfried Matlok bewertete die Wahl eines Vorsitzenden aus den regionalen Minderheiten als „für das deutsch-dänische Grenzland ein weiteres gutes Signal für die Zukunft“ (No. 12./16.1.). – Auf Initiative des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Börnsen wird das im Kaukasus bereits erfahrene ECMI nun auch in Bergkarabach tätig, wo der Konflikt zwischen Armeniern und Aserbaidschanern trotz bald 20 Jahren Waffenstillstand ungelöst geblieben ist (FLA 28.12.). – Die Einrichtung eines „Hauses der Minderheiten“ unter Federführung der FUEV auf dem Grundstück des Flensborg-hus (GFH 1/2012, S. 47 u. 58) ist hingegen nicht weiter fortgeschritten. Auch Staatssekträr Christoph Bergner hat seine Skepsis ausgedrückt, nicht zuletzt wegen möglicher Kompetenzüberschneidungen mit dem ECMI (17.1.) – „Schleswig – eine mehrsprachige Region“ war auch Thema eines Seminars der Akademie Sankelmark für angehende und aktive Lehrkräfte aus dem Nordosten Europas (FT 7.12.).

Mehr Landesmittel für Minderheiten

Im Zuge der Aufstockungen der Beiträge für die Kulturarbeit hat die Landesregierung auch die Zuwendungen für die Minderheiten für 2012 erhöht. Für die deutschen Nordschleswiger werden 2013 217.000 € (2012: 200.000 €) aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt, den dänischen Südschleswigern 456.000 € (2012: 390.000 €), dem Nordfriisk Instituut 230.000 € (2012: 200.000 €), für die

friesische Kulturarbeit 53.400 € (2012: 45.400 €), für den Friesenrat 15.000 € (2012: 12.500 €) und für den Landesverband der Sinti und Roma 17.900 € (2012: 15.000 €) (No. 12.12.12.). – Erstmals erhält auch die Jugend Europäischer Volksgruppen einen eigenen Beitrag von 10.000 € aus der Landeskasse (FLA 12.1.).

Bürgerinitiative für Minderheitenrechte

Die FUEV strengt eine Europäische Bürgerinitiative an und will mit Hilfe ihrer Mitglieder 1.000.000 Unterschriften sammeln, um eine Abstimmung über die Verankerung von Minderheitenrechten in der gesamten EU durchzusetzen. In Bozen trafen sich die Spitzenvertreter der Föderation mit den Sprechern der beiden zahlenmäßig stärksten Minderheiten in der EU, den deutschsprachigen Südtirolern und den Siebenbürger und Banater Ungarn, um die Initiative in Gang zu setzen (FLA 17.1.).

Minderheiten als Kulturerbe?

Im Landtag wurde von der CDU ein Antrag eingebracht, für die vorbildliche Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland das Europäische Kulturerbesiegel zu beantragen. Ein solches wird seit 2006 für Stätten vergeben, die für die europäische Einigung und die Ideale der EU stehen. Die SPD-Abgeordnete Birte Pauls beklagte, dass sich Deutschland bisher nur auf Reformation und Überwindung des Eisernen Vorhangs konzentriert habe, forderte aber zunächst, für einen etwaigen Antrag die Minderheiten selbst zu Rate zu ziehen (No 26.1., FLA 29.1., vgl. GFH 2/2012, S. 131).

Kein Ombudsmann für Minderheiten

Die Vertreter der vier anerkannten autochthonen Volksgruppen in Deutschland haben anerkannt, dass die Einrichtung einer Ombudsmannsstelle als Schlichter bei Minderheitenangelegenheiten mit deutschem Recht nicht vereinbar ist. Konflikte sollen weiterhin über den Bundesbeauftragten bzw. auf Landesebene geklärt werden (FLA. 7.3.).

Neue Herausforderungen für die Schleswische Partei (Slesvigsk Parti)

Nachdem Stephan Kleinschmidt, Kommunalratsmitglied und Vorsitzender des Kulturausschusses in Sonderburg als Vertreter der SP, im November bekanntgegeben hatte, auf der Liste der sozialliberalen Partei Radikale Venstre für einen Sitz im Folketing zu kandidieren (GFH 4/2012, S. 262), wurde er wenig später bei dieser als Kandidat aufgestellt. Bei der Kommunalwahl 2013 will er jedoch wiederum in Sonderburg für die Partei der deutschen Volksgruppe antreten, bei der spätestens im Herbst 2015 anzusetzenden Folketingswahl, an der SP nicht teilnimmt, jedoch für die derzeit auch in der Regierung vertretene sozialliberale Radikale Venstre (No 5.12.). Auch in Dänemark spricht das Parteiengesetz gegen die Mitgliedschaft in zwei Parteien; hierin sehen Kleinschmidt und die Sonderburger Sozialliberalen jedoch kein Problem, da SP als regionale Minderheitenpartei einen besonderen Status habe (FLA/JV 5.12.). Innerhalb der Volksgruppe wurde dieses Thema ausführlich diskutiert, ebenso in den Medien (Leitartikel in JV, 11.12.). Siehe auch das Interview in diesem Heft.

Zusammenarbeit zwischen SP und SSW

Angesichts der jüngsten Entwicklungen wird deutlich, dass beide Minderheitenparteien vor ähnlichen grundsätzlichen Herausforderungen stehen (FLA 14.1.13). Slesvigsk Parti und Südschleswigscher Wählerverband haben auf einem Treffen ihrer Spitzen eine künftig noch stärkere Zusammenarbeit angekündigt, da man in vielen Belangen gleiche Positionen vertritt (No/FLA 12./13.2.13).

Positive Entwicklungen bei deutscher Volksgruppe

Der BDN-Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen hob in seinem Neujahrsgruß hervor, dass sich die finanzielle Lage der deutschen Nordschleswiger 2012 deutlich gebessert habe (No. 29.12.). Auf der traditionellen Neujahrstagung in Sankelmark konnte er einen Teilnehmerrekord vermelden. Er verwies auf viele positive Entwicklungen, auch im finanziellen Bereich, aber auch auf noch ungelöste Finanzierungsprobleme sowie aktuelle Probleme bei einzelnen Einrichtungen – etwa die Förde-Schule in Alnor bei Gravenstein, die aus allen Nähten platzt. (No. 12.1.-19.1.). Letztere erhält zum Ausbau eine Förderung vom Auswärtigen Amt (No. 13.3.). Die 2011 geschlossene Schule in Hoyer wird hingegen nicht wiederbelebt, auch nicht als Versammlungsort der deutschen Volksgruppe (No. 19.1.). Bei der ersten BDN-Kulturkonferenz wurden Arbeitsgruppen zu den Themen Trends, Geschichte, Musik, Literatur, Schauspiel und Kunst/Film gebildet, die auch im Kulturausschuss vertreten sind. Damit soll die Kulturarbeit als ein Kernbereich der Arbeit und Identitäts-Weiterentwicklung der deutschen Volksgruppe

vorangebracht werden (BDN 7.3.). – Die Nordschleswigsche Gemeinde feierte ihr 90-jähriges Bestehen (BDN 21.2.).

BDN für Verbesserungen im Verkehr

Beim Besuch einer Delegation von Spitzenvertretern des BDN bei Verkehrsminister Henrik Dam Kristensen regten diese an, mehr zweisprachige Hinweise gerade beim öffentlichen Verkehr anzubringen, um auch Touristen die Orientierung zu erleichtern, und entlang der Autobahnen – wie bereits an der neuen Sonderburger Strecke geschehen – die aus Deutschland bekannten braun-weißen Hinweistafeln auf nahe touristische Ziele anzubringen. Auch erneuerten sie die Forderung nach komplettem zweigleisigem Ausbau der Ostbahn von Pattburg aus (No. 25.1.).

SSW-Mandate und 5 %-Sperrklausel

Seitdem der SSW die schleswig-holsteinische Landesregierung mitträgt, reißen die Bemühungen aus Oppositionskreisen nicht ab, die Vollgültigkeit der Landtagsmandate der Minderheitspartei in Frage zu stellen. Auf Antrag der FDP erstellte der Kieler Professor für öffentliches Recht Florian Becker ein Gutachten, das die Auffassung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki (GFH 4/2012, S. 264) bestätigte, wonach die Minderheitenschutzbestimmungen nur das erste Mandat der Partei der dänischen und friesischen Minderheit deckten, während der Gewinn weiterer Sitze im Landtag von mindestens 5 Prozent der Wählerstimmen im gesamten Land abhängig sei. Zudem sprach Becker dem SSW ab, überhaupt noch eine Partei der Minderheit zu sein, da „spezifisch dänische Vorschläge und Probleme [...] im Wahlprogramm nur ei-

nen verschwindend geringen Anteil“ einnehmen. Der SSW-Vorsitzende Flemming Meyer sprach von einem Trauerspiel, bei dem falsche Tatsachen, geschichtliches Halbwissen und Vorurteile miteinander vermengt worden seien, und fragte ironisch, ob seine Partei beispielsweise ihre Haltung zur Drogenprävention alleine auf dänische und friesische Südschleswiger beziehen sollte. Auch Vertreter von SPD und Grünen kritisierten das Vorgehen der FDP; Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben warf der FDP vor, dem SSW nur einen Platz am Katzentisch des Landtags zugestehen zu wollen (FT-Aufmacher, 19.1.). CDU-Fraktionschef Johannes Callsen versicherte, dass das Becker-Gutachten keinen Einfluss auf die Haltung seiner Partei habe, die weiterhin allein die politische Auseinandersetzung mit dem SSW suchen werde. Damit steht die FDP in dieser Sache vor einem Alleingang (FLA-Aufmacher, 24.1.). Heftige Kritik äußerte auch Siegfried Matlok in seinem Leitartikel „FDP-Droge“, der im Vorgehen der Liberalen „eine reine machtpolitische Auseinandersetzung“ sieht und diesen vorwirft, dass sie keine Probleme mit den SSW-Mandaten haben würden, wenn die Minderheitspartei eine schwarz-gelbe Koalition tolerieren würde. Der Chefredakteur des Nordschleswigers geht davon aus, dass Bundesaußenminister Guido Westerwelle das Vorhaben seines Parteifreundes Kubicki, „sonst eher ein Spaßvogel in der Politik“, nicht unterstützen werde, allein schon um außenpolitischen Schaden abzuwenden: „Die Minderheiten-Politik ist kein Thema, das das deutsch-dänische Verhältnis 2013 neu belasten sollte“ (No. 19.1.). SSW-Parteichef Flemming Meyer wies auch auf die internationale Dimension hin: „Wie will man es unseren 60.000 Wählern und der Öffentlichkeit in Euro-

pa und Dänemark erklären, dass man in Schleswig-Holstein einer Minderheitenpartei ihre vom Volk gewählten Mandate aberkennen will?“ (FLA 21.1.). Den Gang zum Verfassungsgericht sehe die Partei gelassen (FLA 26.2.), die Klage betrachte man als rein politisch motiviert, zumal der SSW nicht zum ersten Mal mehrere Vertreter im Landtag hat (FLA 2.3.).

Der neue CDU-Vorsitzende, der Europa-Abgeordnete Reimer Böge, ging kurz nach seinem Amtsantritt deutlich auf die dänische Minderheit zu, indem er die Kürzungen für die Minderheitenschulen (GFH 2/2012, S. 127 f. u. GFH 4/2012, S. 259) als Fehler bezeichnete, der in seiner Amtszeit nicht wiederholt werde. Dies wurde vom SSW sehr positiv aufgenommen (FLA 14.2., FT 15.2.). Auch Landtagspräsident Klaus Schlie hatte sich wiederholt für mehr Sensibilität in Minderheitenfragen ausgesprochen; er hielt die Festansprache beim Neujahrsempfang des SSW in Schleswig, wo er sich u.a. dafür aussprach, in der gesamten Region und Gesellschaft den Mehrwert der Minderheiten besser zu nutzen (FLA 21.1.). – Der SSW unterstützt derzeit den Antrag der Piratenpartei, die 5 %-Hürde bei Landtagswahlen generell abzuschaffen (FLA 15.12.)

„Sydslesvig-Ting“ und „Haus des Nordens“

Die zuletzt von vielen forcierte Idee, zur besseren Koordination und Kommunikation innerhalb der dänischen Minderheit und ihrer Vereine und Institutionen ein demokratisch legitimes Parlament (Sydslesvig-Ting) einzurichten (GFH 4/2012, S. 263), wird einstweilen nicht weiter verfolgt (FLA 13.12.12). Umstritten bleibt auch die Einrichtung eines „Haus des Nordens“ an der Zentralbibliothek in

Flensburg, wo alle Kontakte in die skandinavischen Nachbarländer koordiniert werden sollen. Hier gehen die Meldungen über die Zustimmung innerhalb der Minderheit auseinander (FLA 17./18.1.). Auffrieb hatte das Projekt durch ein Treffen des Präsidiums des Nordischen Rats in der Heimvolkshochschule Randershof am Nordufer der Flensburger Förde, das auch mit einem Besuch in Flensburg verbunden wurde (FLA 4.12.)

Kontroverse über dänische Identität

Angriffe des nun zurückgetretenen DF-Vertreters im Kontaktausschuss für die Minderheit im Folketing Søren Krarup gegen die heutige Kultur und politische Arbeit (u.a. die Regierungsbeteiligung) der dänischen Südschleswiger führten zu einer erneuten kontroversen Identitätsdebatte. FLA-Chefredakteur Bjarne Lønborg hob in seinem Leitartikel vom 9.2. hervor, dass die Minderheit dynamisch sei und folglich nicht unter einer Glasglocke existieren könne. Das breite gesellschaftliche Engagement der Minderheitspartei sei auch gut für die Minderheit selbst, und der Vorwurf, dass durch diese Aufnahme von Verantwortung für die breite Gesellschaft die nationale Identität geschwächt werde, sei absurd. In Bezug auf Krarups Nachfolger Martin Henriksen hoffe er, „at han desuden har forståelse for mindretallets dynamik og det faktum, at der er stor forskel på sydslesvigske forhold i 1920 og 2013“ (Verständnis habe für die Dynamik der Minderheit und die Tatsache, dass es große Unterschiede zwischen 1920 und 2013 in Südschleswig gibt). Krarup erneuerte wiederholt seine Kritik und hob u.a. hervor, dass es „uden genforeningshåb ingen danskhed“ (ohne Hoffnung auf Wiedervereinigung kein Dänentum) in Süd-

schleswig geben könnte (FLA 12. u. 20.2.), was einhelligen Widerspruch aus der Minderheit hervorrief (z.B. K.O. Meyer, 14.2.).

Förderung der friesischen Sprache

In Nordfriesland feierte man den 125. Geburtstag des Sprachpioniers Nis Albrecht Johannsen mit einem Festakt an der nach ihm benannten Lindholmer Schule, wobei die schlechte Unterstützung für die Sprache in der Öffentlichkeit kritisiert wurde (FLA 15.3.). Immerhin sollen nun mehr Friesischlehrer ausgebildet und eingesetzt werden (FLA 7.12.). Wie groß das Interesse am Friesischen ist, zeigt der Erfolg des nordfriesischen Kulturkanons (GFH 2/2012, S. 138), der bereits neu aufgelegt werden musste (NFI 15.2.).

In Flensburg sorgte ein Plakat der Parteigruppe „Wir in Flensburg“ (WiF) wegen folgender Schlagzeile für Irritation: „Plattgemacht. So wird Plattdeutsch ausgemerzt. Friesisch wird bevorzugt.“ Sowohl vom SSW als auch von den friesischen Institutionen wurde diese Formulierung stark kritisiert (FLA 15.3.).

Wirtschaft und Soziales

Zahl der Grenzpendler sinkt weiter

Die anhaltende Rezession in Dänemark hat trotz immer noch vergleichsweise niedriger Arbeitslosenzahlen (GFH 4/2012, S. 257) die Zahl der Grenzpendler von Deutschland nach Dänemark nach Auskunft des Regionskontors der Region Sønderjylland-Schleswig auf aktuell 7.203 (2008: 18.143!) sinken lassen (s.a. GFH 2/2012, S. 124). In Nord-Süd-Richtung liegt die Zahl unverändert bei etwa 1.000-1.200 Arbeitspendlern (FLA 14.12.12). In Schleswig-Holstein ist die Arbeitslosen-

quote die niedrigste seit 20 Jahren, in Dänemark steigt sie leicht (No. 1.3.).

Intensiver deutsch-dänischer Handel

Wie wichtig Deutschland als Markt für dänische Firmen ist, zeigt die Tatsache, dass dänische Firmen in der Bundesrepublik inzwischen 2.300 Tochterfirmen unterhalten, allein 960 in Schleswig-Holstein und weitere 456 in Hamburg. Dabei handelt es sich vor allem um Verkaufsbetriebe (FLA 18.1.). Deutschland ist trotz eines leichten Rückgangs um 1,3 Prozent gegenüber 2011 weiterhin mit Abstand wichtigstes Importland für dänische Waren (No. 9.2.). Nach einer leichten Flaute zog der dänische Export im Januar wieder an (No. 12.3., s.a. GFH 3/2012, S. 207). Der Sprecher der regionalen Transportbranche Mogens Therkelsen forderte zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze einen weiteren Ausbau der deutsch-dänischen Wirtschaftszusammenarbeit im Grenzland (No. 5.3.).

Beseitigung von Pendler-Hindernissen

Auf einer gemeinsamen Handwerkskonferenz (FLA 6.3.) wurde darüber diskutiert, wie viele Hindernisse es noch immer gibt, wenn Handwerker auf der jeweils anderen Seite der Grenze tätig werden wollen (vgl. GFH 2/2012, S. 125). In beiden Ländern mangelt es an Fachkräften, und in Deutschland gibt es viele unbesetzte Lehrstellen. Unterschiede in der Ausbildung und infolgedessen Schwierigkeiten bei der Anerkennung wirken ebenso wie mangelnde Sprachkenntnisse als Hemmschuhe. Mit dem aus dem Fonds für Regionale Entwicklung finanzierten Pilotprojekt „VET Qualification System: zwei Länder, eine Ausbildung“ will man diese Hindernisse abbauen (No. 23.1., FLA 28.2.).

Brandschutz ohne Grenzen

Nach der bereits erfolgreich etablierten Zusammenarbeit zwischen grenznahen Feuerwehren westlich von Flensburg (GFH 4/2012, S. 261) soll diese auch im Bereich des Kreises Nordfriesland und der Kommune Tondern verstärkt werden. Eine Ausstellung über das Projekt „Gefahrenabwehr ohne Grenzen“ im Husumer Kreis- haus zeigte die Möglichkeiten auf (FLA 2.1.13). Die Beteiligung einer Einheit aus Tondern bei einer Brandbekämpfung in Ellhöft zeigte, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch hier funktioniert (FLA 12.1.). Doch soll diese bisher auf persönlichen Kontakten aufbauende Kooperation nun durch Interreg-Gelder in festere Bahnen geführt werden. Dies soll in der gesamten Grenzregion geschehen, was in einem neuen Abkommen zwischen den Kommunen Tondern, Apenrade, Sonderburg und Flensburg und den Landkreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland festgelegt wurde (FLA 2.3.).

Grenzüberschreitende Energieversorgung und Klimaschutz

Flensburg soll gemeinsam mit Sonderburg Klimaschutz-Kompetenzzentrum werden. Auch dieses Projekt soll aus Interreg-Mitteln gefördert werden und auf zahlreichen Kompetenzen aufbauen, die schon jetzt vorhanden sind (FLA 18.12. – vgl. GFH 4/2012, S. 256 u. 266). Hingegen sprechen sich die Vertreter der südschleswischen Kreise gegen dänische Pläne zum Pumpen von Kohlendioxid in den Nordseeuntergrund aus, mit denen die Ölförderung forciert werden soll (FLA 22.12). Aufsehen erregten auch die Pläne eines argentinischen Investors zur Beteiligung an der einst als grenzüberschreitendes

Leuchtturmprojekt gefeierten, inzwischen aber kritisch betrachteten Biogasanlage, die bei Tondern entstehen soll (No 9.1.)

Kritische Lage im ländlichen Raum

Eine neue Studie des Wirtschaftsforschers Morten Skak von der Syddansk Universitet bestätigt den seit Jahren immer dramatischer werdenden Trend, dass sich Häuser in kleinen Orten immer schwerer verkaufen lassen – nur in den größeren Städten bleiben die Preise hoch (No. 21.12.). Nach wie vor werden viele leerstehende Gebäude auch mit Hilfe öffentlicher Gelder abgebrochen (GFH 2/2010, S. 168, 2/2012, S. 132; No. 31.1.). Selbst denkmalgeschützte Gebäude werden zunehmend zum Abbruch freigegeben, wenn die Besitzer keine Nutzung mehr finden, wie jüngst zwei Beispiele in der Kommune Sonderburg zeigen (No. 17.1.13). Zudem hat es in der Kommune Apenrade mehrere Abbrüche bereits in kommunaler Hand befindlicher Gebäude gegeben, obwohl sich Käufer gefunden hatten, die allerdings einen niedrigeren Kaufpreis boten (JV 8.3.). Um dem fortschreitenden Verfall Einhalt zu gebieten, erwägt Bauminister Carsten Hansen eine Gesetzesinitiative, nach welcher Ausländer ohne festen Wohnsitz im Land diese künftig zumindest als Ferienhäuser erwerben dürfen (No. 27.2., s.a. GFH 3/2012, S. 208). – Ein neues Konjunkturpaket („vækstpakke“) soll die ländlichen Regionen stärken, wobei der Abbruch verfallender Immobilien weiter gefördert werden soll (FLA 27.2.). – Der Kulturwissenschaftler Johannes Nørregaard Frandsen bestätigte in einer neuen Untersuchung, dass die Schließung von Schulen oftmals ein entscheidender Schritt zur dauerhaften Schwächung eines Ortes ist, was zunehmend auch in immer

größeren Dörfern zum Problem wird (No. 9.1.). Dies ist genauso auch in Schleswig-Holstein zu beobachten, wo ebenfalls zahlreiche Ortschaften um den Erhalt ihrer Schule fürchten (FT 25.1.). Es lässt sich vielerorts beobachten, dass der letzte Einkaufsladen in einem Dorf auch dann schließen muss, wenn er vor Ort massive Unterstützung durch die Bewohner erfährt (JV 11.1., s.a. GFH 2/2012, S. 123, GFH 3/2012, S. 200).

Nur für Flensburg wird Wachstum prognostiziert

Laut einer von der Region Syddanmark und der Stadt selbst in Auftrag gegebenen Analyse „Kontur Flensburg“ kann die Fördestadt in den kommenden 12 Jahren mit einer Zunahme ihrer Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um 7 Prozent rechnen. Der Vorsitzende des Entwicklungsausschusses der Region, Lasse Krull (Kons.), meinte aufgrund der aktuellen Zahlen, dass Flensburg das Potenzial zum Dynamo für den ganzen Jütland-Korridor habe, und forderte einen beschleunigten Ausbau der Verbindungen zwischen Süddänemark und Norddeutschland in allen Bereichen. Bis 2025 dürfte die Stadt auf 95.000 Einwohner anwachsen, und die Überschreitung der nach dem Zweiten Weltkrieg kurzzeitig erreichten 100.000er Marke wird als realistisch angesehen. Allerdings werden in der übrigen Region sinkende Einwohnerzahlen vorausgesagt. – Für Tondern zeichnet eine ähnliche Analyse ein düsteres Bild: Bis 2025 würden demnach die Fachgeschäfte aus der Innenstadt völlig verschwunden sein. Stadtcenterchefin Marianne Ebbesen und Bürgermeister Laurids Rudebeck (Vens-tre) forderten dazu auf, dass Kommune, Handel und Tourismus mehr denn je an

einem Strang ziehen müssen, um die Erlebnisqualität Tonderns zu stärken und den düsteren Prognosen entgegenzuarbeiten. Das gut erhaltene Stadtbild und die vielen Gäste aus Deutschland böten ein gutes Potenzial (TV Syd 25.1., JV/No. 26.1., FLA 19.2., s.a. GFH 2/2012, S. 133).

Mehr dänische, weniger deutsche Touristen

Das gestiegene Interesse vieler Dänen an Flensburg nicht nur als Einkaufsziel, sondern auch als Reiseziel zeigt die Beobachtung von „hotel.com“, dass Krusau von allen dänischen Ortschaften 2012 den höchsten anteiligen Zuwachs an Übernachtungen hatte (JV 8.1.). In Schleswig-Holstein machen Dänen die bedeutendste Gruppe ausländischer Touristen aus, und zwar mit sehr unterschiedlichen Zielen (FT 9.3.).

Ein neues grenzüberschreitendes Reisekonzept ist das „Insel-Hopping“ mit dem Fahrrad auf den Nordseeinseln (FLA/FT/No 18.1.). – Immer mehr Dänen buchen ihre Fernreisen über den Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel, wo man innerhalb von zwei Jahren 37 Prozent mehr Dänen ermittelt hat (FLA 9.2.). – Auch die gemeinsame Vermarktung der Tourismus-Region wird weiter vorangetrieben, allerdings zog sich Glücksburg aus der Zusammenarbeit zurück (FLA 6.12.).

In Bezug auf die deutschen Gäste ist man in Dänemark mit der Entwicklung nicht zufrieden. VisitDenmark beklagt, dass man im Königreich vielerorts eine ganze „Generation deutscher Urlauber verloren“ habe, weil man nicht auf veränderte Bedürfnisse eingegangen sei und vor allem die Entwicklung in den Küstenregionen vernachlässigt habe (No. 25.1.) – Tatsächlich ist die Anzahl deutscher Touristen in

Dänemark 2012 um 1,4 Prozent zurückgegangen (FLA 9.2.), was angesichts der Tatsache, dass die Deutschen für 60 Prozent aller ausländischen Übernachtungen in Dänemark stehen, nicht unbedeutend ist. Hingegen stieg ihre Zahl in der Weihnachtssaison um volle 16 Prozent (No. 8.2.13).

Grenzhandel bleibt Dauerthema in Dänemark

Kaum ein Grenzland-Thema erfährt seit Monaten in der dänischen Presse derart viel Aufmerksamkeit wie der Grenzhandel (GFH 4/2012, S. 263). Kurz vor Weihnachten erregte eine Studie der Agentur „Userneeds“ im Auftrag des dänischen Bauernverbands „Landbrug og Fødevarer“ Aufsehen, wonach jeder fünfte Däne Weihnachtseinkäufe in Deutschland tätigt – und die Besserverdienenden überrepräsentiert sind. Nach wie vor sind Genussmittel wie Süßwaren, alkoholische Getränke und Limonaden die am häufigsten gekauften Waren, doch erstreckt sich die Palette der Einkäufe und Dienstleistungen im Grenzverkehr inzwischen sehr weit (No. 17.12.). Dies löste erneut zahlreiche Kritiken aus, in denen der Grenzhandel für die zunehmende Schwäche im dänischen Einzelhandel verantwortlich gemacht wird. Dansk Erhverv geht davon aus, dass die Nordschleswiger zwei Drittel ihrer Waren für das Weihnachtsfest südlich der Grenze gekauft haben (FLA 27.12.). Der Handelsverband De Samvirkende Købmænd berichtet derweil von einer Untersuchung, wonach sich jeder vierte Däne Grenzhandelswaren bringen lässt (No. 2.3.). Nach wie vor werden dabei auch die hohen Abgaben in Dänemark kritisiert, von denen die umstrittene „Fettsteuer“ allerdings inzwischen wieder entfallen ist. Hingegen

wurden die Abgaben auf Tabakwaren, Alkohol und Zuckerwaren erneut zum Jahreswechsel erhöht, was eine weitere Zunahme des Kaufs südlich der Grenze erwarten lässt (FLA u. No 3.1.13). Laut einer Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut Megafon im Auftrag von De Samvirkende Købmænd glauben zwei Drittel der Dänen an eine Reduzierung des Grenzhandels, wenn diese Abgaben wegfallen würden (FLA 15.3.). Ex-Premier Lars Løkke Rasmussen forderte daher eine Abgabensenkung auch bei diesen Waren (No. 20.2.), wobei Finanzminister Bjarne Corydon Gesprächsbereitschaft signalisierte (JV 12.3.). JV-Kommentator Christian Friis Hansen forderte dann auch eine Abschaffung dieser „Wettbewerbsverzerrung“ (JV 14.3.). Harte Worte über den Schaden, den die süddänischen Kaufleute durch den Grenzhandel erlitten, brachte der Geschäftsführer der Regionalbank Frøs Herreds Sparekasse Kurt Jensen (No. 7.3.), der in Kopenhagen eine Konferenz zu diesem Thema einberief – ohne Teilnahme der Grenzhandelsvertreter (JV 14.3.). Moderater äußerten sich der Vorsitzende des Südschleswig-Ausschusses im Folketing Benny Engelbrecht (Sozialdemokraten) und dessen Amtsvorgänger Kim Andersen (Venstre), die vor allem die hohen Grundpreise durch mangelnde Konkurrenz im dänischen Handel (wenige Supermarkt-Ketten beherrschen den Markt) als wesentliches Problem ausmachten (JV 4.1.). Auffallend gut geht es den Grenzmärkten in Avenstoft, wo jetzt auch wie in Harrislee ein großer dänischer Discounter einsteigt (FLA 22.1., No. 4.3.). Der Marktanteil der Discounter ist in Dänemark nach dem Ende des Ladenschlussgesetzes weiter gestiegen (JP 21.1., vgl. GFH 4/2012, S. 263). In einer eigenen Untersuchung wies Flens-

borg Avis nach, dass nicht wenige Produkte und Dienstleistungen in Dänemark doppelt so teuer sind wie in Deutschland, was nicht allein mit den höheren Steuern begründet werden kann (FLA 29.12.12). Eine europaweite Vergleichsstudie belegt zudem erneut, dass die dänischen Preise EU-weit die höchsten sind und satte 44 Prozent über dem Durchschnitt aller EU-Länder liegen. In Europa liegen die Preise nur in den beiden nicht EU-Ländern Norwegen und Schweiz noch höher (No. 22.12.). Während die sehr regelmäßige Berichterstattung über den Grenzhandel in der dänischen Presse, abgesehen von Flensburg Avis, überwiegend negativ ist, kamen Mitte März in JV auch andere Töne auf: So wurde die Förderung des Tourismus im Landesteil durch den Grenzhandel hervorgehoben (JV 15.3.), auch die Bürgermeister von Harrislee und Handewitt, Martin Ellermann und Artur Christiansen, und der Flensburger Pressesprecher Clemens Teschendorff wiesen darauf hin, dass es um ein „Einkaufserlebnis“ gehe und nicht nur um bestimmte Waren (FLA 14.3.). Der Geschäftsführer der Grenzhandelsfirma Fleggaard Mike Simonsen betonte zudem, dass der Grenzhandel durch Produktion und Zulieferung auch Arbeitsplätze in Dänemark erhalte; man sei zu Diskussionen bereit, verwehre sich aber gegen Unsachlichkeit in der Darstellung des Grenzhandels (JV/FLA 14.3.).

Neue Umweltprojekte und grenzüberschreitendes Dosenpfand

Die Umweltminister beider Länder haben signalisiert, dass das seit langer Zeit diskutierte Pfand auch für Einweg-Getränkebehälter aus dem Grenzhandel (GFH 4/2012, S. 259) kommen soll. Allerdings wurde zur Enttäuschung der Handelsor-

ganisation De Samvirkende Købmænd zunächst nicht konkret genannt, ab wann und wie die Rückgabe der Verpackungen in Dänemark geregelt werden soll (FLA 31.1.). Mitte März wurde jedoch zur Überraschung aller Beteiligten bekannt gegeben, dass ein Abkommen zwischen beiden Staaten sowie Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern unmittelbar vor der Unterzeichnung stehe. In 1½ bis 2 Jahren sollen dann 250 neue Rückgabeautomaten aufgestellt werden (FLA/ No 16.3.).

Bei der Planung für die künftige Energieversorgung will die schleswig-holsteinische Regierung den grenzüberschreitenden Aspekt im Auge behalten und die Zusammenarbeit verstärken (No 30.1.). Regionschef Carl Holst spricht sich für eine grenzüberschreitende Modellregion Energie aus (FLA 27.2.). – Der dänische Staat hat 2012 insgesamt 61 Mio Kronen Fördergelder für nachhaltige Projekte zur Verfügung gestellt, von denen jedoch nur knapp 1,6 Mio nach Nordschleswig gingen (No. 7.3.). Am neuen, mit 250 Mio dotierten Umwelt-Wachstumsplan wollen sich Privatwirtschaft und öffentliche Hand im Landesteil stärker beteiligen (No. 13.3.).

Mehr Zusammenarbeit im Gesundheitswesen

Auf einer Konferenz der Vertreter der dänischen Regionen, des Landes Schleswig-Holstein und der Kommunen und Freiwilligen beiderseits der Grenze in Lübeck sprachen sich die Beteiligten für noch mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheitsfürsorge aus (FLA 27.12). Besorgnis erregend ist, dass die Lebenserwartung in Dänemark laut einer Vergleichsstudie zwischen den 19 reichsten westlichen Ländern inklu-

sive der USA nur von jener in Finnland unterboten wird. Dies wird weitgehend auf ungesunden Lebensstil zurückgeführt. Deutschland belegte Platz 9, doch steht Schleswig-Holstein im bundesweiten Vergleich weit unten und hinsichtlich der durchschnittlichen Lebenserwartung nicht weit vor Dänemark (79,8 Jahre gegenüber 78,9 – JV 8.3./No./FLA 9.3.).

Infrastruktur

Holst beklagt verkehrspolitischen Fokus auf Kopenhagen

Der süddänische Regionschef Carl Holst rief dazu auf, dass man sich in ganz Westdänemark für bessere Verkehrsverbindungen nach Hamburg einsetzen solle. Die Elbmetropole spiele traditionell eine wichtige Rolle als Drehscheibe für Dänemark westlich des Großen Belts, und im Übrigen sei Hamburg größer als Kopenhagen und Westdänemark einwohnerstärker als Ostdänemark einschließlich der Hauptstadt. Auch drei der vier wichtigsten dänischen Seehäfen liegen in Jütland. Dennoch lag der Fokus bei den großen Verkehrsprojekten der letzten beiden Jahrzehnte auf den Bedürfnissen der Öresundmetropole, etwa beim Bau von Brücke und Tunnel über den Öresund, beim Bau der Untergrundbahn in Kopenhagen (2002 eröffnet, seit 2010 Bau des verkehrspolitisch umstrittenen Cityrings), beim Ausbau der Hauptbahn zwischen Kopenhagen und Ringsted und nicht zuletzt bei der festen Fehmarnbelt-Querung. Dabei hat der Verkehr auf der Vejle fjordbrücke an der jütischen Nord-Süd-Autobahn seit 2004 um 30 Prozent zugenommen, jener über den Großen Belt hingegen nur um 10 Prozent, so dass ein Ausbau der Nord-Süd-Verbindungen wichtiger sei als

ein riesiges Brückenprojekt zwischen Århus und Kalundborg (s.u.). Holst forderte eine zügige Umsetzung des europäischen TEN-T-Konzepts im Landesteil, wonach die Ostbahn als wichtiger Korridor effektiv ausgebaut werden müsse (FLA 21.1., erneut 11.2., GFH 4/2012, S. 256).

Weitere Kosten bei Fehmarn-Verbindung

Wie bei den meisten Verkehrs-Großprojekten gehen Experten von einer deutlichen Überschreitung des bisherigen Budgets aus (GFH 4/2012, S. 263 u. 264). Bemängelt wurde, dass ein schnellzuggemäßer Ausbau der Eisenbahn von Rødby/Lolland nach Kopenhagen, die bisher auf maximal 160 km/h ausgelegt ist, bisher vernachlässigt worden ist – Banedanmark empfiehlt zwecks besserer Rentabilität der künftigen Neubauten den Ausbau für mindestens 200 km/h schnelle Züge (No. 9./13.2.). Auf deutscher Seite erwartet man deutlich höhere Kosten bei der Erneuerung der inzwischen 50 Jahre alten Fehmarnsundbrücke (FT 19.2.).

Kontroverse um Kattegatbrücke

Auch das Projekt Kattegatbrücke wird weiter verfolgt (GFH 3/2010, S. 242); in diesem Zusammenhang sorgte ein Fernsehbeitrag (DR 17.2.) für Aufsehen, in welchem der Region Syddanmark vorgeworfen wurde, mit öffentlichen Geldern (800.000 Kronen) und der Werbeagentur Waterfront negative Lobbyarbeit gegen das in Mitteljütland forcierte Projekt gemacht zu haben; der Beitrag erwies sich jedoch als vollkommen übertrieben (No. 19.2.).

Ausbau der Hauptbahn

Die Entgleisung einiger Güterzug-Wag-

gons bei Farris bewirkte die Vollsperrung der für den Verkehr in der Region so entscheidenden Strecke Fredericia-Flensburg (GFH 4/2012, S. 256, 258, 264; s.a. GFH 4/2011, S. 293), da der Unfall in einem der beiden noch immer eingleisigen Abschnitte passierte. Personenzüge, auch die grenzüberschreitenden, mussten durch wesentlich langsamere Busse ersetzt werden, der Güterverkehr wurde ebenso wie einzelne Personenfernzüge auf die in Nordschleswig durchgehend eingleisige, heute nur als Nebenbahn betriebene Westbahn umgeleitet. Zunächst rechnete man mit einer dreiwöchigen Vollsperrung (No. 5.12.12), doch den Mitarbeitern von Banedanmark gelang es früher als geplant, die 11.000 (!) beschädigten Schwellen zu ersetzen, so dass die Strecke bereits am 15. statt am 19.12. wieder befahrbar war (No. 15.12.). Auf der Sitzung der Verkehrskommission in Flensburg betonte Verkehrsminister Henrik Dam Kristensen, dass das Chaos während der Sperrung der Ostbahn verdeutlicht hätte, wie wichtig diese Strecke und überhaupt der Jütland-Korridor im internationalen Verkehr ist (No. 10.1.). Immerhin stellte er die Notwendigkeit der Rekonstruktion des in den 1930er Jahren entfernten Doppelgleises nicht nur zwischen Vamdrup und Woyens, sondern auch zwischen Tingleff und Pattburg fest, und diesbezüglich wird es in Kürze Verhandlungen im Folketing geben (No. 16.1.). Den Aufbau einer neuen Schnellzugverbindung (GFH 4/2012, S. 256) betrachtet der Minister mit gewisser Skepsis. Flensburg Avis kritisierte die Kommission dann auch dafür, dass konkrete Ergebnisse auf ihrer Sitzung in Flensburg Mangelware blieben (FLA 15.1.). Beim Besuch der DGN-Spitze äußerte sich der Minister jedoch positiv in Bezug auf den Ausbau der

Ostbahn und die mögliche Anlage eines neuen Schnellzughaltes in Harrislee oder Flensburg-Weiche (No 25.1.). – Ein neuer Fonds, der vor allem aus Einnahmen aus der Förderung von Öl in der Nordsee gespeist werden soll, soll künftig Maßnahmen zur Erneuerung der Bahn-Infrastruktur beschleunigen (No. 2.3.). Zudem werden voraussichtlich 2017 neue deutsche ICX-Züge vorgestellt, die auch unter dem speziellen dänischen Stromsystem fahren können (No. 7.3.).

Nadelöhre im Straßenverkehr

In Westdänemark ist man zunehmend über die vielen Baustellen in Hamburg besorgt, etwa am Elbtunnel. Die Elbmétropole werde so über mehrere Jahre mehr denn je zu einem Engpass auch für den Fernverkehr von, nach und über Dänemark (FLA 20.12.).

Die Aussichten für den Bau einer Nord-Süd-Autobahn nahe der Westküste scheinen nach der letzten Sitzung der deutsch-dänischen Verkehrskommission einstweilen vom Tisch zu sein (No. 15.1.). Die Zahl der Lastkraftwagen, welche die deutsch-dänische Grenze passieren, ist derweil gesunken, liegt aber immer noch nur wenig unter der Rekordmarke von 2007 (No. 9.1.). – Um ausländische Verkehrssünder künftig belangen zu können, wird Dänemark noch in diesem Jahr dem 2005 geschlossenen Prümer-Abkommen beitreten (FLA 13.3.).

Grenzüberschreitender Schiffsverkehr soll ausgeweitet werden

Bei der Sitzung der Verkehrskommission in Flensburg wurde auch die grenzüberschreitende Schifffahrt auf der Flensburger Förde angesprochen. Wegen der un-

terschiedlichen Sicherheitsbestimmungen auf beiden Seiten hinsichtlich der Deklaration der Förde als internationales Gewässer gibt es seit einigen Jahren keine Fördeschiffe mehr, die auch auf der jeweils anderen Seite der Förde anlegen. Dies soll sich nach dem Wunsch vieler Grenzlandbewohner möglichst bald wieder ändern (FLA 15.1.). – Auch die Planungen des Vereins für eine Wiederbelebung der 1999 eingestellten Fährverbindung zwischen Fünen und Angeln gehen weiter (GFH 4/2012, S. 258). Inzwischen gehen die Überlegungen allerdings dahin, dass nicht wie früher Gelting, sondern Kappeln der Ausgangspunkt für eine neue Verbindung nach Faaborg werden könnte (FLA 15.1.). – Zur Sprache kamen bei der Verkehrskommission auch erneut Pläne zum Ausbau Apenrades als Hafen für die gesamte Region und die Nutzung des Hafens von Havneby auf Röm als Zubringer für die Nordsee-Windparks (No. 11.1.), ebenso die Nutzung des Sonderburger Flughafens auch für Flensburg (GFH 2/2012, S. 123).

Sprache, Bildung und Kultur

Forderung nach Förderung des bedrohten Niederdeutschen

Der Plattdeutsche Rat fordert, dass Unterricht in niederdeutscher Sprache – etwa als richtiger Sprachunterricht, aber auch mitunter als normaler Unterricht in anderen Fächern – in Schleswig-Holstein Pflicht wird, und zwar mit mindestens zwei Wochenstunden in der Grundschule. Ratssprecher Klaus Nielsky verwies auf die Sprachencharta und auf das Schulgesetz, nach dem das Niederdeutsche ausdrücklich zu fördern ist. Marianne Ehlers nannte Vorbilder aus Hamburg, wo dies

in einigen Schulen modellhaft praktiziert wird. Auch in Kindergärten solle stärker als bisher die niederdeutsche Sprache vermittelt werden. Nur noch 10 Prozent der Schleswig-Holsteiner sind der einstigen Volkssprache mächtig (FT/FLA 18.1.; vgl. a. GFH 4/2012, S. 258).

Deutschunterricht in Dänemark in der Krise

In Dänemark ist der Deutschunterricht wieder in die Diskussion gekommen. Die Vereinigung der Deutschlehrer, Tysklærerforeningen, fordert angesichts der weiter zurückgehenden Sprachkenntnisse, dass Deutsch ab Klasse 6 Pflichtfach werden soll. Dies wird von Dansk Industri unterstützt (FLA 4.3.). Wiederholt wird betont, dass schwache Deutschkenntnisse in Dänemark Arbeitsplätze gefährden (GFH 4/2012, S. 260 u. 267, No. 26.2.). Deutsch hat – im Gegensatz zu Englisch – nach wie vor den Ruf, ein schwieriges Fach zu sein, und die Schulrektoren sind ebenfalls besorgt darüber, dass Deutsch als Lernfach nicht in Mode sei (JV 29.-31.1.). Gleichzeitig war die deutsche Sprache Thema beim Besuch der BDN-Spitze auf Christiansborg. Dies nahmen der Vizepräsident des Folketings, Bertel Haarder und dessen Parteifreund Hans Christian Schmidt, beide Ex-Minister, sehr positiv auf und baten ebenso wie SF-Vertreter Jesper Petersen um konkrete Vorschläge. So schlug die BDN-Spitze nicht zuletzt in Bezug auf den Tourismus mehr deutschsprachige Hinweisschilder vor, etwa bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, ebenso die Anerkennung deutscher Ausbildungen und anderes (No 25.1.). Dansk Folkeparti fordert einen Rettungsplan für das Fach Deutsch in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsvertretern (No. 1.3.).

Medienförderung auch für Nordschleswiger

Der Nordschleswiger ist angesichts des bevorstehenden Umbaus des künftigen Apenrader Medienhauses (GFH 4/2012, S. 255) in das alte Rathaus der Stadt gezogen (No. 9.3.). 411.039 Kronen mehr gibt es künftig für die Zeitung nach dem neuen Medienvergleich der Kulturministerin Marianne Jelved; allerdings kam kein breiter Medienvergleich zu Stande, und der Staat will eher Produktion als Vertrieb fördern, da man mehr auf elektronische Medien setzt. Die dänische Medienförderung hat ein Volumen von insgesamt 403,6 Mio Kronen, ein Schwerpunkt liegt bei Regionalmedien (No. 19.1.).

Neuerungen und Uneinigkeit bei der Lehrramtsausbildung

An der Universität Flensburg wird angestrebt, Lehramtsstudien mit einem Masterabschluss ab Herbst mit Kompetenzen in Zweisprachigkeit einzurichten. Dies soll in erster Linie den Minderheitenschulen zugute kommen, deren Abiturienten die Initiatorinnen Astrid Westergaard und Elin Fredsted damit besonders ansprechen möchten (FLA 20.2./1.3.). Der Deutsch-Dänische Ausschuss für Kultur, Kontakt und Zusammenarbeit der Region fördert zudem ein Projekt, bei welchem Lehramtsstudierende aus Flensburg und Hadersleben in Grenzlandverhältnissen unterrichtet werden und eigenes Lehrmaterial erstellen sollen (No 9.2.). Derweil protestierte die Flensburger Universität gegen das Vorhaben ihrer vormaligen Präsidentin, die Ausbildung der Regionalschullehrer enger mit der Ausbildung der Gymnasiallehrer zu verknüpfen. Diese findet nach wie vor an den Fach-

instituten der naturwissenschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen und philosophischen Fakultät statt. Im Falle einer Zentralisierung der Ausbildung aller Mittel- und Oberstufenlehrer in Kiel fürchtet Flensburg den Verlust von über 700 Studierenden (FLA 21.12., 8.2.).

Unterstützung für Europa-Universität

Ministerin Anke Spoorendonk sprach sich ebenso wie Carl Holst für die Weiterentwicklung der Flensburger und Sonderburger Hochschulen zu einer Europa-Universität aus (FLA 8.12., GFH 3/2012, S. 208), an der auch das Universitätscollegium Syd teilhaben soll; der Regionschef sieht in vielen Belangen die deutsch-polnische Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder als Inspirationsquelle (FLA 23.1.). Auch die Vertreter des Fonds für die Universität und Fachhochschule Flensburg, der vor nicht langer Zeit aufgestellt worden war, um die Wirtschaftsstudiengänge der Uni überhaupt finanziell am Leben zu erhalten, sehen jetzt neues Entwicklungspotenzial (FLA 22.1.). Die deutsch-dänischen Studiengänge „European Studies“, „International Management“ und „Kultur-Sprache-Medien“ feierten derweil ihr 20-jähriges Bestehen. Begonnen hatten sie als Interreg-Projekt mit insgesamt 68 Studierenden, heute studieren junge Menschen aus 60 Ländern in Flensburg und tragen erheblich zu einem internationalen Milieu bei, das so für weitere Studierende attraktiv wird. Zudem soll ein Promotionskolleg eingerichtet werden. – Neue Impulse sollen aus einem weiteren Interreg-Projekt namens „Emerging Attraction“ kommen, in welchem Hochschulen und Regionalwirtschaft die Zusammenarbeit in der hochtechnologischen Forschung vertiefen wollen (www.

emerging-attraction.eu; No. 8.3., GFH 4/2012, S. 266). – Ministerin Wende will der FH zudem das Promotionsrecht gewähren (FT 27.12.). – Probleme bereiten mitunter noch die unterschiedlichen Semesterzeiten in beiden Ländern und so manche bürokratische Regel – etwa die Forderung, dass bestimmte dänische Prüfungen innerhalb der Reichsgrenzen abgehalten werden müssen. Auch der öffentliche Verkehr zwischen den beiden Hochschulstädten wird als unzureichend kritisiert (No 9.2.).

Aufsehen erregte die deutsche, bis Ende 2012 an der Universität in Århus angestellte Musikprofessorin Linda Maria Koldau, die sich in einem Gastbeitrag über den Zustand der Kulturwissenschaften im dänischen Hochschulsystem beklagte. Vor allem kritisierte sie das ihrer Meinung nach geringe fachliche Niveau (FT 11.1.).

Schulkonflikt in Dänemark

In Dänemark setzt die Regierung zu einer neuen Schulreform an. Dabei soll der Sprachunterricht, Dänisch wie Fremdsprachen, gestärkt werden und die Schüler im Durchschnitt mehr Unterrichtsstunden erhalten. Beim Deutschen Schul- und Sprachverein für Nordschleswig wies man darauf hin, dass die deutschen Minderheitsschüler ohnehin schon mehr Unterrichtsstunden haben, da Deutsch wie Dänisch als Fach auf Muttersprachniveau unterrichtet werden (No. 5.12.).

Der Zusammenschluss der dänischen Kommunen (Kommunernes Landsforning) ging jedoch schnell in die Offensive; man fordert Schulanwesenheit der Lehrer auch in der Vorbereitungszeit (FLA. 8.12.). Der sozialdemokratische Finanzminister Bjarne Corydon weitete die Forderung nach einem höheren Anteil des

Präsenzunterrichts bei der Arbeitszeit der Lehrer kurz danach auch auf die Gymnasien aus (No. 18.12.). Während es hier recht bald zu einer Einigung kam, blieben die Fronten zwischen Lehrgewerkschaft und dem Landesverband der Kommunen bei Redaktionsschluss dieses GFH völlig verhärtet (No. 16.3.). Die von den Kommunen angedrohte Aussperrung aller Lehrer ab dem 1.4. – ein Novum im Arbeitskampf bei öffentlich-rechtlichen Einrichtungen – steht nach wie vor im Raum. Auch die Schulen der deutschen Minderheit wären betroffen (No. 5.3.). Besondere Sorge bestehe wegen der bevorstehenden Examenzeit. KL-Verhandlungsführer Michael Ziegler begründet den drastischen Schritt jedoch mit dem „höheren Anliegen“ einer besseren Volksschule (JV 8.3.). – Derweil zeigt eine neue internationale Vergleichsstudie, dass sich die dänischen Schüler insgesamt verbessert haben (No. 12.12.). – Durch die Schließung von mindestens jeder sechsten öffentlichen Schule in den vergangenen zehn Jahren sind auch etwa ein Sechstel der Lehrerstellen weggefallen (GFH 4/2012, S. 266 und 4/2011, S. 291). Die nordschleswigschen Kommunen sind davon überdurchschnittlich hart betroffen. Tondern verlor seit 2002 89 von 316 Lehrerstellen, was einem Rückgang um volle 22,4 Prozent entspricht (No. 9.1.). – Dafür gibt es mehr Privatschulen, deren Klientel nicht nur Besserverdienende sind: Nach einer Untersuchung der Agentur „Kaas & Mulvad“ sind 17 der 25 Schulen in Dänemark mit dem geringsten Durchschnittseinkommen der Eltern Privatschulen (Ugebrevet A4, 18.1.13; vgl. GFH 4/2012, S. 266).

Sprachkompetenz für Pädagogen

Mit dem EU-geförderten Projekt EVA (Eu-

ropa von Anfang an) werden Pädagogen aus verschiedenen Ländern in der Kompetenz der multikulturellen und mehrsprachigen Erziehung gestärkt – ein Konzept, das auch in vielen Kindergärten des ADS-Grenzfriedensbundes zum Tragen kommt. Die erste Tagung fand im Haus Quickborn der deutschen Nordschleswiger statt (No. 9.3.).

Welterbe: Fortschritt für Wattenmeer, Rückschlag für Danewerk

Obwohl in der Kommune Tondern nach wie vor keine Einigkeit über die Grenzen des Nationalparks Wattenmeer an der Landseite bestehen, forciert Umweltministerin Ida Auken (SF) den Anschluss des dänischen Nationalparks Wattenmeer an das Weltnaturerbe, das bisher weite Teile des deutschen und niederländischen Wattenmeeres umfasst. Auch die Nationalparkverwaltung unterstützt dieses Vorhaben, während sich die Kommune und vor allem die Vertreter der lokalen Landwirtschaft von der Ministerin übergangen fühlen (No./FLA. 22.12., FT 17.1.) und ihr Vorgehen als „arrogante Machtdemonstration“ geißeln (No. 8.1.). Am 25.1. überreichte der dänische UNESCO-Botschafter Poul Erik Dam Kristensen den offiziellen Antrag, über den die Weltkulturorganisation vermutlich im nächsten Jahr entscheiden wird (No. 26.1.; siehe auch GFH 4/2012, S. 260).

Zur Überraschung der anderen Beteiligten hat sich Schweden ohne Vorwarnung und ohne Begründung aus dem Vorhaben zurückgezogen, das Danewerk auf die Liste des UNESCO-Welterbes zu setzen (FT/FLA 5./6.12.). Inwieweit dies das Verfahren beschädigt, ist noch nicht abzusehen. Abgesehen wird vorläufig von der Bewerbung der Gortorfer Schlosskapel-

le, dafür wollen die schleswig-holsteinischen Kulturbehörden den Antrag für die Rendsburger Eisenbahnhochbrücke forcieren (FT 29.1.). Zu anderen Vorschlägen für die Aufnahme regionaler Kultur- und Naturschätze auf die Liste des Welt-erbes (Christiansfeld, Zisterzienserkirche Lügumkloster, Knicks) gibt es weiterhin wenig Neues zu berichten (GFH 4/2012, S. 257).

Geschichte und Erinnerungsorte

Oeversee-Marsch zum 149. Jahrestag der Schlacht

Festredner bei der traditionellen Gedenkveranstaltung war dieses Jahr der BDN-Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen. In den Reden wie in der Berichterstattung wurde wieder stärker als in den Vorjahren die historisch nicht haltbare angebliche humanitäre Großtat Flensburger Bürger hervorgehoben, die kurz nach der Schlacht den Verwundeten beider Seiten zur Hilfe geeilt seien, (FT/FLA 7.2.). „Wir brauchen auch neue Symbole, die verbinden“, mahnte Hinrich Jürgensen an (No. 7.2.). Bemerkenswert war ein Bericht im Nordschleswiger, in welchem die junge Verfasserin einen auffallend geringen Frauenanteil und vor allem viele gemütliche Runden in den Gaststätten unterwegs beobachtete (9.2.).

Vorbereitungen für den 150. Jahrestag der Schlacht von Düppel

Für das grenzüberschreitende Museumsprojekt „Menschen 1864“ bewilligte die Region Syddanmark 866.900 Kronen. Museum Sønderjylland, Nationalmuseet und die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek werden im Zuge des Interreg-Projekts

„Düppel 2014 – vom Schlachtfeld zur Brückenbauer-Region“ (GFH 4/2012, S. 267) eine Ausstellung erarbeiten, in denen die vom damaligen Krieg betroffenen Menschen im Mittelpunkt stehen sollen. Diese soll zunächst in Kopenhagen und Kiel gezeigt werden und 2015 ihren endgültigen Standort am zum Museum Sønderjylland gehörenden Historiecenter Dybbøl Banke (GFH 4/2011, S. 292) finden (No. 21.12, FLA 27.12.). Das Museum setzt sich dafür ein, dass der Ort wegen seiner historischen Bedeutung das European Heritage Label erhält (No. 8.3.). Ministerin Anke Sporendonk sprach sich dafür aus, den historischen Anlass dazu zu nutzen, sich die Entfaltungsmöglichkeiten durch die friedliche Präsenz mehrerer Kulturen an einem Ort stärker bewusst zu machen: „Wir brauchen die Geschichte, um uns auch in der Zukunft orientieren zu können“ (FT 8.12.12.).

Eine aus deutscher Sicht bizarre Kontroverse entzündete sich an der Frage der Beflaggung (vgl. a. GFH 2/2012, S. 132): Der 18.4.2014 fällt auf den Karfreitag, an welchem in ganz Dänemark mit dem Dannebrog auf Halbmast geflaggt werden muss. Der Düppeltag gilt als militärischer, im Landesteil auch ziviler Flaggentag auf Vollmast. Region Syddanmark, Kommune Sonderburg und Standortkommandantur haben deshalb einen Antrag an das Justizministerium gestellt, dass an jenem Tag ausschließlich auf Vollmast geflaggt werden darf. Dies wird von den lokalen Initiativträgern unterstützt; Museumsinspektorin Inge Adriansen wies darauf hin, dass man angesichts der angestrebten Anwesenheit der höchsten Repräsentanten Dänemarks und Deutschlands nicht auf Halbmast flaggen kann. JV-Kommentator Poul-Erik Thomsen sprach sich ebenfalls dafür aus, um der heutigen Entwicklung

Rechnung zu tragen, aber auch: „Selvom det sker i samvær med den tyske side, så er det vigtigt at understrege, at der altså først og fremmest er tale om en dansk begivenhed. Denne slags er normalt markeret med dannebrog til tops“ (Obwohl es gemeinsam mit der deutschen Seite geschieht, ist es wichtig hervorzuheben, dass es sich also in erster Linie um eine dänische Begebenheit handelt. Solches wird normalerweise mit dem Dannebrog auf Vollmast gekennzeichnet.). Nicht schwarz sehen sei angesagt, sondern die Miteinbeziehung der Lehre aus dem Schaden und der guten Lage heute. „Så til tops med det smukke flag. Som symbol på lilleputlandets genvundne stolthed. (Also nach oben mit der schönen Flagge, als Symbol für den wiedergewonnenen Stolz des Lilliputlandes)“ (JV 13.2.). – Die Sonderburger Heereskaserne (GFH 3/2012, S. 206), deren Soldaten für die jährliche Zeremonie stehen, wird allerdings in absehbarer Zeit geschlossen, doch bleiben die Militäreinrichtungen in Seegaard und Hadersleben einstweilen erhalten (JV 12.3.).

15 Jahre Mahnmal „Harrislee-Bahnhof“

2013 besteht das von Schülern der Durborg-Skole gestaltete Mahnmal am Grenzübergang Harrislee/Padborg 15 Jahre. Über diese Zeit haben die Grenzfriedenshefte das Projekt publizistisch begleitet. Das von der deutsch-dänischen Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“ und der Gemeinde Harrislee getragene Denkzeichen erinnert an die 1.600 dänischen Gefangenen aus dem Internierungslager Frøsløv, die 1944/45 via Harrislee in deutsche Konzentrationslager verschleppt wurden. Anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar)

versammelten sich auch in diesem Jahr Besucher von beiderseits der Grenze am Mahnmal, unter ihnen zahlreiche Schülerinnen und Schüler der beiden Patenschulen des Mahnmals, Duborg-Skolen und Zeltralschule Harrislee.

In seiner Ansprache hob Karl Hermann Rathje von der Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“ die bildungspolitische Bedeutung hervor, die nicht zuletzt die regional und lokal bezogene Beschäftigung mit der NS-Gewaltherrschaft habe. Die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein Anke Spoorendonk, seit 15 Jahren die Sprecherin der Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“, wies in einem von Rathje verlesenen Grußwort u.a. darauf hin, dass das Wissen um die Schrecken der NS-Zeit gerade junge Leute vor rechtsextremistischen Einflüssen schützen könne. Schülerinnen und Schüler der beiden Patenschulen trugen, auch musikalisch, zum Teil selbst verfasste Texte in dänischer und deutscher Sprache vor, die das Schicksal von NS-Opfern zum Thema hatten. Kranzniederlegungen schlossen die Mittagsveranstaltung ab.

Am Abend fand im Bürgerhaus Harrislee eine von der VHS und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit Schüler/innen der Duborg-Skole und der Harfinistin Mariam Fathy gestaltete Szenische Lesung statt. Im Mittelpunkt stand die Hamburgerin Hiltgunt Zassenhaus (1916-2004). Als offiziell bestellte Übersetzerin in den Zuchthäusern in Fuhlsbüttel, Rendsburg und anderen Orten ermöglichte sie unter hohem Risiko durch ihren vielfältigen Einsatz zahlreichen norwegischen und dänischen Gefangenen das Überleben. Eine Wanderausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme über Hiltgunt Zassenhaus war begleitend im Bürgerhaus Harrislee zu sehen. – Kulturministerin Anke Spooren-

donk sicherte derweil zu, dass die NS-Gedenkstätten im Lande finanziell gesichert werden sollen (FLA 28.11.).

Personalien

Der Journalist Bernd Philipsen wurde am 5.12.2012, mit siebzehn weiteren Bürgerinnen und Bürgern aus Flensburg, durch Stadtpräsident Dr. Dewanger und Bürgermeister Brüggemann für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet. In seiner Laudatio hob der Stadtpräsident neben Philipsens Einsatz für ehemals NS-verfolgte Juden und Sinti und Roma, für die Jüdische Gemeinde in Flensburg und als Vorsitzender der Flensburger Gesellschaft der Freunde Israels seine Verdienste um die Erforschung und Vermittlung der Geschichte der Juden in Flensburg und der Region hervor. Seine ersten größeren Arbeiten konnte er in den 80er Jahren des 20. Jh., als diese Thematik durch die etablierte Geschichtsforschung hierzulande noch weitgehend unbeachtet blieb, in den Grenzfriedensheften publizieren. Inzwischen ist Bernd Philipsen durch zahlreiche weitere Aufsätze und Monographien hervorgetreten und gilt in Fachkreisen als anerkannter Experte auf diesem Feld seines ehrenamtlichen Engagements.

Grenzüberschreitende Archäologie

Arkæologi i Slesvig /

Archäologie in Schleswig

Red. v. Linda Boye, Per Ethelberg, Lene Heidemann Lutz, Sunhild Kleingärtner, Pernille Kruse, Lilian Matthes

Sonderband „Det 61. Internationale Sachsensymposium 2010“ Haderslev, Danmark

Neumünster: Wachholtz 2011. 332 S.

Seit 1991 sind in der Schriftenreihe „Arkæologi i Slesvig/Archäologie in Schleswig“ fast jährlich Sammelbände mit Fachbeiträgen deutscher und dänischer Archäologen aus der Region von gemeinsamen Symposien erschienen, auf denen man neue Ergebnisse und Theorien vorstellt. Der aktuelle Band über das „61. Internationale Sachsensymposium“ von 2010 im Haderslebener Museum (Teil des Museum Sønderjylland) hat jedoch eine viel größere Bandbreite: Hier finden sich Beiträge von Forschern aus vielen nordeuropäischen Ländern über die historischen Sachsen aus der späten Eisenzeit, der Wikingerzeit und dem Frühmittelalter.

Der Band ist deutlich umfangreicher als in dieser Serie üblich, und statt des Wechsels dänischer und deutscher Beiträge dominiert Englisch als Sprache. Die Bandbreite ist erheblich: So gibt es Beiträge mit Ausgangspunkt in einzelnen Gegenständen oder Orten, z.B. über die eisenzeitliche Textilproduktion im mitteljütischen Vorbasse (Eva Andersson Strand, Ulla Manneering), über medizinisches Gerät (Annette Frölich) oder den früheisenzeitlichen Schatzfund von Höxbro bei Ripen (Claus

Feveile). In anderen Beiträgen werden Funde und Befunde zur Entwicklung gesellschaftlicher Theorien verwendet, etwa Bilddarstellungen in Bezug auf frühe protostaatliche Strukturen (Alexandre Pesch), frühmittelalterliche Steinkreuze als Erinnerung an frühere Eliten (Howard Williams) oder wikingerzeitliche Siedlungsreste in Bezug auf soziale Unterschiede (Sarah Croix). Die meisten Beiträge liegen zwischen diesen Polen. Ein gutes Beispiel ist Anne Nørgård Jørgensens Beitrag über den Fund von Eisbüll (bei Hadersleben), in welchem überzeugend dargestellt wird, wie nahe man in günstigen Fällen durch die gründliche Analyse erhaltener Fundstücke (hier die geopferte Ausrüstung der besiegten Angreifer) frühzeitlichen Ereignissen kommen kann.

Insgesamt bietet dieser Band eine Fülle neuer Informationen über die Sachsen und ihre Zeit in unserer Region und darüber hinaus. Sprachlich ist das Buch durchaus auch für Nicht-Archäologen verständlich. Nicht nur der Vergleich mit dem 26. Sachsensymposium 1977 (ebenfalls in Hadersleben) auf S. 12 belegt, wie viel sich in den letzten Jahrzehnten auch in der archäologischen Forschung verändert hat.

Anker Thygesen

Bilder aus dem Ersten Weltkrieg

Claus Bundgård Christensen,
Martin Bo Nørregård

Verdenskrigens danske billeder
1914-1918

København: Gyldendal 2012. 284 S.,
zahlr. Abb.

Seit einigen Jahren findet der Erste Weltkrieg, dessen Ausbruch sich 2014 zum 100. Mal jährt, wieder verstärkt die Aufmerksamkeit der Forschung. Mit ihrem sehr ansprechend gestalteten neuen Bildband haben die beiden Experten für die Geschichte von Menschen in beiden Weltkriegen, der am Roskilde Universitetscenter lehrende Claus Bundgård Christensen und der seit vielen Jahren in Archiven und Museen des Grenzlandes tätige Martin Bo Nørregård eine kommentierte Auswahl von Bildern vorgelegt, die bisher kaum beachtet wurden. Sie befinden sich größtenteils in dänischen Archiven oder bei Privatleuten, meist Nachfahren dänischer Schleswiger, die zum Kriegsdienst eingezogen waren.

Darüber hinaus ist eine speziell dänische Perspektive nur manchmal sichtbar, namentlich bei gestellten Bildern kriegsgefangener Dänen in alliiertem Gewahrsam. Die Autoren haben bewusst auf die Wiedergabe von Bildern der „Heimatfront“ verzichtet. So werden die unmittelbaren Schrecken des Krieges trotz der (wegen der damals noch langen Belichtungszeit) meist gestellten Aufnahmen direkt sichtbar. Die trotz der oft kleinen Vorlagen wirklich in hervorragender Qualität meist auf 1 1/2 großformatigen Seiten wiedergegebenen Bilder bieten so einen interessanten Einblick in das Geschehen dieses sinnlosen und katastrophalen Krieges. Auch wenn schon sehr viele ähnliche Bilder bekannt sind, ruft dieses Fotobuch die Schrecken des Ersten Weltkriegs kurz vor dem 100. Jahrestag seines Ausbruchs wieder in Erinnerung.

Gerret Liebing Schlaber

Widerstandskämpfer aus Nordschleswig

Søren Flott

Danskeren der ville dræbe Hitler

En biografi om Jens Peter Jessen

København: Gyldendal 2012. 237 S.

Mit der vorliegenden Biografie ruft der Journalist Søren Flott, der sich laut Klappentext vorzugsweise mit „gewöhnlichen Menschen mit außergewöhnlichen Geschichten“ befasst, einen deutschen Nordschleswiger in Erinnerung, der lange Zeit in Vergessenheit geraten war. Dabei war der aus Stotelund bei Tingleff stammende Wirtschaftsprofessor eine der entscheidenden Figuren beim Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Der Titel ist etwas irreführend, da Jessen weder der Staatsbürgerschaft noch der Gesinnung nach Däne war. Nach 1920 verließ er seine nun zu Dänemark gehörende Heimat. Stand er den Nationalsozialisten zunächst positiv gegenüber, erkannte er bald nach der Machtübernahme die Unglaublichkeit und Grausamkeit des Hitler-Regimes. Jessen büßte seine Stellung als Leiter des schon damals renommierten Kieler Instituts für Weltwirtschaft ein. Später wurde der Nationalökonom Professor in Berlin, wo er immer mehr NS-Gegner kennenlernte und ein bedeutendes Netzwerk mit aufbaute. So spielte Jessen eine zentrale Rolle bei der Planung des Attentats auf Hitler am 20.7.1944. Durch einen Verkehrsunfall schwer verletzt, konnte Jessen an der Ausführung nicht teilnehmen. Dennoch wurde seine Mitwirkung bald bekannt und Jessen am 30.11.1944 in Plötzensee hingerichtet.

Flott schreibt ziemlich detailliert über die Ereignisse um den 20.7.1944, wobei Jes-

sen über weite Strecken nicht mehr im Fokus der Darstellung steht. Dies ist allerdings durchaus sinnvoll, da gerade den meisten dänischen Lesern die Dramatik um das gescheiterte Attentat auf Hitler wenig bekannt sein wird. Generell legt der Verfasser eine sehr journalistische und packende Schreibweise an den Tag. Dies fördert ohne Zweifel die Lesbarkeit, dafür aber ist es nicht immer leicht, die Quellen nachzuvollziehen, auf denen die Darstellung fußt. Trotz dieses Mangels ist es zu begrüßen, dass Søren Flott nun einem breiten Publikum diesen so lange vergessenen Widerstandskämpfer bekannt gemacht hat. Es ist zu hoffen, dass eine redigierte Fassung der Jessen-Biografie auch auf Deutsch erscheinen wird.

Gerret Liebing Schlaber

Schülerwettbewerb über Skandale

Skandale in Schleswig-Holstein

Beiträge zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten

Hrsg. v. Sönke Zankel, Kiel: Schmidt & Klauning 2012. 239 S.

Immer wieder haben Skandale das politische Leben in Schleswig-Holstein nachhaltig erschüttert. Nicht nur für die Presse, auch für den Unterricht ist ein solches Vorkommnis ein lohnendes Thema, vor allem dann, wenn der Heimatort unmittelbar davon betroffen ist. Welche erstaunlichen Ergebnisse dabei entstehen können, zeigt der vorliegende Sammelband, in dem Forschungsergebnisse aus fünf ausgesuchten Arbeiten von schleswig-holsteinischen Teilnehmern am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten aus dem Schuljahr 2010/11 präsentiert werden.

Der Band umfasst fünf Schülerbeiträge aus drei Schulen, die vor allem Skandale um die Vergangenheitsbewältigung nach 1945 behandeln. Darunter befindet sich die preisgekrönte Studie über den Auftritt des vom damaligen Schulsprecher Uwe Barschel eingeladenen Großadmirals Karl Dönitz am heutigen Otto-Hahn-Gymnasium in Geesthacht im Jahr 1963. Vor den von der Lehrerschaft kaum auf diese Begegnung vorbereiteten Oberstufenschülern hatte Dönitz unwidersprochen reichlich Gelegenheit dazu, seine Vorstellungen über Strategien und Kriegsführungstaktiken auszubreiten. Dies führte nicht nur zu einer durch die überregionale Presseberichterstattung hervorgerufenen weltweiten Welle von Empörung und Entrüstung. Am Ende des Skandals stand die Selbsttötung des damaligen Schulleiters.

Ebenfalls vertreten ist ein Beitrag über den „Euthanasie“-Mediziner Kurt Borm. Der ehemalige SS-Hauptsturmführer tauchte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Uetersen unter, um dort wieder als Arzt zu praktizieren. Nicht fehlen darf der skandalöse Fall des Prof. Werner Heyde alias Dr. Fritz Sawade, wobei die Schülergruppe wirkliches Neuland betritt und erstmals die Rezeption in der Presse der Bundesrepublik und der DDR untersucht.

Beiträge über die NS-Vergangenheit der ersten schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten sowie ein hervorragend recherchierter Aufsatz über den Rellinger Pastoren-Skandal 1978/80, bei dem zwei junge Pastoren wegen ihrer politischen Einstellung angeprangert wurden, runden das gelungene und lesenswerte Buch ab. Hinzuweisen ist zudem darauf, dass für das Layout ebenfalls zwei Schüler verantwortlich waren.

Matthias Schartl

Zukunft Schleswig-Holsteins

Schleswig-Holstein 2020

Gedankenskizzen zur Zukunft eines Bundeslandes

Hrsg. v. Utz Schliesky, Niclas Herbst, Guido Wendt, Neumünster: Wachholtz 2011. 332 S.

Vor dem Hintergrund der enormen Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat das Land Schleswig-Holstein unlängst das Ziel in der Landesverfassung verankert, ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Schon heute jedoch ist allen klar, dass dieses ehrgeizige Ziel mit den Instrumentarien der „klassischen“ Haushaltskürzungen kaum zu erreichen sein wird. Die gegenwärtige und auch zukünftige Haushaltslage schreit förmlich nach Zukunftskonzepten, die nicht nur die aktuelle Finanzsituation berücksichtigen, sondern auch Wege für die nachhaltige Gestaltung der Strukturen in Schleswig-Holstein aufzeigen.

Das von der Herrmann-Ehlers-Akademie inspirierte Buch präsentiert zum Teil Denkanstöße für die Gestaltung der Zukunft unter der Fragestellung, wie Schleswig-Holstein im Jahre 2020 dastehen könnte, ja fragt provokant danach, ob das Land überhaupt eine eigenständige Zukunft habe. Aufgeteilt in zehn Rubriken liefern 38 herausragende Köpfe aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirche, Verwaltung, Kultur und Bildung Denkanstöße in unterschiedlicher Form und sicherlich auch mit unterschiedlicher Zielrichtung, mit denen diese Diskussion befördert werden soll. Den Autoren ging es vornehmlich darum, die wichtigen Problemfelder zu zeigen, auf denen anderes Denken notwendig ist, um Reformen auf den Weg zu bringen. Sie for-

dern, jeder auf seine Art, eine politische Strategie, auf deren Grundlage die Weichen gestellt werden können. Beispielhaft und gepaart mit scharfsinnigem Blick ist etwa der Beitrag von Mitherausgeber Utz Schliesky mit seiner kühnen Vision über die im Jahre 2020 „gelungene“ Verwaltungsstrukturreform. Allerdings ist es nicht in jedem Fall gelungen, derart richtungsweisende Impulse zu setzen. Manche Beiträge wiederholen nur sattsam Bekanntes oder verharren in Allgemeinplätzen. Diese kleine Einschränkung macht das Buch für diejenigen, denen die Zukunft des Landes am Herzen liegt, jedoch nicht weniger interessant.

Matthias Scharlt

Finanzierung der dänischen Minderheitenschulen

Jørgen Kühl

Minderheitenmodell in Gefahr

Eine Analyse der schleswig-holsteinischen Politik gegenüber der dänischen Minderheit im Bereich der Förderung der Schulen 2010-2012

Flensburg: Selbstverlag des Dansk Skoleforening for Sydslesvig 2012. 191 S. Zahlr. Abb.

Bereits wenige Wochen nach seinem Erscheinen war das vorliegende Buch veraltet – doch das dürfte Verfasser und Herausgeber wohl eher gefreut als geärgert haben. Denn im vorliegenden Werk beschreibt und analysiert der Historiker und Minderheitenforscher Jørgen Kühl, Rektor der A. P. Møller Skole in Schleswig, die Politik der Kürzungen bei den dänischen Minderheitenschulen durch die vormalige Landesregierung. Doch auch nach dem

Macht- und Politikwechsel von 2012 bleibt die Studie interessant, denn der Verfasser zeichnet die Entwicklung dieser Politik, die Reaktionen darauf und die Begleitumstände hierzu akribisch nach. Angesichts der Tatsache, dass das schleswigsche Grenzland nach wie vor als Modellregion für Minderheitenanliegen propagiert wird und dass sich inzwischen auch die CDU-Führung von den Kürzungen für die dänischen Schulen distanziert hat, muten manche der damaligen Stellungnahmen schon seltsam an. Ebenso beklemmend erscheint die Beobachtung, dass die Verantwortlichen trotz der schnell sichtbaren Tragweite des Problems und der Folgen für das deutsch-dänische Verhältnis bis

zur verlorenen Wahl unbeweglich an ihren Maßnahmen festhielten. Natürlich kann man von den Betroffenen keine Neutralität erwarten. Dennoch vermeidet der Verfasser alle emotionalen Töne, und das Anliegen der Publikation war nicht nur die Sicherung der Gelder für die eigenen Schulen, sondern überhaupt die Fortexistenz und -entwicklung des schleswigschen Minderheitenmodells. Als Mahnung dafür, wie leicht dieses durch kurz-sichtige politische Entscheidungen in Gefahr gebracht werden kann, bleibt Jørgen Kühls Schrift auch nach der Überwindung des Konflikts interessant und wichtig.

Gerret Liebing Schlaber

Ruth E. Clausen, Dipl.-Museologin
Mathildenstraße 7
24937 Flensburg

Lothar Hay
Moorbachwinkel 8
24939 Flensburg

Dr. Jörn-Peter Leppien
Libellenring 15
24955 Harrislee

Leif Hansen Nielsen, ph.d.
Landsarkivet for Sønderjylland
Haderslevvej 45
DK-6200 Aabenraa

Dr. Matthias Scharl
Kulturstiftung des Kreises
Schleswig-Flensburg
Suadicanistraße 1
24837 Schleswig

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
Deutsches Gymnasium für
Nordschleswig
Svinget 26
DK-6200 Aabenraa

Carsten Leth Schmidt
Slesvigsk Parti
Vestergade 30
DK-6200 Aabenraa

Henrik Skov Kristensen, ph.d.
Lejrvej 83
Frøslevlejrens Museum
DK-6330 Frøslev

Anker Thygesen, cand. mag.
Vilstrupvej 4
DK-6100 Haderslev

Gösta Toft, Dipl.-Volkswirt
Slesvigsk Parti
Vestergade 30
DK-6200 Aabenraa

Lothar Hay, Jörn-Peter Leppien, Matthias Scharf, Gerret Liebing Schlaber, 60 Jahre Grenzfriedenshefte Abb. 1: ADS-Grenzfriedensbund, Archiv; Abb. 2: ADS-Grenzfriedensbund. Foto und digitale Bearbeitung: Christine Ehmsen

Leif Hansen Nielsen, Todesfälle unter deutschen Flüchtlingen in Nordschleswig 1945-1947 Abb. 1, 4, 6: Lokalhistorisk arkiv for Vojens og omegn; Abb. 2, 5: Leif Hansen Nielsen; Abb. 3: Museum Sønderjylland – Institut for Sønderjysk Lokalhistorie; Tab 1: Kirsten Lylloff, Kan lægeløftet gradbøjes? Dødsfald blandt og lægehjælp til de tyske flygtninge i Danmark 1945, in: Historisk Tidsskrift 1999, S. 61; Tab. 2: Leif Hansen Nielsen

Henrik Skov Kristensen, Fårhus 1945-1949. Neue Forschungsergebnisse zu einem umstrittenen Kapitel deutsch-dänischer Geschichte Abb. 1: Politikommandørens arkiv, Landsarkivet for Sønderjylland; Abb. 2 u. 5: Frihedsmuseet, København; Abb. 3-4, 6-7: Frøslevlejrens Museum; Abb. 8-9: Frøslevlejrens arkiv, Landsarkivet for Sønderjylland

Gerret Liebing Schlaber, Die Schleswigsche Partei 2013. Neue Herausforderungen für die Partei der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig Abb. 1-3: Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN)

VERZEICHNIS DER IM JAHRE 2012 IN DEN
GRENZFRIEDENSHEFTEN ERSCHIENENEN AUFSÄTZE

| | | |
|------------------------------|---|-------------------------|
| HENRIK BECKER-CHRISTENSEN | Historiker – Diplomat – Initiator. Zum 100. Geburtstag von Troels Fink | Heft 2 Seite 113 ff. |
| ECKHARD BODENSTEIN | Lehramtsausbildung in Dänemark und Deutschland. Plädoyer für einen Dialog und Reformbereitschaft | Heft 1 Seite 33 ff. |
| PETER BUHRMANN | „Mehrsprachigkeit zelebrieren“. Festrede beim Knivsbergfest 2012 | Heft 3 Seite 179 ff. |
| LARS N. HENNINGSEN | Freiheitsfreund und dänischer Staatspatriot. Zum 250. Geburtstag des Flensburger Dichters Heinrich Harries | Heft 4 Seite 219 ff. |
| PETER HOPP | H. P. Hanssen in der deutschen Geschichtsschreibung | Heft 2 Seite 87 ff. |
| JENS CHRISTIAN JACOBSEN | „Heimtückische“ Sozialdemokraten in Flensburg 1933-1945 | Heft 3 Seite 167 ff. |
| NINA JEBSEN | Volksabstimmungen in Europa 1920/1921. Plakate als Mittel der Agitation | Heft 2 Seite 99 ff. |
| JAN P. JESSEN | Die Schleswigsche Sammlung. Das Bestehen eines alten Geheimtipps | Heft 4 Seite 235 ff. |
| PETER IVER JOHANNSEN | 9. Dialog ADS-Grenzfriedensbund. Die Zukunftsfähigkeit der deutsch-dänischen Grenzregion im europäischen Rahmen | Heft 4 Seite 249 ff. |
| FRANK JUNG | Rückkehr. Interview mit der Landes- beauftragten für Minderheiten Renate Schnack | Heft 3 Seite 185 ff. |
| STEPHAN KLEINSCHMIDT | Kulturhauptstadt 2017. Kandidatur Sonderburgs gescheitert, aber nicht vergeblich | Heft 3 Seite 189 ff. |

| | | |
|---|---|-------------------------|
| TOBIAS KOCH | Das deutsch-dänische Grenzland als Forschungsgegenstand. ECMI Sommerschule 2012 für junge Wissenschaftler aus aller Welt | Heft 4 Seite 239 ff. |
| NIS-EDWIN LIST-PETERSEN / HENRIK SKOV KRISTENSEN | „Straffelejren“. Faarhus und die dänische Rechtsabrechnung (1945-1949) in der Diskussion | Heft 1 Seite 21 ff. |
| RENÉ RASMUSSEN | Flensburg im Krieg 1864. Erlebt von dänisch gesinnten Bürgern der Stadt | Heft 1 Seite 3 ff. |
| MATTHIAS SCHARTL | „Seine ehrlose Gesinnung hat sich schon in seinem Vorleben gezeigt.“ Die Affäre um den NSDAP-Kreisdeputierten Otto Gestefeld aus Tolk bei Schleswig 1934/35 | Heft 3 Seite 151 ff. |
| HANS SCHULTZ HANSEN | H.P. Hanssens historische Bedeutung. Zum 150. Geburtstag des Minderheitenpolitikers | Heft 2 Seite 75 ff. |

Postvertriebsstück

C 3340 F

Entgelt bezahlt

ADS-Grenzfriedensbund e. V.

Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg

ISSN 1867-1853